Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

63 (28.7.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

63. Sitzung.

Mittwoch, den 28. Juli 1926, vormittags 1/2 9 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilung der Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 62. Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister des Innern **Remmele**, Ministerialdirektor **Leers**, Präsident Dr. **Engler**, Ministerialrat **Rein**, die Oberregierungsräte Dr. **von Babo** und **Emele**, Regierungsrat Dr. **Schühly**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Amtl. Berichts Sp. 3215/16.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet die Sitzung gegen 8¾ Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt.

I. **Verhinderungsanzeigen**

sind eingelaufen seitens der Abg. Bock, Brixner, Haas und Marum wegen Erkrankung.

II. **Aus der Mitte des Hauses**

Kurze Anfrage des Abg. Dr. Mattes: Besetzung von leitenden Stellen bei der Oberpostdirektion Karlsruhe:

„Ist der Regierung bekannt, daß bei der Oberpostdirektion in Karlsruhe eine freiwerdende leitende Stelle mit einem Nichtbadener aus Danzig besetzt werden soll?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um dem in Artikel 16 der Reichsverfassung ausgesprochenen Grundsatz der Besetzung der Beamtenstellen mit Landesangehörigen Geltung zu verschaffen?"

Die Kurze Anfrage wird dem zuständigen Ministerium übermittelt werden.

III. **Gesuch**

des außerordentlichen Professors Dr. A. Söllner in Freiburg, seine Einkommensverhältnisse betreffend.

Der Präsident schlägt vor, das Gesuch auf die neue Session zu übernehmen.

Das Haus ist damit einverstanden.

Zur Beantwortung der Kurzen Anfrage der Abg. Amann und Gen., **Unwetterkatastrophe auf der Baar am 19. Juli 1926:**

„Mehrere Gemeinden des Amtes Donaueschingen sind durch das Unwetter am 19. Juli d. J. schwer heimgesucht worden; der Schaden an Gebäuden, Kulturen und Wald ist ungemein groß. Ist die Regierung bereit, mitzuteilen, was sie zu tun gedenkt, um der geschädigten, hilfsbedürftigen Bevölkerung aus der Not zu helfen?"

erhält für den Herrn Minister das Wort

Regierungsrat Dr. **Schühly**:

Die Kurze Anfrage des Abg. Amann vom 26. Juli d. J. ist wie folgt zu beantworten:

Im Amtsbezirk Donaueschingen sind in 10 Gemeinden durch Unwetter in den letzten Tagen schwere Schäden entstanden. Nach der überschläglichen Zusammenstellung des Landrats beläuft sich der Gesamtschaden auf ungefähr 850 000 RM. Der Schaden ist hauptsächlich entstanden an Gebäuden, dann in Gemeindewaldungen und schließlich an landwirtschaftlichen Gewächsen. Von letzteren ist ein größerer Teil glücklicherweise gegen Hagelschaden versichert. Die Erhebungen zur genauen Feststellung der Schäden sind eingeleitet. Auf Grund des Ergebnisses wird sich beurteilen lassen, in welchen Einzelfällen und in welchem Umfang staatliche Hilfsmaßnahmen notwendig sind.

Bibl.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten:

Beratung des Staatsvoranschlags für 1926/27 Hauptabteilung III Ministerium des Innern Titel XIII.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Zuvor aber möchte ich noch eine Mitteilung machen, daß wir bei Titel XII noch nachzutragen haben einen § 3, das ist die Beihilfe für die Brandgeschädigten in Schönau, die im voraus ja bereits vom Landtag bewilligt worden ist mit 50 000 Mark. Dieser Betrag muß hier noch eingesetzt werden, so daß die Summe sich erhöht von 1 800 000 M. auf 1 850 000 M. Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. Ich stelle das ausdrücklich fest.

Der Präsident ruft auf Titel XIII: Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht, A Ordentlicher Etat, I Gewerbeaufsichtsamt.

Hierzu erhalten in der

Einzelberatung

das Wort

Abg. **Bauer** (D. Vp.):

Ich will bei diesem Titel nur einige kurze Ausführungen zum Außerordentlichen Etat des Aufwands für die Erwerbslosenfürsorge machen. Der Herr Abg. Heurich hat neulich an den Beginn seiner Ausführungen zur Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitslosenfrage den Satz gestellt, „die Masse erwarte, daß zu dieser Frage Stellung genommen wird." Er hat dann selbst in langen Ausführungen dazu Stellung genommen, in erster Linie, wie er das ja selbst bekannt hat, als Arbeitervertreter. Es wäre nun ganz gewiß reizvoll für einen Vertreter der Deutschen Volkspartei, dieser Partei, die ja draußen so oft mit drei Kreuzen versehen wird als die Partei der Schwerindustrie, als die Partei Stinnes, als die Partei des Kapitals, vom Standpunkt dieser Partei aus zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Heurich Stellung zu nehmen. Es könnte sich vielleicht dabei ergeben, daß die Auffassung eines Vertreters dieser Partei gar nicht so weit von dem, was der Herr Kollege Heurich als Arbeitervertreter sachlich zu diesem Thema gesagt hat, abweicht. Es würde sich ergeben, daß wenn wir diese Frage nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des Parteimannes betrachten, sondern vom Standpunkt des Menschen und des deutschen Mannes aus, daß wir uns, glaube ich, über sehr viele Punkte einigen können. Ich muß es mir aber versagen, in dieser Weise zu den Ausführungen des Herrn Heurich Stellung zu nehmen, weil mir die Zeit, die ihm zur Verfügung stand, nicht zur Verfügung steht, weil meine Partei von Anfang an bei der Beratung des Voranschlags von dem Bestreben geleitet war, die ihr ursprünglich zugemessene Zeit nicht zu überschreiten und dadurch die Erledigung des Voranschlags nicht zu verzögern.

Was den Etat anbelangt, so dürfen wir wohl sagen, daß in dem ganzen Voranschlag keine Zahlen sind, die eine so beredte Sprache sprechen wie diese Zahlen des Außerordentlichen Etats, die Beihilfen zum Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge. Ja, man kann sagen, es ist eine beinahe unheimliche Sprache, die diese Zahlen sprechen, einmal durch ihre gewaltige Höhe und zum anderen durch die Tatsache, daß auch diese Höhe der Zahlen, kaum sie niedergeschrieben, schon wieder beträchtlich überholt worden ist. Es handelt sich um den Außerordentlichen Etat. Eigentlich müßte man heute diese Zahlen in den Ordentlichen Etat einstellen, denn sie werden ja wohl auf Jahre hinaus noch laufende Ausgaben sein. Als wir den Etat vorgelegt bekamen, lautete die Schlußzahl auf 3,796 Millionen. Heute ist diese Zahl schon auf mehr als das Dreifache gestiegen und wird ungefähr 13 Millionen schon erreichen, obwohl nicht für das ganze Jahr, sondern wenn ich recht unterrichtet bin, nur bis Ende November die Ausgaben jetzt festgesetzt sind. Ich sage, es müßte eigentlich eine Zahl sein des Ordentlichen Etats, weil wir wohl auf lange Jahre hinaus noch mit einer großen Zahl von Erwerbslosen und dementsprechend auch mit einer großen Summe für die Erwerbslosenfürsorge zu rechnen haben. Denn ich glaube nicht, wenn ich auch gerne den Prophezeihungen eines Vertreters der Sozialdemokratie, die er im Haushaltsausschuß gemacht hat, daß im Winter die Zahl der Erwerbslosen wohl eine leichte Verringerung erfahren würde Glauben schenken möchte, ich glaube kaum, daß diese Prophezeihung zutreffen wird, sondern daß wir vielmehr für den kommenden Winter noch mit einer beträchtlichen Erhöhung werden rechnen müssen (Abg. Martzloff: Das glauben wir auch!). Denn wie sollte es denn wahrscheinlich sein, daß in kurzer Zeit eine wesentliche Verringerung der Erwerbslosen eintritt.

Man spricht von Rationalisierung der Wirtschaft. Die Rationalisierung der Wirtschaft wird, wie auch der Herr Abg. Heurich schon ausgeführt hat, zunächst keine Verringerung der Erwerbslosen bringen, sondern sie wird vielmehr eine Vergrößerung der Erwerbslosenziffer bedingen. Diese Rationalisierung der Wirtschaft ist eine unbedingte Notwendigkeit, aber ob dabei dem wahren Wortsinn entsprechend immer die Vernunft vorwaltet, ob nicht auch andere Kräfte dabei am Werke sind, Kräfte des Egoismus, und zwar jenes Egoismus, der dem sacro egoismo der Italiener von 1915 entspricht, eines Egoismus, der zuviel an sich denkt und nicht in weiterer Folge auch an die Auswirkungen für die Volksmasse denkt, ob der nicht dabei vorwaltet? Ich will es nicht behaupten, aber ich kann mich oft eines unheimlichen Gefühls nicht erwehren, als ob auch internationale Kräfte mit am Werke wären, die die Lösung dieser Frage zu einer außerordentlich schweren machen, und als ob bei dieser Rationalisierung nicht auch viel eingerissen würde, was vielleicht nicht unbedingt nötig wäre. Ich darf vielleicht hier im Zusammenhang auch einmal darauf hinweisen, woher denn diese große Zahl der Erwerbslosen kommt. Gewiß, es sind Folgen des Krieges, die Zahl steht aber auch in engem Zusammenhang mit unserer Wehr- und Heerlosigkeit. Wir wollen doch nicht vergessen, daß wir vor dem Krieg ein Heer von 800 000 Mann hatten, für dieses Heer haben 3—400 000 Menschen gearbeitet, das sind 1,2 Millionen gewesen, die heute auf den Arbeitsmarkt geworfen werden. Wenn man das jetzt auch nicht rein zahlenmäßig nachprüfen kann, so ist es doch eine Tatsache, daß eine größere Zahl der jüngeren Bevölkerung heute auf den Arbeitsmarkt geworfen wird und dadurch eine größere Zahl der älteren Jahrgänge um ihr Brot gebracht wird. Interessant mag nebenbei sein, daß nach der Entmilitarisierung Deutschlands Europa heute 1 Million Mann mehr Bewaffneter zählt, als das vor dem Kriege der Fall war. Ob das wohl der Zweck der Entmilitarisierung Deutschlands war?

Die beste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist zweifellos die Beschaffung von Arbeit durch eine aufbauende Wirtschaftspolitik. Ich darf es mit Stolz bekennen, daß es einer der Unsrigen ist, der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der bei Beschaffung des Arbeitsprogramms bei der Reichsregierung

(Abg. Bauer [D. Vp.])

federführend war. Ein Vertreter des Zentrums hat darauf hingewiesen, daß dieses ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm auf eine Denkschrift des Zentrums zurückginge. Ich will darüber nicht streiten. Es ist auch ganz egal, woher es kommt, wenn es nur ein gesunder Gedanke ist, ob er vom Zentrum oder von der Deutschen Volkspartei kommt, ist dann gleichgültig. Wir wollen nur hoffen, daß das Programm seinen Zweck erfüllt. Es sind seitens des Vertreters der Sozialdemokratie Bedenken ausgesprochen worden, und ich glaube, es ist nach den langen Jahren von Programmen keiner unter uns, der über die praktische Durchführbarkeit von solchen Programmen sich nicht seine Gedanken machte. Aber eine Tat bleibt es, daß man endlich dazu geschritten ist, auf weitere Sicht hinaus für die Erwerbslosenfürsorge in einem größeren Programm Vorsorge zu treffen.

Wie wir aus der Zeitung erfahren, hat dieser Tage in Berlin eine Besprechung stattgefunden zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Länder über die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms für Notstandsarbeiten. Wir würden es dankbar begrüßen, wenn von seiten des Herrn Ministers Aufklärungen gegeben werden könnten über das, was bei dieser Konferenz für Baden erreicht worden ist, ob Baden in größerem Maße an diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm beteiligt ist. Wir begrüßen es auch, daß die Erkenntnis dafür gewachsen ist, daß das wirksamste Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge der Wohnungsbau ist, wofür zu Beginn dieses Landtages der Sprecher unserer Partei, Kollege Gündert, sich schon mit allem Nachdruck eingesetzt hat. Im übrigen müssen wir — das gilt auch für unser badisches Heimatland — bei allen Notstandsarbeiten immer wieder den Gedanken verfolgen, daß die zweckmäßigste Notstandsarbeit die ist, bei möglichst geringen Mitteln möglichst viele Menschen zu beschäftigen.

Der Herr Kollege Heurich hat in seinen Ausführungen gesagt, auch die deutsche Wirtschaft trage die Schuld daran, daß es zu dieser großen Zahl von Erwerbslosen gekommen ist. Ich stimme ihm darin bei und bin der Ansicht, daß die deutsche Wirtschaft und auch alle Parteien im Reichstag und in den Ländern, Schuld daran tragen, daß es zu diesen großen Zahlen von Erwerbslosen gekommen ist, Schuld insofern, als sie geglaubt haben, daß man durch sozialpolitische Maßnahmen der heutigen Not allein steuern könne, während doch die Wirtschaft auch in Notzeiten ihre ehernen Gesetze hat, deren eherndstes unabänderliches Gesetz es ist, daß die gesündeste Wirtschaft, der reichste Betrieb, nur soweit Sozialpolitik treiben kann, als es seine Mittel erlauben, daß eben unbedingt in jedem Betrieb nur soweit gegangen werden kann, daß aus dem Betrieb heraus auch die Kosten bestritten werden können.

Auf der anderen Seite bedingen — darüber sind wir uns alle klar — außergewöhnliche Verhältnisse auch außergewöhnliche Maßnahmen. Eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge ist m. E. nicht nur eine soziale, sondern ich sehe darin auch eine eminent nationale Aufgabe. Es müssen alle Arbeitgeber es einsehen lernen, daß die Gesundung der deutschen Wirtschaft nur mit dem deutschen Arbeiter, nicht gegen ihn erfolgen kann. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind zwei gleichberechtigte Faktoren der Wirtschaft, aber es sind keine Gegensätze.

Der Herr Abg. Heurich hat neulich, wie ich vorhin schon ausführte, darauf hingewiesen, daß die Wirtschaft auch einen großen Teil der Schuld trage, indem sie sich nicht rechtzeitig eingestellt habe auf diese Frage. Seine Ausführungen als Arbeitervertreter waren von großer Sachlichkeit, und wenn natürlich auch keiner den Standpunkt verleugnen kann, aus dem heraus er in erster Linie eine Frage auffaßt, so möchte ich nur wünschen, daß dieser Standpunkt, den er im allgemeinen vertreten hat, von allen Gewerkschaftsführern draußen in ähnlicher Weise vertreten würde. Daß das aber nicht immer der Fall ist, dafür darf ich vielleicht aus einem Artikel einiges verlesen, der vor einigen Tagen in der „Karlsruher Zeitung" erschienen ist, einer Zeitung, der ganz gewiß nicht unterstellt werden kann, daß sie etwa reaktionäre Tendenzen oder Interessen der Schwerindustrie vertreten würde. Dort heißt es in einem Artikel „Die Voraussetzungen zur Überwindung der Wirtschaftsnot":

> „Wenn das Vertrauen durch den Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden soll, so muß auch die gewerkschaftliche Propaganda andere Wege gehen, als bisher. Unsere Wirtschaftsnot kann nicht überwunden werden, wenn die Gewerkschaftsführer nicht beflissen sind, die Kluft zwischen beiden Teilen zu überbrücken, statt sie zu vergrößern. Solange die gewerkschaftliche Propaganda in der Hauptsache vom Mißtrauen lebt, wird sie rückständig und ihrer großen Aufgabe nicht gewachsen sein. Es hat seinen tiefen Grund, wenn von vielen Unternehmern über die Gewerkschaftsführer hinweg die Verständigung mit den Arbeitnehmern gesucht und gefunden wird."

Ich glaube, daß auch diese Ausführungen einen Kern von Berechtigung haben, daß ebenso, wie wenn der Arbeitgeber das Seil zu scharf spannt, es schließlich einmal reißen wird, es auch reißen muß, wenn es von der anderen Seite zu scharf gespannt wird (Abg. Dr. Schofer: Darum muß man sich verständigen!). Ja, man muß sich verständigen, und wir werden uns verständigen können, wenn wir diese Frage, wie ich schon zu Beginn meiner Ausführungen gesagt habe, auch als Menschen auffassen.

Lassen Sie mich meine Auffassung ganz kurz in eine Formel bringen. Ich möchte sagen, daß alle, ob sie Beamte sind, ob Fabrikarbeiter, ob Fabrikherren, ob sie Minister sind, oder was immer sie sind, daß alle, die heute irgendwie beschäftigt sind und verdienen, zu dem vom Schicksal Begünstigten zählen, und daß umgekehrt alle die, die arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden, zu den Kranken gerechnet werden müssen, denen eine Fürsorge und eine Pflege zuteil werden muß.

Wir müssen — das spreche ich ganz offen aus — einmal der landläufigen öffentlichen Meinung entgegentreten, die oft allzu rasch verallgemeinert und in jedem Arbeitslosen einen Müßigänger sehen will, der auf Kosten der Steuerzahler lebt. Ich will durchaus nicht bestreiten — wer im öffentlichen Leben steht, weiß das — daß es auch solche Müßiggänger unter den Arbeitslosen gibt und daß diesem Müßiggang am besten, — wie ich das neulich erst gesagt —, entgegengearbeitete würde, wenn die Spanne zwischen den Bezügen der Erwerbslosen und den Löhnen, die einer im wirklichen Arbeitsverhältnis verdient, so groß würde, daß wirklich kein Reiz dazu da wäre, sich um die Erwerbslosenbezüge zu bewerben. Ich stimme da dem Herrn Abg. Heurich zu, was er neulich gesagt hat. Ich finde es auch ungeheuerlich, daß man die Löhne heute als zu hoch bezeichnet —, sie mögen in manchen Betrieben zu hoch sein, um den Gewinn, den man früher gehabt hat, herauszubringen, aber sie sind keineswegs zu hoch für die heutigen Lebensverhältnisse der Arbeiter. Wir wollen doch bei dieser ganzen Frage, die still, aber tief wirkenden Zersetzungskräfte, die das Leben vieler Arbeitslosen unheilvoll, nicht nur für den Augen-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Bauer [D. Vp.])

blick, sondern auch für die Zukunft beeinflussen, nicht verkennen. Es liegen hier m. E. geistige und sittliche Gefahren vor, die in ihrer Bedeutung gar nicht überschätzt werden können. Es wird nun oft die Frage aufgeworfen, ob die älteren oder die jüngeren Erwerbslosen mehr der Fürsorge bedürfen. Da möchte ich darauf antworten und sagen, daß zunächst ganz allgemein angestrebt werden muß, daß die Flutung unter den Arbeitslosen aufrecht erhalten wird, d. h. daß dafür gesorgt wird, daß es nicht Arbeitslose gibt, die, wie ich es neulich in einer Zeitung gelesen habe, seit 1½ Jahren keine Stunde mehr gearbeitet haben, sondern dafür gesorgt wird, daß möglichst immer wieder in einem bestimmten Wechsel für alle Teile der Arbeiter für Arbeit gesorgt wird. Und bei den jüngeren Arbeitslosen, die, wenigstens vom nationalen Gesichtspunkt aus betrachtet, nach meiner Ansicht in noch höherem Grade der Fürsorge bedürfen, wie die älteren, weil sie noch ein ganzes Leben vor sich haben, weil die Einwirkungen der Arbeitslosigkeit verheerenderer Art sind, als bei den alten, daß bei den jüngeren neben der Fürsorge durch Arbeit oder durch Unterstützung auch die Fürsorge auf dem Gebiet der Umschulung und Fortbildung treten muß.

Ich möchte hier eine Anregung aufgreifen, die einer meiner Parteifreunde hier in Karlsruhe, Dr. Krämer von der Kantoberrealschule, vor 14 Tagen bei einem Zusammensein mit Herrn Dr. Curtius gemacht hat. Er hat vorgeschlagen, daß man doch dazu übergehen sollte, den Schüler ein Jahr länger in der Schule zu halten, damit ein Jahrgang weniger in die Arbeitslosenzahl hineingeworfen wird, und daß diese Jugend, statt draußen nichtstuend sich herumzutreiben, eine weitere Fortbildung erfährt. Dieser Gedanke ist nicht ganz neu, er stammt schon aus dem Jahre 1920. Damals wurde aus anderen Gründen diese Frage auch schon aufgeworfen, ob man nicht statt acht Schuljahre neun Schuljahre einführen sollte. Ich glaube, heute verdient dieser Gedanke eine ganz besondere Beachtung und er ist auch, soweit ich übersehen kann, gar nicht undurchführbar. Ich habe mich über die Karlsruher Verhältnisse erkundigt und festgestellt, daß wir vor dem Kriege 16 000 Volksschüler hier hatten, heute nur 12 000, so daß also der Raum in den Schulen vorhanden wäre. An Lehrern mangelt es auch nicht; wir haben 1000 Junglehrer, die keine Tätigkeit haben. Natürlich sehe ich sehr wohl ein, daß diese Frage, bis in ihre letzten Konsequenzen durchdacht, ihre Schwierigkeiten finden würde, aber daß deren Überwindung bei ernstem Willen doch möglich wäre und es wünschenswert wäre, wenn die Jugend in erster Linie von der Straße herunterkäme. Ich glaube, darin sind wir doch wohl alle einig, daß auch eine außerordentlich ernste politische Gefahr in der großen Zahl der Erwerbslosen besteht. Wir haben neulich gehört, daß rund 2 Millionen Erwerbslose und 2 Millionen unterstützungsempfangende Kurzarbeiter vorhanden sind, das sind 4 Millionen Menschen. Wenn wir uns in einen strengen Winter hineindenken, dann ist wohl keiner unter uns, der nicht erkennt, welch gewaltige Gefahren uns von diesen Millionen auch einmal politisch entstehen. Gewiß, ich weiß, daß diese Frage mit schönen Worten nicht gelöst werden kann, weil eben von dieser Frage, wenn irgend einmal, das Wort gilt, daß nur die Tat helfen kann und daß die Worte nicht helfen können. Politik allein kann kein Brot schaffen, aber die Politik kann und muß dafür sorgen, daß Arbeit geschafft wird, darin sehe ich heute in der ganzen Erwerbslosenfrage das Wesentlichste an (Abg. Dr. Schofer: Es gibt auch politische Taten!). Es gibt auch politische Taten, wenn auch ihre Zahl noch verhältnismäßig gering ist (Heiterkeit).

Ich möchte zum Schluß kommen. Der Herr Abg. Bock von der Kommunistischen Partei hat mir neulich in seinen Ausführungen zugebilligt, daß, weil ich beruflich mit den Kriegsopfern zu tun hätte, ich mir einige Kenntnis der sozialen Lage der verarmten Bevölkerungsklassen erworben hätte. Ich quittiere diese Erkenntnis des Herrn Abg. Bock — so viel uns auch in unserer Weltanschauung trennt — mit Dank, weil ich überzeugt bin, daß Herr Bock ein Mann ist, der viele Dinge mit klugem Verstande betrachtet, den ich auch einem anderen Teil der Kommunisten wünschen möchte (Heiterkeit) und weil ich überzeugt bin, daß er ein ehrlicher Kämpfer für seine Sache ist. Darum quittiere ich diese Worte mit Dank, selbst auf die Gefahr hin, daß mir von der Kommunistischen Partei gesagt wird, ich hätte Anschluß nach der kommunistischen Seite gesucht (Heiterkeit — Zuruf des Abg. Ritter: Nationalbolschewist sind Sie!). Wenn Herr Bock aber weiter meint, daß ich der einzige wäre in der Deutschen Volkspartei, der dieses soziale Verständnis hätte, so muß ich ihm sagen, daß er durchaus falsch unterrichtet ist. Es gibt in jeder Partei Menschen verschiedenen Grades, die eine Frage mehr von dem oder jenem Standpunkt auffassen, aber das nehme ich für meine Partei in Anspruch, daß sie die große Bedeutung, die Notwendigkeit eines sozialen Verständnisses voll erkannt hat, erkannt hat vor allen Dingen — was ich immer wieder in den Vordergrund stelle — aus nationalen Gesichtspunkten heraus. Eine Partei, die heute mit Stolz bekennen darf, daß sie die erste Helferin Bismarcks bei Errichtung des Reiches gewesen ist, muß auch ihren Stolz darein setzen, bei dem Wiederaufbau und der Erhaltung des Reiches mitzuwirken. Wir anerkennen, daß ein solcher Wiederaufbau nur möglich ist auf dem Wege eines gesunden sozialen Fortschritts. Ich bin dabei der Ansicht, daß Liberalismus und eine gesunde Sozialpolitik sich durchaus nicht ausschließen, sondern daß im Gegenteil Liberalismus — im richtigen Sinne verstanden — und Sozialpolitik sich gegenseitig bedingen.

Wir sehen aber in der ganzen Frage auch eine Frage wirklicher Volksgemeinschaft. Wer heute hinausgeht, sieht diese Gegensätze im Leben, auf der einen Seite der größte Luxus, der bis in die weitesten Kreise hineingegriffen hat und auf der anderen Seite oft die drückendste Not. Ich frage mich oft, wenn ich die Jugend sehe — fast jeder einzelne hat sein Motorrad — woher die Jugend das Geld dazu hat. Ich war 33 Jahre alt, da habe ich mir endlich ein Fahrrad anschaffen können, ein Motorrad hätte ich mir mein Lebenlang nicht anschaffen können (Zuruf links: Die Fabrikdirektoren haben Autos!). Die Direktoren brauchen diese Autos vielfach, aber ich gebe zu, daß auch hier oft Luxus getrieben wird. Wir wollen offen sagen, daß die Gegensätze heute groß sind. Die Gegensätze waren immer scharf. Ich habe früher lange Zeit in London gelebt, dort sind die Gegensätze noch viel schärfer als bei uns, dort sehen Sie fast an jeder Straßenecke einen Bettler stehen, wie es bei uns vor dem Kriege nicht der Fall war und jetzt nicht der Fall ist. Wir werden solche Gegensätze nicht aus der Welt schaffen können. Aber wir empfinden diese Gegensätze heute als besondere Härte, und alle Menschen, die den Krieg mit tiefem, inneren Verständnis miterlebt haben, müssen Verständnis haben, wenn heute die Leute sagen: ja, haben wir dafür unser Blut eingesetzt, daß heute alles wieder beim alten ist? Daß nach dem Kriege die krasse Scheidung zwischen Reich und Arm wieder da ist, während sie draußen an der Front nicht vorhanden war? Darin mitzuwirken, daß diese Gegensätze, die wir nie ganz werden aus der Welt schaffen können, gemildert werden und in der heutigen Zeit der breitesten Not nicht immer schärfer in Erscheinung treten — daran mitzuarbeiten wird stets eine ernste Aufgabe unserer Partei sein (Beifall).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Dr. **Retzbach** (Zentr.):

Nach dem Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes für das Jahr 1925 sind uns vorläufige Zahlen mitgeteilt von der vorjährigen Gewerbezählung vom 16. Juni 1925. Ich glaube, diese Ziffern, die uns hier in dankenswerter Weise mitgeteilt sind, verlangen unsere ganze Aufmerksamkeit. Wenn wir diese Ziffern, die uns hier für das Jahre 1925 mitgeteilt sind, in Vergleich setzen mit der vorletzten Gewerbezählung im Jahre 1907, dann beobachten wir hier eine wirtschaftliche und soziale Umschichtung unserer badischen Bevölkerung, die für unsere Wirtschaftspolitik und noch mehr für unsere Sozialpolitik jedenfalls wegweisend und richtunggebend sein muß.

Ich darf wohl auf einige Einzelheiten dieser Ergebnisse eingehen. Wenn man das Gewerbe im ganzen betrachtet, Gewerbe im Sinn von Industrie, Handel und Verkehr zusammen, dann wird uns hier mitgeteilt, daß die Zahl der Betriebe seit 1907 von 139 000 auf 123 400 gefallen ist, daß also eine nicht unerhebliche Abnahme zu verzeichnen ist, rund 16 000 Betriebe. Dagegen ist die Zahl der beschäftigten Personen in dieser verringerten Zahl von Betrieben ganz erheblich gewachsen, von 524 000 — ich nehme immer runde Ziffern — auf 641 300, also eine Zunahme um 120 000.

Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir hier eine doppelte Tendenz im Wirtschaftsleben mit seinen sozialen Fernwirkungen beobachten können. Einmal die Konzentration der gewerblichen Betriebe, ihre Zahl nimmt ab und ihre Größe nimmt zu, (Zuruf: Mittelstand!) — kommt noch — die Ziffer der im Gewerbe beschäftigten Personen nimmt nicht bloß zu im Verhältnis zum Wachstum der Bevölkerung, sondern die Zunahme der beschäftigten Personen im Gewerbe geht über dieses Maß hinaus. 1907 waren 25,4 Prozent der badischen Bevölkerung im Gewerbe tätig und 1925 27,8 Prozent. Es mag richtig sein, was die Fabrikinspektion, das Gewerbeaufsichtsamt, hier als Ursache angibt. Ich darf das wohl so auffassen, daß das Aufsichtsamt meint, daß es eine Wirkung der Inflation ist, daß eine ganze Reihe von Privaten, die früher von ihren Renten leben konnten, jetzt nachträglich durch die Inflation gezwungen worden sind, ins erwerbstätige Leben hineinzugehen. Das stimmt jedenfalls, aber ich glaube nicht, daß damit diese Verschiebung ganz erklärt ist, sondern daß jedenfalls in dieser Zeit von 1907 bis 1925 diese Umschichtung auch auf Kosten des platten Landes draußen erfolgt ist.

Der Jahresbericht gibt uns ja ein ungemein trauriges Bild von der wirtschaftlichen Lage der kleinen Landwirtschaft auf dem Hotzenwald. Ich darf nur daran erinnern, ich brauche auf die Einzelheiten nicht einzugehen, ein Elend, kann man sagen, das diese so fest an der Heimat hängende Bevölkerung, wie es die Hotzen sind, wegtreibt von ihrer lieben Heimat. So ist es nun nicht allgemein, (Zuruf rechts: Gründe!) aber es ist doch kein Zweifel, daß von 1907 bis 1925 die Landflucht auch bei uns in Baden immer ihre Opfer gefordert hat, aus verschiedenen Gründen, auf die ich nicht näher eingehen will, sicher nicht immer aus wirtschaftlichen Gründen.

Es ist in der Tat eine ganz widerspruchsvolle Erscheinung, daß wir wie in Deutschland, so auch in Baden, nach dem Jahresbericht der Fabrikinspektion auch heute noch trotz der großen Arbeitslosigkeit, wenn auch nicht viele, aber doch eine nicht unbeträchtliche Anzahl von ausländischen Arbeitern in Industrie und Landwirtschaft beschäftigen. In Baden waren es ländliche Arbeiter 1924 504, 1925 586, in der Industrie 518 beziehungsweise 605, wenn man das ganze Gewerbe zusammen nimmt. Es muß doch ein Weg gesucht und gefunden werden, daß wir die Arbeitslosen dahin bringen, wo Arbeitsbedarf ist, soweit es möglich ist. Auch wenn es nur kleine Ziffern sind, meine ich doch, sollte man in Baden einen Weg suchen, daß diese Tatsache verschwindet. Ich möchte nicht haben, daß die deutschstämmigen Arbeiter abgestoßen werden.

Diese wirtschaftliche und soziale Umschichtung wird erst recht deutlich und weist uns die Wege zu unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, wenn wir das Gewerbe nicht im ganzen zusammen betrachten, sondern wenn wir es in die einzelnen Abteilungen zerlegen, Industrie, Handel und Verkehr und ich möchte mindestens diese zwei, Industrie und Handel, hier ein bißchen beleuchten. In der Industrie — also das Handwerk und das Baugewerbe eingeschlossen, nicht bloß die Großindustrie — fiel die Zahl der Betriebe in den Jahren von 1907 bis 1925 von 86 700 auf 73 400, also um 13 000, das sind rund 15 Proz., und trotzdem die Zahl der Betriebe um ein Siebtel, um 15 Proz. abgenommen hat, ist in dieser verringerten Zahl der Betriebe die Zahl der beschäftigten Personen noch um 19 Proz. gestiegen, nämlich von 411 000 auf 488 000. Das ist doch, wenn man sich vorstellt, wie das Leben draußen sich so gestaltet hat, eine ganz gewaltige Verschiebung unseres wirtschaftlichen Lebens, unserer wirtschaftlichen Kräfte. Dazu kommt noch, daß gerade noch in der Industrie die Zahl der Erwerbstätigen wiederum viel mehr wächst, als die Bevölkerung zunimmt. Wir haben im Jahre 1907 in Baden in der Industrie 524 000 beschäftigte Personen, das waren 25,4 Proz. der Bevölkerung und wir haben im Jahre 1925 641 000 beschäftigte Personen, das sind fast 28 Proz. unserer Bevölkerung.

Was ich bis jetzt sagte, daß ist die wirtschaftliche Seite dieser Entwicklung, die wir aus den Ziffern entnehmen können, die uns die Fabrikinspektion vorläufig — ich begrüße das — mitgeteilt hat, ehe das Statistische Amt seine Arbeiten vollenden konnte. Nun aber die soziale Seite, deswegen rede ich ja. Man kann ruhig sagen, dieser wirtschaftliche Fortschritt führt einen sozialen Rückschritt mit sich, denn was besagen diese nackten Ziffern, wenn man das Leben draußen ein bißchen beobachtet hat, man kann sich doch aus diesen nackten Ziffern vorstellen, was das für ein Kampf im Leben gewesen ist? Diese Ziffern sagen einmal, daß die kleineren Betriebe, diese Betriebe des Mittelstandes, zugrunde gingen, jedenfalls nicht in dem Maße sich fortentwickeln konnten, wie die Bevölkerungszunahme es an sich annehmen ließe und zweitens, die Konzentration bedeutet, daß nicht bloß immer größere Teile unserer Bevölkerung proletarisiert werden — immer im guten Sinn des Wortes gemeint —, sondern daß diese neuen Proletarier immer mehr und mehr in diese eigentlich kapitalistisch geführten Großbetriebe mit all ihren physischen und psychischen Gefahren und Schädigungen hineingezwungen werden.

Zu dem Bedenklichsten, was hinzukommt, zähle ich das, daß die Frauenarbeit gerade in Baden wiederum nicht unerheblich gewachsen ist. In dem Zeitraum von 1907 bis 1925 ist die Frauenarbeit im Gewerbe von 100 000 auf 128 000 gestiegen. Wir haben also hier ein Steigerung um ein Drittel; das sagt uns doch ungemein viel. Leider — ich möchte jedoch in dieser Beziehung keinen Vorwurf erheben, — gibt uns jetzt der Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamts nicht mehr (wie das vor dem Kriege, bis zum Jahre 1910, der Fall gewesen ist), Zahlen darüber an, wieviele verheiratete Frauen noch in den Fabriken tätig sind (Abg. Schreck: Besonders auch wieviel schwangere Frauen!). Ich sagte: wieviel verheiratete

(Abg. Dr. **Retzbach** [Zentr.])

Frauen! Vor dem Kriege etwa bis zum Jahre 1910 haben wir gewöhnlich im Jahresbericht diese Ziffern mitbekommen; später aber wurden die Angaben in dieser Beziehung beseitigt, um den Bericht der badischen Fabrikinspektion den anderen Jahresberichten auf diesem Gebiete anzugleichen. Vielleicht darf ich doch bitten, daß wir — wenn sich dem nicht ganz erhebliche technische Schwierigkeiten entgegenstellen — in Zukunft wieder Zahlen erhalten, welche über die von mir vorhin bezeichnete Frage Aufschluß geben. Man würde damit, wie ich glaube, allgemeines Interesse finden, finden sollen. Wenn es wahr ist, was der neue Fabrikinspektionsbericht auf Seite 140 sagt: „Eine gute Wohnung fördert alle guten Eigenschaften des Menschen (Sehr richtig!) und eine schlechte Wohnung bewirkt das Gegenteil" (Sehr richtig! Sehr gut!), und es ist in dem Sinne, wie es hier gemeint war, auch wahr (Zuruf). Es könnte ja falsch verstanden werden. Wenn es aber wahr ist — und es ist wahr! — dann genügt es heutzutage nicht mehr, daß wir lediglich Wohnungen bauen: dann gehört in die Wohnung hinein eben auch die Frau, die aus der Wohnung überhaupt erst ein Heim macht, dann darf sie nicht unter der Riesenlast der Erwerbsarbeit und der Hausarbeit leiden. Dann gehört die verheiratete Frau hinein (Abg. Heurich: Dann sinkt auch die Arbeitslosenziffer!), die für ihren Beruf als Hausfrau vorgebildet ist. Dann sinkt auch die Arbeitslosenziffer. Wenn hier eine rationelle — das Wort „rationelle", nicht im Sinne des Gewinnes gebraucht, sondern in einem andern, in einem höheren Sinne — stattfindet, dann werden wir manche Schwierigkeit nicht mehr haben, die heute noch besteht.

Gestatten Sie mir dann noch ein kurzes Wort über den Handel. Im Handel geht nicht die gleiche Entwicklung vor sich wie in der Industrie; im Gegenteil, hier vollzieht sich etwas ganz anderes. Im Handel stieg die Zahl der Betriebe noch von 30 600 auf 33 900: also um 10,7 Proz. — beinahe ebenso stark wie die Bevölkerung gewachsen ist (der Zuwachs der Bevölkerung beträgt nämlich 12 Proz.). Indeß auch hier ist die wichtige Beobachtung festzustellen, daß die Zahl der beschäftigten Personen viel stärker gewachsen ist als die Zahl der Betriebe, von 59 300 auf 92 900, das heißt um 56,6. Darunter sind 36 Proz. Frauen; im Jahre 1907 waren es 40 Proz.

Im Handel findet also noch nicht jene starke Verdrängung der kleineren und mittleren Betriebe statt, wie das in der Industrie in Baden und jedenfalls auch über ganz Deutschland hin zu beobachten ist. Im Gegenteil, der Handel — und ich glaube, das auch einmal in aller Öffentlichkeit aussprechen zu sollen — leidet an etwas ganz anderem: er leidet heute unter der sogenannten Übersetzung" (Sehr richtig!). Es sind viel zu viele Kaufleute da: diese Erscheinung gereicht den Leuten zum eigenen Schaden und sie führt zu einem volkswirtschaftlichen Schaden. Es wäre angebracht, daß unsere Kaufleute irgendwo anders hin ihre Kunst richten würden als auf die Stellen, gegen die sie ihn gewöhnlich richten. (Auf Zuruf:) „Sie kalkulieren nicht", gewiß; mindestens zum Teil trifft das zu. Aber Wirtschaft ist eben Wirtschaft. Hier hilft kein Widerstreben. Einmal wird eben die Wirtschaft sich durchsetzen; die einen werden gewinnen, die andern gehen kaputt. Die Bevölkerung leidet selber unter dieser Übersetzung des Handels.

Aber immerhin zeigen diese Zahlen über die Beschäftigung, daß auch hier im Handel die Betriebsgröße zunimmt; demzufolge tritt die Erscheinung ein, daß in immer höherem Grade die Angestellten ihr ganzes Leben lang lediglich Angestellte bleiben müssen. Sie sind eben dann auch „Proletarier", wenn auch vielleicht in einem höheren Grade; aber sie können nicht mehr zu dem einen großen Ziel kommen, auf das die wirtschaftliche Tätigkeit doch eigentlich hinarbeitet: zur wirtschaftlichen Selbständigkeit. Wenigstens gilt das, wenn ich von den vielen Frauen absehe, die sich vielleicht nur in jungen Jahren im Handel betätigen und am Ziel ihrer Wünsche angelangt zu sein glauben, sobald sie im Hafen der Ehe gelandet sind (Heiterkeit).

Nun möchte ich darlegen, warum ich das gesagt habe, welche Folgerungen ich aus der Tatsache gezogen wissen möchte, daß wir — nicht nur in Baden, sondern wohl im ganzen deutschen Reich — eine große und wichtige Umschichtung und Verschiebung nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite hin beobachten müssen. Ich will hier keine allgemeine sozialpolitische Rede halten. Aber das darf ich doch wohl aussprechen, daß diejenigen, die diese Ziffern beobachten und sie überlegen, jetzt nicht etwa mit der Folgerung kommen können, die Sozialpolitik müsse abgebaut werden; sondern hier kann sich logischerweise nur eine einzige Folgerung ergeben: mehr Sozialpolitik! (Sehr richtig!) mehr Sozialpolitik im Mittelstand, in Handel und Industrie! und mehr Sozialpolitik für die immer größer werdende Masse der Proletarier, des Arbeiterstandes, wobei ich das Wort Sozialpolitik nicht gerade im alten Sinn, sondern in jenem veredelten Sinn gefaßt haben möchte, von dem ich in meiner im Februar gehaltenen Landtagsrede gesprochen habe. Ich will auf jene Landtagsrede hier lediglich verweisen (Zuruf der Abg. Frau Siebert).

Gestatten Sie mir aber noch einen Satz zu dem Plan, in Baden einen Wirtschaftsrat zu errichten, dessen Entwurf ich ja schon im Februar hier mitteilen konnte. Wenn diese Herren, die die Wirtschaft einzuschränken wünschen, den Begriff der Wirtschaft auf die Unternehmer einschränken wollen, wenn diese Herren jetzt einmal diese Ziffern lesen: wenn sie dann noch diesen Begriff haben, daß das in Baden Wirtschaft heißt, dann bedauere ich sie (Sehr richtig!). Würden sie diese Ziffern richtig lesen und überlegen, dann müßten sie einsehen, daß im Wirtschaftsleben die Arbeiterschaft eine ganz gewaltige Rolle spielt, daß es wirklich eine Torheit ist, diese Menschen abzustoßen, ihnen Arbeitslust und Arbeitsfreude zu verringern oder zu nehmen. Es ist eine Torheit, nicht bloß unter dem Gesichtspunkt des Gesamtwohles gesehen, sondern auch, wenn man vom Wohl des einzelnen Betriebes ausgeht, also eine Torheit, sogar, wenn man im Interesse des Unternehmers selbst denkt: denn das Gesamtwohl wie das Wohl des Einzelbetriebes hängen von dieser Arbeitsfreude ab (Sehr gut!).

Nun möchte ich noch speziell einige Folgerungen in bezug auf das Gewerbeaufsichtsamt selber ziehen. Unser Gewerbeaufsichtsamt ist — ich darf das wohl so formulieren — die Krönung unseres Arbeitsschutzes. Von der richtigen Arbeitsweise dieser Institution hängt es doch schließlich ab, in welchem Grade unser Arbeiterschutz auch wirklich durchgeführt wird. Deshalb ist die Durchführung der Aufgaben dieses Amtes von solch hoher Wichtigkeit, und deshalb war ich berechtigt, den Satz auszusprechen: in unserem Gewerbeaufsichtsamt, in seiner Arbeit und der Durchführung der Kontrollmaßnahmen durch dieses Amt in den Betrieben sehe ich die Krönung unseres Arbeiterschutzes. Das ist immer so gewesen: In ganz besonderem Maße aber wird es heutzutage zutreffen, in einer Zeit, wo sich — trotz all unserer sozialen Nöte — dennoch so oft die Abneigung gegen alles Soziale so sehr in den Vordergrund wagt und wo eine so starke Tendenz zu sozialer und wirtschaftlicher Umschichtung zu ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Retzbach [Zentr.])

zeichnen ist. Ich meine, es kann niemand widersprechen, wenn ich sage: In einer Zeit wie der unsrigen, wo wir durch „Typisierung", durch „Rationalisierung", durch „Normalisierung" unsere Probleme meistern wollen — müßte besonders lebhaft anerkannt werden, daß unser badisches Gewerbeaufsichtsamt eine ganz besondere Bedeutung hat.

Was nun seine Aufgabe anbelangt, so stimme ich der Ansicht zu, die im Jahresbericht dieses Amtes ausgesprochen ist: daß, wie das ja schon im Namen liegt, die Haupttätigkeit des Gewerbeaufsichtsamts in der Revision der Betriebe gegeben ist. Ich möchte wirklich nicht haben, daß diese Tätigkeit irgendwie Schaden leide. Aber wie früher, so auch jetzt, meine ich — und ich denke, das Gewerbeaufsichtsamt wird ja in dieser Äußerung keine Kritik und keinen Tadel erblicken —, es sollte daneben gleichfalls als wichtige Aufgabe gelten, daß dieses Amt von einer hohen, von einer neutralen Warte aus die wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge im ganzen Wirtschaftsleben, speziell unseres badischen Landes, verfolgt und darstellt und daß es uns Wege weist für wirtschaftliches und soziales Verhalten.

Unsere badische Fabrikinspektion — so hat sie früher geheißen — hatte sich in Deutschland und darüber hinaus einen außerordentlich guten Namen zu verschaffen gewußt. Der im Juli 1902 verstorbene Fabrikinspektor Wörishofer war anerkannt als eine soziale Autorität, er hat sich seinen Namen gemacht und die badische Fabrikinspektion zu hohem Ansehen geführt, weil er in seinen Jahresberichten und in besonderen Werken die Fabrikinspektion zu einem sozialen Beobachtungsposten zu machen gewußt hat. Ich darf da an jene herrlichen Jahresberichte erinnern, aber auch an die Bücher, die aus seiner Hand hervorgingen, das ganz prächtige Buch über die soziale Lage der Fabrikarbeiter von Mannheim, dann an die Bücher seines Schülers, des Herrn Präsidenten Dr. Fuchs über die Bijouteriearbeiter in Pforzheim und über die sozialen Verhältnisse des Arbeiters in den Landgemeinden von Karlsruhe und Umgebung. Auch später hat man das noch einigermaßen beibehalten; auch Bittmann, der zum Teil andere Wege ging, hat das festgehalten und hat selbst ein dickes Buch geschrieben über die Heimarbeit in Baden. Und wir sehen ja, daß neuerdings wieder diese Dinge aufgegriffen sind; und es sind uns in letzter Zeit durch das Gewerbeaufsichtsamt vorgelegt worden die beiden besonderen Arbeiten: „Die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie im Lichte der sozialen Hygiene" und „Die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden". Das sind wertvolle Gaben, und zwar wertvolle Gaben für die Wissenschaft und für die Praxis; das ist gar kein Zweifel. Es ist nur zu bedauern, daß diese letztere Arbeit, die ich genannt habe, diese große Arbeit, hinter der zweifellos viel Energie und viel Geistesarbeit steckt, diese Denkschrift über die Tabakindustrie, in Baden und im deutschen Lande wenig Echo gefunden hat. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß das Formale an dieser Schrift nicht jene volkstümliche, anschauliche, konkrete Höhe erreicht, wie es bei den Büchern von Wörishofer und von Fuchs der Fall gewesen ist. Vielleicht müßte man für die Zukunft daran denken, daß trotz aller Wissenschaftlichkeit diese Bücher eben in einer gewissen Art volkstümlich gehalten werden, damit auch das Volk, die Arbeiter und die Gewerkschaftssekretäre mindestens sie verdauen, sie verstehen und verarbeiten können.

Also ich wünsche, daß auch in Zukunft neben der Revisionstätigkeit das Gewerbeaufsichtsamt die Verantwortung in sich fühlt und übernimmt, ein sozialer neutraler Beobachtungsposten zu sein.

Freilich, wenn das geschehen soll, dann muß daran gedacht werden, sobald wir das finanziell leisten können, unsere Fabrikinspektion, das Gewerbeaufsichtsamt, auszubauen. Wie ich Ihnen geschildert habe, geht die ganze Entwicklung dahin, daß die Industrie wächst, mehr wächst als die Bevölkerung, und daß insbesondere die Zahl der Arbeiter wächst, mehr als die Bevölkerung, das heißt mit anderen Worten, daß die Revisionstätigkeit für das Aufsichtsamt eine immer größere wird. Dabei ist aber festzustellen, daß das Personal des Aufsichtsamts fast nicht gewachsen ist, jedenfalls nur in geringfügiger Weise eine Vermehrung der Beamten, der Kräfte stattgefunden hat. Freilich, ich glaube, was die Organisation angeht — früher hat man ja lange um die Organisation selber gestritten —, so werden wir wohl keine Änderung brauchen. Wir haben in Baden neben dem Techniker und Nationalökonomen den Arzt, die Frau — sogar einzig in ganz Deutschland als Gewerberat —, wir haben die technischen Hilfsarbeiter aus den Reihen der Arbeiter. Wenn eine Ergänzung stattfinden soll, so braucht nicht die Art geändert, sondern nur die Zahl vermehrt zu werden. Vielleicht ist es angebracht, zu sagen, daß bei der Bedeutung, die der Handel heute hat, die die Angestellten haben, man schließlich wohl auch daran denken könnte, einen Angestellten als technischen Hilfsarbeiter hereinzunehmen und daß vielleicht der Gewerberätin eine Arbeiterin — nicht bloß eine Frau — zur Seite gegeben werden könnte (Sehr richtig! beim Zentrum).

Wie ich gesagt habe, wollte ich nicht kritisieren, sondern ich will im Gegenteil ausdrücklich bekennen: als ich in diesem Jahre den Jahresbericht in die Hand nahm und durchstudierte, hatte ich meine helle Freude und ich sagte mir: hier ist wieder der Geist Wörishofers eingezogen. Der Jahresbericht gibt uns ja eine solche Fülle von Material, von wertvollen Erkenntnissen und Beobachtungen, daß wir, die im sozialen Leben stehen, allen Grund haben, im Leben draußen das durchzusetzen und zur Kenntnis zu geben und daraus die Folgerungen zu ziehen.

Ich will speziell sagen, daß wir es billigen, daß das Gewerbaufsichtsamt sich mit dieser Energie für die Sonntagsruhe eingesetzt hat (Beifall! Sehr richtig! beim Zentrum), und daß es sich für die Durchführung des Kinderschutzgesetzes eingesetzt hat. Wer die geistigen, körperlichen und sittlichen Schädigungen der Kinderarbeit kennt, der wird dem Aufsichtsamt nur Dank wissen, daß es sich darum annimmt, daß endlich jetzt wieder diese Schutzbestimmungen des Kinderschutzgesetzes durchgeführt werden. — Und auch ein Wort der Anerkennung für die Lehrerschaft, die sich in den letzten Jahren wiederum für die Durchführung dieser Bestimmungen zugunsten der geistigen Entwicklung des Kindes interessiert hat.

Insbesondere freuen wir uns über die Darstellung, die uns über die Unfälle und ihre Ursachen gegeben ist, und wir unterstützen mit aller Kraft die Bestrebungen des Aufsichtsamtes, nach der Seite hin zu tun, was getan werden kann, um die Unfälle zu verhüten, soweit es möglich ist. Denn Unfälle verhüten und Krankheiten verhüten, ist doch viel besser, als wie sie vergüten, wenn sie eingetreten sind. Wir werden von seiten der Organisation aus alles tun müssen, damit in die Arbeiterschaft der große Gedanke hineinkommt, daß sie selber die Aufgabe haben, mitzuhelfen und mitzuwirken, daß ihr eigenes Leben, ihre eigene Gesundheit, wie das ihrer Kollegen geschützt wird, insbesondere in der heutigen Zeit, wo das wertvollste wirtschaftliche Gut — das muß immer wieder

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Retzbach [Zentr.])

betont werden — unsere Menschen und unsere Arbeitskräfte in Deutschland sind.

Wir billigen dann ganz besonders auch die Kurse für die wirtschaftliche Schulung der Betriebsräte. Der Jahresbericht der Fabrikinspektion gibt uns ja auf einigen Seiten so verschiedene Urteile von Unternehmern und Arbeitern wieder, wie sie sich zu den Problemen von heute stellen, worin sie die Ursachen des Übels sehen. Da sieht man und erkennt man doch ganz deutlich, daß auf beiden Seiten noch lange keine klaren Auffassungen über diese Probleme vorhanden sind. Man braucht sich darüber auch gar nicht zu wundern. Wer hätte erwarten können, daß man im Jahre 1919 Betriebsräte einführt und daß sie nach wenigen Wochen wirklich auf der Höhe ihrer Aufgaben sind und das leisten können, was ein Betriebsrat sein sollte. Das muß auch gelernt sein, der Betriebsrat muß auch geschult sein; und darum begrüßen wir die Einrichtung der Kurse. Sehr zu bedauern ist, daß da und dort die Betriebsräte versagt haben. Der Inspektionsbericht muß aber zugeben, daß in vielen Fällen der Betriebsrat seine Pflicht und seine Aufgabe wirklich erfüllt hat, wie es die Arbeiter und Arbeitgeber zum Teil anerkennen. Wir werden mit Betriebsräten immer Schwierigkeiten haben, solange es uns nicht gelingt, durch die deutsche Gesetzgebung den Betriebsräten einen besseren Schutz zu geben (Sehr richtig! beim Zentrum). Solange es möglich ist, einen Betriebsrat, der sich gewehrt hat, sich um die Arbeiter angenommen hat, auf die Straße zu setzen, solange werden schließlich die tüchtigsten Kerle für einen solchen Posten nicht zu haben sein; denn jeder will natürlich sich selbst und seine Familie schützen (Zuruf von den Sozialdemokraten). Gewiß, aber wir müssen doch mindestens einen stärkeren Schutz gegen die Entlassung haben; es sind immer Hintertürchen gegeben; aber man soll mindestens machen, was man machen kann. Es hat sich gezeigt, daß der geringe Schutz den wir haben, nicht genügt (Sehr richtig! beim Zentrum).

Mit diesen Anregungen möchte ich schließen, indem ich dem Aufsichtsamt den Dank und die Anerkennung ausspreche. Ich habe aus dem Jahresbericht gesehen, daß hier Männer an der Arbeit sind, die nicht nur ihre Pflicht tun, nicht nur ihre Bürostunden absitzen, sondern die mit dem Herzen bei der Sache sind (Lebhafter Beifall im Zentrum).

Abg. **Hermann** (Bürgerl. Ver.):

In materieller Hinsicht habe ich zu dem Voranschlag des Gewerbeaufsichtsamts nichts zu erinnern. Zu dem außerordentlichen Etat möchte ich sagen, daß die Zahlen, die uns hier gegeben sind, ja nach meiner Ansicht keine feststehenden Zahlen sein dürften, sondern daß die Zahlen sich im Laufe des Jahres wohl ändern dürften und zwar je nach der Wirtschaftslage und je nach Lage der Erwerbslosigkeit. Ich glaube, es hat deshalb auch keinen Zweck oder hätte keinen Zweck, wenn man hier irgendwelche Änderung vorschlagen würde.

Die Erwerbslosenfrage ist nachgerade eine Frage geworden, die das ganze Volk beschäftigt (Starke Unruhe auf der Tribüne. — Glocke des Präsidenten. — Der Präsident ersucht die Tribünenbesucher, still und ruhig ab- und zuzugehen, um die Sitzung nicht zu stören).

Die große Erwerbslosigkeit muß uns mit ernster Sorge erfüllen einmal in der Beziehung, daß die große Not in breiten Schichten des Volkes uns zu denken geben muß und auf der anderen Seite aber auch die Aufbringung der Mittel, die notwendig sind und notwendig werden, um diese Not zu lindern. Wir alle wissen, daß es in der Zukunft uns mit schwerer Sorge erfüllen wird, diese Mittel bereit zu stellen und diese Mittel aufzubringen. Wir sind da der Auffassung, daß es in erster Linie Aufgabe des Staates sein muß, die Beschaffung von Arbeit zu ermöglichen, um die Erwerbslosigkeit aus der Welt schaffen zu können; auf der anderen Seite sind wir aber auch der Auffassung, daß dem gegenüberstehen muß die Einführung einer Arbeitspflicht, eines Arbeitszwanges (Abg. Ritter: Also Zwangsarbeit!).

Mein Herr Vorredner hat ausgeführt, daß in Deutschland und auch in Baden zurzeit ein großer Teil ausländischer, auswärtiger Arbeiter beschäftigt sind, und daß ganz besonders in der Landwirtschaft eine große Zahl von ausländischen Arbeitern beschäftigt sind. Wenn ich vorhin gesagt habe, daß wir der Auffassung sind, daß eine gewisse Arbeitspflicht eingeführt werden muß, so möchte ich ganz besonders gerade auf diese Zustände hinweisen, denn es ist doch eigentlich ein Hohn, wenn man sieht, auf der einen Seite Arbeitslosigkeit und Aufbringung von Mitteln für diese Leute, die arbeitslos sind, und auf der anderen Seite sieht man, daß die Landwirtschaft keine Arbeiter bekommen kann und daß sie gezwungen ist, ausländische Arbeiter einzuführen, so muß das doch zu denken geben (Abg. Rückert: Gedanken machen über die Ursachen!) und es zwingt doch gerade dazu, daß man hier eine gewisse Arbeitspflicht einführt; denn ich glaube nicht, daß man es auf die Dauer verantworten kann (Abg. Rückert: Was Sie jetzt sagen), daß man einerseits allgemeine Mittel aufbringt und auf der anderen Seite ausländische Arbeiter holen läßt, weil es im Inland nicht möglich ist, daß man Arbeiter für die landwirtschaftlichen Arbeiten bekommen kann (Abg. Marxloff: Warum soll es nicht möglich sein, im Inland Arbeiter zu kriegen?). Das muß eben möglich sein, denn es ist ein Hohn, wenn man hier die Leute nicht dazu bringen kann, daß sie diese Arbeit annehmen (Abg. Ritter: Ein größerer Hohn, daß man sie nicht bezahlt!).

Ich möchte heute auf diese Dinge nicht weiter eingehen, denn wir werden ja später noch Gelegenheit haben, uns mit diesen Dingen zu beschäftigen, und ich glaube, daß auch Ihre Ansichten sich in der Beziehung einmal ändern werden. Ich glaube, die Zeit und die Not werden Sie dazu zwingen, daß Sie in wirtschaftlichen Dingen auch einmal anders denken lernen, als Sie heute vielleicht denken. Also ich darf das ruhig der Zukunft überlassen.

Zum Ordentlichen Etat möchte ich sagen, daß ich auch hier keine Veranlassung habe, an den Zahlen irgendwelche Ausstellung zu machen, denn es handelt sich hier in der Hauptsache um persönliche und sachliche Unkosten, Gehälter usw. und wenn man gegen das Vorhandensein des Gewerbeaufsichtsamts an sich nichts einzuwenden hat, so wird man naturgemäß auch diese Kosten bewilligen müssen. An sich wollen wir gegen das Bestehen des Gewerbeaufsichtsamts nichts einwenden; wir wollen seine Existenzberechtigung gerne anerkennen. Ich möchte mich nur mit Dingen beschäftigen, die in geschäftlicher Beziehung zur Gewerbeaufsicht stehen und muß hier auch eine Kritik üben an den Maßnahmen des Gewerbeaufsichtsamts.

In den Reihen der Gewerbetreibenden besteht heute noch die Ansicht — und diese Ansicht wird auch häufig diskutiert — daß das Gewerbeaufsichtsamt etwas zu einseitig eingestellt wäre. Es würde zu sehr die Arbeiterinteressen in den Vordergrund stellen, während man die Interessen der Arbeitgeber, der Betriebsinhaber nicht genügend berücksichtigen würde. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden gegenüber

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Hermann** [Bürgerl. Ver.])

Tätigkeit wäre besonders darauf eingestellt, darüber zu wachen, daß die Arbeitszeit eingehalten würde. Wenn man den Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamts vom Jahr 1925, der uns vor einiger Zeit überreicht worden ist, ansieht, der in wirklich interessanter und ausführlicher Weise ein Bild gibt über die reichhaltige Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamts, — ich sage — wenn man diesen Bericht aufmerksam durchliest, so kann man sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß in Wirklichkeit das Gewerbeaufsichtsamt etwas einseitig ist, wenn man sieht, daß in sehr vielen Fällen Strafen und Anzeigen gegen die Betriebsinhaber angeordnet wurden, besonders gerade wegen Überschreitung der Arbeitszeit, Sonntagsarbeit usw., so muß das zu denken geben. Der Bericht sagt selbst, daß vielfach die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebs bei Behandlung dieser Fragen nicht immer genügend hätten berücksichtigt werden können. Vielfach wäre auch von den Arbeitern selbst der Wunsch vorhanden gewesen, länger zu arbeiten um mehr zu verdienen. In vielen Fällen wurde allerdings versäumt, um die Erlaubnis zur Überzeitarbeit einzukommen, was naturgemäß auch nicht immer möglich ist, da manchmal ganz plötzlich sich die Notwendigkeit ergibt, Überstunden zu machen. Ich möchte dazu noch sagen, daß gerade bei den Kleinbetrieben, wo keine kaufmännischen Kräfte vorhanden sind, die diese Dinge zu besorgen haben, wo der Betriebsinhaber selbst alle seine Sachen, seine schriftlichen Arbeiten und die technische Bearbeitung seines Betriebs durchführen muß, daß es eben da manchmal nicht möglich ist, die nötige Zeit zu haben, daß er sich um diese Dinge so kümmert, wie es notwendig wäre und er dann versäumt, diese Erlaubnis einzuholen.

Also ich meine, hier sollte man auf solche Dinge doch etwas mehr Rücksicht nehmen und auch die Betriebe an sich eben auch nach ihrer ganzen Lage berücksichtigen. Aus grundsätzlichen Erwägungen und der Arbeitszeit entsprechend hat man in vielen Fällen da, wo länger gearbeitet wurde, gestraft und Anzeige auf Strafe erstattet. Ich gebe zu, daß das Arbeitsgesetz es verlangt, daß die Erlaubnis eingeholt wird, und daß es verbietet, daß die gesetzliche Arbeitszeit überschritten wird ohne Einverständnis der Arbeiter und ohne Einverständnis des Gewerbeaufsichtsamts — aber ich meine, man sollte doch diese grundsätzlichen Erwägungen etwas in den Hintergrund stellen und ganz besonders in solchen Fällen, wo länger gearbeitet werden muß, nicht gleich mit Strafen oder Strafanzeigen vorgehen. Ich möchte hier besonders auf einen Fall zurückkommen, der sich in Pforzheim bei den Friseuren ereignet hat. Dort ist vom Gewerbeaufsichtsamt gegen zirka 20 Friseurgeschäfte in Pforzheim bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige erstattet worden und zwar deshalb, weil die Leute in einer tariflosen Zeit die Leute länger als 8 Stunden am Tage beschäftigt hatten. In dem Tarif, der früher bestand, war die Arbeitszeit so festgelegt, daß die Gehilfen einverstanden waren, länger zu arbeiten. Nur deshalb, weil dieser Tarif nicht mehr bestand, ist Anzeige gegen die Friseurmeister erstattet worden. Nun wissen wir, daß es im Friseurgeschäft so ist, daß die Leute nicht den ganzen Tag arbeiten, daß sie da sind und oft längere Zeit warten müssen, bis ein Kunde kommt, eine sogenannte Wartezeit ist also vorhanden, die man nicht als Arbeitszeit rechnen sollte.

Man sollte den Leuten nicht das Geschäft erschweren, daß man diese Dinge so behandelt und einfach buchstabenmäßig das Gesetz zur Auslegung bringen will. Es hat sich gezeigt, daß das Gericht anders entschieden hat und anderer Auffassung war, als das Gewerbeaufsichtsamt. Es hat in zweiter Instanz die Friseurmeister freigesprochen. Ich glaube, man sollte im Gewerbeaufsichtsamt die Sache nach der Richtung etwas sorgfältiger prüfen und hier etwas mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen in den einzelnen Betrieben Rechnung tragen. Ich möchte wünschen, daß auf dem Gebiete nicht allzu engherzig verfahren wird, daß der Arbeitswille und die Arbeit selbst nicht bestraft wird.

Nicht Grundsätze, sondern wirtschaftliche Bedürfnisse sollen maßgebend sein. Mit Strafen sollte man überhaupt sparsam sein, damit erweckt man keine Liebe zum Staate. In den Kreisen der Gewerbetreibenden betrachtet man es als einen Hohn auf den oft gepredigten neuzeitlichen republikanischen demokratischen Geist im neuen Staat, wenn anstatt der Freiheit immer mehr Beschränkung gegen früher eintritt. So holt man z. B. heute alte Verfügungen hervor, die lange Jahre nicht mehr angewendet wurden. Man hat vor einiger Zeit das Anzeigen der Erstellung von Gerüsten wieder angeordnet und zwar handelt es sich um kleine Gerüste, von Gipsern, Malern, um die sogenannten Leitergerüste. Diese Anmeldepflicht hat vor dem Kriege bestanden, sie ist vor dem Kriege und während des Krieges und nachher nicht durchgeführt worden und ist bei vielen Gewerbetreibenden nicht bekannt gewesen. Erst Ende letzten Jahres, oder Anfang dieses Jahres wurde diese Bestimmung wieder in Erinnerung gebracht und zwar dadurch, daß man nicht etwa eine Bekanntmachung erlassen hätte, oder die betreffenden Betriebe aufmerksam gemacht hätte, sondern einfach dadurch, daß man den Leuten einen Strafzettel zugeschickt hat. Es kommt noch etwas hinzu und zwar das, daß früher die Anmeldung nichts gekostet hat. Heute muß der Anmeldepflichtige dafür, daß er eine ihm vorgeschriebene und von ihm ausgeführte Arbeitsleistung und Aufwendung machen muß, noch Kosten bezahlen. Es werden ihm dafür 3 M. abgenommen. Der Betrag ist nicht groß, aber er scheint mir auch nicht begründet zu sein.

Ich komme nun auf das Gebiet des Arbeiterschutzes. Der Arbeiterschutz ist notwendig, Leben und Gesundheit sollen unter allen Umständen soweit wie möglich geschützt werden. Nun hat in der letzten Woche der Herr Abg. Heurich, als er zu dieser Sache gesprochen hat, Zahlen von Unfällen aus dem Reich bekannt gegeben. Ich habe mir aus dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes auch die Zahlen herausgeholt für die Unfälle, die in Baden vorgekommen sind. Ich habe die Zahlen des Herrn Abg. Heurich nicht genau im Gedächtnis, aber ich glaube, daß die Zahlen in Baden etwas günstiger sind, daß die Unfälle und Todesfälle nicht so hoch sind wie im Reiche. Es mag vielleicht einmal daran liegen, daß wir in Baden Betriebe haben, die nicht so gefahrbringend sind, auf der anderen Seite daran, daß wir in Baden im allgemeinen den Arbeiterschutz besser durchgeführt haben. Ich kann diese Dinge nicht untersuchen. Einerlei, es ist festzustellen, daß in Baden die Sache günstiger liegt. Wir haben in Baden an Unfällen insgesamt 15 782, Todesfälle im ganzen 46. Die Unfälle verteilen sich für die Industrie, d. h. die Todesfälle für die Industrie und Betriebe mit Maschinen auf 17, im Hochbau waren vorhanden 242 Unfälle mit 9 Todesfällen, im Tiefbau 66 Unfälle mit 6 Todesfällen und Unfälle durch elektrischen Strom waren 75 vorhanden, bei 14 Todesfällen. Es war unter diesen Unfällen eine große Anzahl leichter Unfälle, die nicht von irgendwelcher Tragweite waren, insgesamt waren 1900 Unfälle entschädigungspflichtig. Ich glaube, bei der großen Zahl von Beschäftigten in Baden kann man sagen, daß diese Zahlen verhältnismäßig klein sind. Sie sind aber immer noch groß genug, selbstverständlich ist jeder Unfall an sich und jeder Todesfall zu bedauern, aber immerhin muß man sagen, daß die Zahlen im großen ganzen günstiger sind

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Hermann [Bürgerl. Ver.])

den Arbeiterinteressen nicht genügend berücksichtigt. Die wie im Reich, und man kann annehmen, daß alles getan wird, was möglich ist, um die Unfälle zu verhindern.

Ich möchte nun ganz besonders über die Unfallvorschriften im Baugewerbe sprechen und möchte sagen, im Handwerk ist es ja so, daß der Handwerksmeister vielfach selbst mitarbeitet; er hat Interesse daran, daß die nötigen Sicherungen zur Verhütung von Unfällen fachgemäß durchgeführt werden. Nun scheint mir aber in einzelnen Fällen doch, als ob die Vorschriften zu schablonenmäßig sind und von den einzelnen Aufsichtsbeamten zu bürokratisch durchgeführt werden. Ich möchte im besonderen vom Baugewerbe sprechen. Es sind in der Beziehung verschiedentlich Klagen aus dem Baugewerbe an mich herangekommen. Ich möchte ganz besonders zu einem Fall sprechen, der mir persönlich bekannt ist, und zwar betrifft das einen Dachdecker in Pforzheim. Dieser Mann hatte ein kleines Haus zu decken in einer Siedelung und es ist von ihm verlangt worden, daß er dort auch das Schutzgerüst anbringen muß, und zwar genau so, wie das bei größeren Bauten vorgeschrieben ist, und das Anbringen dieses Gerüstes hätte 40 Proz. der ganzen Dachdeckerarbeit ausgemacht. Nun muß man sich darüber klar sein, daß 40 Proz. einer ganzen Dachdeckerarbeit für den betreffenden Bauherrn wirklich zu hohe Kosten sind und daß man der Auffassung sein kann, daß man da, wo das nicht absolut sein muß und notwendig ist, hier mit einem etwas einfacheren Schutzgerüst auskommen könnte. Man hat das nachher auch so machen können nach Vorsprache. Aber ich bin der Auffassung, man sollte hier von vornherein einen gewissen Unterschied machen.

Ich bin der Auffassung, daß die Vorschriften entsprechend abzuändern wären, oder aber Anweisungen an die Aufsichtsbeamten in obigem Sinne zu erteilen wären. Ich möchte hier den Wunsch vorbringen, daß die Vorschriften allgemein loyal und nicht rigoros durchgeführt werden. Vor allen Dingen sollte vermieden werden, daß die Durchführung der nun einmal notwendigen Vorschriften nicht das Gefühl einer schikanösen Behandlung aufkommen läßt. Man sollte aber auch unter allen Umständen vermeiden, ohne Verwarnung gleich mit Strafe vorzugehen, besonders deshalb, weil in vielen Fällen nicht Böswilligkeit, sondern Unkenntnis schuld waren, wenn die Bestimmungen nicht vorschriftsgemäß durchgeführt wurden. Vielfach hat auch der Unternehmer keine Kenntnis davon, daß diese Vorschriften nicht genau eingehalten wurden, sondern der ausführende Arbeiter glaubte eben, von sich aus die Sache einfacher machen zu können, oder es ist ihm unbequem und er macht seine Arbeit eben so, wie er sie schon immer gemacht hat. In diesen Fällen ist ja auch der Arbeiter strafbar, aber auch er kennt vielfach die Vorschriften nicht. Deshalb halte ich es für notwendig und halte es auch für den besten Arbeiterschutz, Aufklärung zu schaffen auf beiden Seiten, besonders aber gerade den Arbeiter richtig aufzuklären darüber, wie er sich am besten vor Unfällen schützen kann, denn alle Sicherungsmaßnahmen nützen letzten Endes nichts, wenn derjenige, den es angeht, nicht auch von sich aus die notwendige Vorsicht ausübt. Es ist im Baugewerbe etwas anderes, wie das in der Industrie oder in den Betrieben der Fall ist, wo Maschinen aufgestellt sind und wo Schutzvorrichtungen vorhanden sind, die nun einmal, wenn sie angebracht sind, nun für alle Zeiten da sind und so bleiben können. Bei dem Baugewerbe ist es eben so, daß jedesmal, wenn ein Gerüst erstellt oder gemacht wird, diese Schutzvorrichtung jedesmal neu gemacht werden muß, und daß die Arbeiter, die dieses Gerüst benützen, eben diese Schutzvorrichtung selbst machen müssen nach Angabe des Unternehmers oder des aufsichtsführenden Poliers oder der Aufsichtsbehörde, oder des Aufsichtsbeamten. Also müssen hier die Arbeiter auch ganz genau instruiert und im Bilde sein, wie sie diese Schutzvorrichtungen zu machen haben (Abg. Heurich: Deshalb müssen Sie auch die Mittel bewilligen!). Das machen wir auch. Und deshalb ist es besonders notwendig, daß hier die nötige Aufklärung geschaffen wird, und zwar Aufklärung durch Vorträge. Ich weiß nun und habe gehört, daß solche Vorträge stattfinden und stattgefunden haben, und daß man auch durch Schriften und andere Dinge versucht, die Leute aufzuklären, aber ich meine, man sollte hier noch mehr tun. Auch die Aufsichtsbeamten, die darüber zu wachen haben, daß diese Vorschriften durchgeführt werden, sollten durch Aufklärung eben bei den Arbeitern mehr tun, denn meiner Auffassung nach nützt die Aufklärung mehr, als wie alle Strafen. Es ist mir auch bekannt, daß im Laufe des letzten Winters eine Konferenz hier in Karlsruhe stattgefunden hat von den Aufsichtsbeamten, die hier tätig sind. Soweit mir bekannt ist, sind da auch einige Arbeiter zugezogen worden. Ob Unternehmer zugezogen worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber ich möchte doch bitten, in Zukunft bei derartigen Konferenzen und bei derartigen Zusammenkünften Arbeiter und auch Unternehmer von den betreffenden Gewerben zuzuziehen, denn ich halte es für dringend notwendig, daß gerade hier bei derartigen Besprechungen der Unternehmer und der Arbeiter, die nun einmal mit diesen Dingen zu tun haben, zugezogen werden, und daß sie auch mit ihren praktischen Erfahrungen, die sie dann hier mit zum Ausdruck bringen können, der Sache nützlich sein können. Also ich möchte bitten, in Zukunft, wenn wieder solche Konferenzen stattfinden, daß man auch Arbeiter und Unternehmer zuzieht.

Und nun möchte ich im Zusammenhang mit dieser Sache noch eine Sache zur Sprache bringen, die in gewissem Zusammenhang mit den Pforzheimer Verhältnissen steht. Der badische Bäckerverband und die Metzgerinnung Pforzheim hat vor längerer Zeit — ich glaube schon im April — eine Eingabe an den Landtag gemacht wegen früherer Öffnung der Läden. Nun weiß ich gerade von Pforzheim, daß dort der Wunsch schon lange besteht, und es ist auch einmal vor einigen Jahren dem Wunsche Rechnung getragen worden. Man hat den Metzgern und Bäckern gestattet, daß sie eine halbe Stunde vor Geschäftsbeginn ihre Läden aufmachen konnten. Ich weiß, daß dieser Wunsch wieder dort besteht, aber nicht nur bei den Geschäftsinhabern, sondern auch bei einem großen Teil der Bevölkerung. Ich möchte deshalb bitten, daß man hier den Leuten entgegenkommt, beiden Teilen entgegenkommt, und daß man dieser Eingabe Rechnung tragen möchte. Es ist schon lange her, ich glaube im April ist diese Eingabe gemacht worden, und ist bis heute noch nicht erledigt. Ich möchte deshalb bitten, daß man hier in dieser Sache etwas rascher arbeitet und wenn irgendmöglich den Leuten entgegenkommt. Auch in Württemberg, in Stuttgart, werden die Läden früher geöffnet, gerade bei den Metzgern und Bäckern, und ich glaube, was dort möglich ist, sollte auch bei uns in Baden und in Pforzheim möglich sein. Auch aus wirtschaftlichen Gründen sollte man das tun, denn man sollte heute alles unterstützen, um die wirtschaftliche Not, die nun einmal vorhanden ist, zu beheben und um die Absatzmöglichkeit zu vergrößern. Es ist so: wenn die Leute, die von auswärts kommen, im Geschäft drin sind, können sie nicht mehr heraus und kaufen nichts mehr bei den Geschäftsleuten, währenddem, wenn sie in das Geschäft gehen, sie ihr Brot und ihr Stückchen Wurst mitnehmen können, und der Geschäfts-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Hermann** [Bürgerl. Ver.])

mann da die Gelegenheit hat, seine Ware abzusetzen. Ich möchte bitten, der Eingabe Rechnung zu tragen.

Zum Schluß möchte ich noch einige allgemeine Bemerkungen machen. Der gewerbliche Mittelstand ist im allgemeinen in seiner Ansicht zum Staate so eingestellt, daß er weder auf eine Monarchie, noch auf eine Republik schwört. Er erwartet aber vom Staat, daß ihm seine Existenzmöglichkeit nicht durch alle möglichen Verordnungen erschwert wird, sondern daß man ihm die Möglichkeit gibt, in Ruhe seinem Geschäft nachgehen zu können. Diese psychologische Einstellung sollte auch das Gewerbeaufsichtsamt und die Regierung bei ihren Maßnahmen sich vor Augen halten, dann wird in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes auch die Einstellung zum heutigen Staat genau so loyal sein, wie sie es immer war, jeder Staatsform gegenüber.

Abg. **Brümmer** (Sozdem.):

Die soziale und wirtschaftspolitische Frage gehören mit zu den wichtigsten in einem Staatswesen. Denn dieselben sind es doch, die den Inhalt des Staates bestimmen und gleichzeitig seine Kulturhöhe anzeigen. Leider müssen wir aber feststellen, daß die Position Gewerbeaufsichtsamt, das dieses harte und steinige Feld zu beackern hat, äußerst stiefmütterlich im Staatsbudget gegenüber verschiedenen anderen Positionen behandelt ist. Wir verkennen keineswegs die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich der badische Staat befindet, sind aber andererseits der Meinung, daß hier auf falschem Platz gespart wird. Im Interesse einer vernünftigen, sozialen und wirtschaftspolitischen Entwicklung in Baden, halten wir es für dringend notwendig, daß dem Gewerbeaufsichtsamt die Mittel und Vollmachten gegeben werden müssen, die es benötigt, um ohne Einschränkung seine segensreiche Tätigkeit im Interesse der Nation und der Volkswirtschaft erfüllen zu können. Wie dringend notwendig diese Aufgabe ist, ersieht man, wenn man den Geschäftsbericht des Gewerbeaufsichtsamtes durchliest. Wer den eingehend studiert hat, wird erst ermessen können, welch gewaltige Aufgabe in Zukunft das Gewerbeaufsichtsamt noch zu erfüllen hat. Diese Berichte liefern allen denjenigen, die mit der Materie zu tun haben, äußerst wertvolles Material. Und ich stehe deshalb nicht an, von dieser Stelle aus, auch den Beamten, die an der Ausarbeitung dieser Berichte mitgearbeitet haben, für dieses gute und wertvolle Material den Dank meiner Fraktion und der Arbeiterschaft im allgemeinen auszusprechen. Wie uns die Berichte zeigen, war das Gewerbeaufsichtsamt lebhaft bemüht, alle die Schäden, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung erzeugt, nach Möglichkeit zu beseitigen. Leider sage ich, ist es ihm einfach nicht gelungen, all das zu tun, was notwendig gewesen wäre. Eine Arbeit in Hülle und Fülle muß noch geleistet werden, wenn das Gewerbeaufsichtsamt die Stelle und das Ansehen wieder einnehmen soll, die ihm auf Grund der gesamten Arbeiten gebührt. Ich möchte damit keineswegs sagen, daß etwa die Beamten des Gewerbeaufsichtsamts ihre Pflicht nicht erfüllt hätten. Im Gegenteil, wir erkennen deren Tätigkeit ohne weiteres an, wenn wir auch nicht mit allen Einzelheiten ihrer Tätigkeit einverstanden sind.

Die Berichte zeigen uns aber auch, wie dringend notwendig ein weiterer Ausbau des Gewerbeaufsichtsamts ist, sollen die sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen nicht noch mehr zu untergeordneter Bedeutung als bisher gestempelt werden.

Wie wir aus den Geschäftsberichten ersehen, haben z. B. im Jahre 1913 in Baden 12 663 Besichtigungen stattgefunden. Da man damals in Baden 12 560 Betriebe mit mehr als 10 Arbeitnehmern zählte, so kann man ruhig sagen, daß fast jeder Betrieb mindestens einmal im Jahr besichtigt wurde. Leider hat sich aber dieses Verhältnis ganz bedeutend verschlechtert, trotzdem gerade die Umwälzung, die sich auf dem Gebiet des Produktionsprozesses vollzieht, eine andere Arbeit notwendig gemacht hätte. Im Jahre 1924 wurden nur 10 675 Betriebsanlagen besichtigt. Wenn man bedenkt, daß man damals 21 193 Betriebe mit mehr als 10 Arbeitnehmern hatte, so ergibt sich, daß nur 48,9 Prozent der Betriebe besichtigt worden sind. Und im Jahre 1925 hat sich das Verhältnis leider noch mehr verschlechtert. Insgesamt haben damals 9437 Besichtigungen stattgefunden. Wir sehen also folgendes: Statt daß ein ständiges Steigen der Betriebskontrollen einsetzt, ist ein Sinken zu verzeichnen. Da aber verschiedene Betriebe mehrmals besichtigt wurden, ergibt sich folgendes Bild: daß von 123 429 Betrieben mit 641 314 Beschäftigten nur 7473 Betriebsanlagen mit 216 601 Arbeitnehmern besichtigt wurden. Solche Zustände sind für Baden unhaltbar. Leider steht auch fest, daß andere Bundesstaaten im Vergleich zu Baden viel größere Aufwendungen für die Position „Gewerbeaufsichtsamt" machen. Wir haben also sehr viel nachzuholen, wenn wir in Baden wiederum den Ruf erlangen wollen, den wir früher besessen haben.

Nun ist ja der Kampf um eine planmäßige Betriebskontrolle durchaus nichts neues. Er wird schon so lange geführt, wie wir eine Fabrikinspektion kennen. Sehr interessantes Material auf diesem Gebiet und eine ausgezeichnete Begründung über die Notwendigkeit der schärferen Betriebskontrolle liefert ein uns nicht unbekannter Herr, Oberregierungsrat Dr. Karl Bittmann, in seinem Buch „Werke und Wirken, Erinnerungen aus Industrie- und Staatsdienst". Ich möchte jedem empfehlen, diese Schrift eingehend zu studieren, dann wird er erst ermessen, und der Herr Abg. Hermann insbesondere wird einsehen können — was die Aufgabe eines Gewerbeaufsichtsamtes ist und weshalb das Gewerbeaufsichtsamt auch in Wirklichkeit errichtet wurde. Die Dinge stehen doch so, daß das Gewerbeaufsichtsamt nicht zu dem Zweck errichtet wurde, wie der Herr Abg. Hermann zum Ausdruck gebracht hat, sondern hauptsächlich dem Arbeiterschutz zu dienen hat, weil die wirtschaftliche Entwicklung einen gewissen Staatsschutz notwendig macht, um die Arbeiterschaft nicht vollständig der Willkür preiszugeben.

Ich meine, das mindeste, was wir von Arbeiterseite aus verlangen können, wäre doch das eine, daß alle Betriebe mindestens einmal im Jahr ohne jede Aufforderung durch eine staatliche Instanz besichtigt werden müssen. Es ist kein guter Zustand, wenn wir z. B. heute feststellen müssen, daß die Kleinbetriebe und die Handelsbetriebe auf Grund des Apparates, der dem Gewerbeaufsichtsamt zur Verfügung steht, nur alle 4 bis 5 Jahre einmal besichtigt werden. Dabei werden Sie nicht bestreiten können — und gerade die Ausführungen des Herrn Abg. Hermann bestätigen das —, daß eine öftere Kontrolle dieser kleinen Handelsbetriebe dringend notwendig ist. Denn wenn alle Innungsmeister in der Form eingestellt sind wie der Herr Abg. Hermann, dann braucht es einen nicht zu wundern, wenn Dinge entstehen, die wir nicht gutheißen können.

Niemand wird bestreiten können, daß heute Betriebskontrollen notwendiger sind denn je. Leider steht fest, daß man bei den Änderungen, die sich in der Produktionserzeugung und der Wirschtaft vollziehen, keine Rücksicht mehr auf die Gesundheit und das Wohlergehen der Arbeiter nimmt. Heute wer-

(Abg. **Brümmer** [Sozdem.])

den alle Fragen der Produktionserzeugung lediglich von dem Gesichtspunkt aus behandelt, wie der meiste Profit aus dem Arbeiter herauszuholen ist. Rücksicht auf die menschliche Arbeitskraft gibt es keine mehr. Anstatt die Maschine, Technik usw. zu Sklaven der Menschen zu machen, wird heute umgekehrt der arbeitende Mensch zum Sklaven der Maschine und Technik gemacht. Der Mensch wird leider in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht als Mensch angesehen und behandelt, sondern nur wie eine x-beliebige Ware, die zur Produktion notwendig ist. In rücksichtsloser Weise wird heute mit der menschlichen Arbeitskraft umgesprungen. Ich möchte die Herren Abgeordneten, die diese Ausführungen bemängeln, besonders bitten, daß sie einmal in das Wirtschaftsgetriebe hineingehen und die Arbeitsleistung der Arbeiterschaft ansehen, um zu sehen, was heute von dem einzelnen gefordert wird, damit sie die Richtigkeit dieser Ausführungen verstehen können. Aus all den Gründen bin ich der Auffassung, daß es heute mehr denn je Pflicht des Staates ist, zum Schutz der arbeitenden Menschheit alles zu tun, weil sie das höchste und wertvollste Gut ist, das der Nation zur Verfügung steht. Ich sage, wenn man seitens der Besitzer der Produktionsmittel keine Schonung gegenüber der arbeitenden Menschheit kennt, ist es Pflicht des Staates, in seinem eigenen Interesse die menschliche Arbeitskraft zu schützen. Diese meine Auffassung ist um so richtiger, als doch durch die ungeheure Verarmung, die in Deutschland infolge Krieg und Inflation eingetreten ist, wir mit dem wertvollsten Gut, der Arbeitskraft, doppelt vorsichtig umgehen müssen. In der Reichsverfassung im Artikel 157 ist ausdrücklich gesagt, daß die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutz des Reiches steht. Dieser Bestimmung muß mehr als bisher Rechnung getragen werden. Sonderbar ist es ja, daß dieselben Kreise, die ständig nach dem Schutz des Privateigentums rufen, sich zur Wehr setzen, sobald einmal das arbeitende Volk für sich denselben „Schutz" beansprucht. Ich hoffe eines: Daß die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände nach Abbau der sozialen Gesetzgebung und der Arbeiterschutzgesetze bei der badischen Regierung keine Unterstützung finden. Ich nehme vielmehr an, daß unsere Regierung alles unternehmen wird, um nicht bloß dasjenige, was jetzt schon besteht, zu halten, sondern dafür zu sorgen, daß es in sozialem Sinne weiter ausgebaut wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch ein paar Bemerkungen zur sogenannten Rationalisierung der Wirtschaft machen. Im Aufgabenkreis unseres Gewerbeaufsichtsamtes spielt gerade diese Frage eine außerordentlich große Rolle. Daß wir uns aber mit dieser Frage der Rationalisierung befassen, ist um so dringender notwendig, weil mit der sogenannten Rationalisierung, wie sie heute sich in Deutschland vollzieht, ein Raubbau mit der Gesundheit und dem Leben der Arbeitnehmer getrieben wird, der geradezu unverantwortlich und verantwortungslos bezeichnet werden muß. Gegen eine vernünftige und gesunde Rationalisierung der Wirtschaft werden wir uns niemals wenden. Auch wir wissen, daß die deutsche Wirtschaft sich umstellen muß, wenn wir nicht in noch stärkerem Maße aus der Weltwirtschaft hinausgedrängt, in der Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Ländern noch mehr zurückgedrängt werden sollen. Die Rationalisierung halten wir auch deshalb für notwendig, weil sie ein Mittel ist, die geistige, wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Menschheit zu fördern. Unserer Meinung nach, kann das letztere aber nur dann eintreten, wenn ein Zustand herbeigeführt wird, wo die Wirtschaft in den Dienst der Allgemeinheit und der Menschheit gestellt wird. Der Staat hat die Pflicht, diese Entwicklung zu fördern. Strenge aber haben wir bei Durchführung dieses Gedankens darauf zu achten, daß bei dieser Rationalisierung nicht solch schädliche Auswirkungen und Nebenwirkungen auftreten, wie dies leider heutzutage in Deutschland der Fall ist.

Grundsatz für die Förderung der Rationalisierung muß sein, daß endlich einmal in Deutschland eine planmäßige Rationalisierung unserer Wirtschaft erfolgt. Denn das, was heute in Deutschland vor sich geht, hat mit einer richtigen, im Interesse der Volkswirtschaft liegenden Rationalisierung nicht das geringste zu tun, sondern die Dinge stehen so, daß jeder einzelne Betrieb für sich — ohne Rücksicht auf die Auswirkung seiner Maßnahmen auf die Gesamtwirtschaft — heute drauflos „rationalisiert". Der Fehler liegt also darin, daß man sich gar nicht vorher klar macht, ob und wie die praktische Auswirkung ist.

Notwendig wäre, daß bei der Förderung dieser Aufgabe das Gewerbeaufsichtsamt sich von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen würde.

Erstens einmal bei der Auslese die besten Betriebe berücksichtigen. Zweitens, daß eine Steigerung der Erzeugung in Güte und Menge auf Grund der Verwendung von modernen Arbeitsmaschinen sowie der Ausnützung aller Mittel der Technik unter Schonung der menschlichen Arbeitskraft erfolge. Drittens wäre die Folge eine Preissenkung und könnte zu gleicher Zeit eine Steigerung der Löhne und damit eine Steigerung der Kaufkraft erfolgen.

Bei Berücksichtigung dieser Grundsätze wäre ja die Folge die, daß eine zunehmende Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes und eine erfolgreich steigende Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt eintreten würde. Aber die Befolgung dieser Grundsätze scheint mir noch deshalb notwendig, um überhaupt eine Belebung der Wirtschaft durchführen zu können.

Ich habe soeben schon ausgesprochen, daß dasjenige, was heute in Deutschland unter dem Namen einer Rationalisierung sich vollzieht, mit einer echten Rationalisierung gar nichts zu tun hat. „Ratio" heißt doch eigentlich Vernunft; folglich bedeutet „rationalisieren" nichts anderes, als etwas vernünftiger, etwas besser zu gestalten, als es bisher war. Auf die Wirtschaft übertragen würde das heißen: den gesamten wirtschaftlichen Apparat planmäßiger, günstiger und vorteilhafter als bisher aufzubauen, so daß wir hier eine Umwälzung in der Produktionsweise vor uns hätten, die zu einem Segen für die Menschheit statt zur Qual würde. Leider müssen wir aussprechen, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die Maschine und Technik statt zum Freunde der Menschheit, ihr zum Fluch geworden ist. Der Triumph der Maschine ist heutzutage kein Triumph für die arbeitende Menschheit. Welchen Wohlstand, wieviel Freude und Glück könnten Maschine und Technik bringen und verbreiten, wenn sie in den Dienst der Allgemeinheit gestellt würden! Hier einzugreifen und das größte Kulturwerk der Welt zu vollbringen, das in dieser Beziehung noch zu leisten ist, das ist mit die Aufgabe eines modernen Staates. Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Pflicht und Aufgabe, allen Vorgängen im wirtschaftlichen Leben erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, damit den wirtschaftlich Schwachen derjenige Schutz zuteil wird, der ihnen gebührt.

Auf einen Punkt möchte ich noch besonders aufmerksam machen. Ich bin der Meinung, daß es Pflicht des Gewerbeaufsichtsamtes wäre, seine Beamten mit der Theorie und Praxis der Arbeitswissenschaft, der Psychotechnik vertraut

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Brümmer** [Sozdem.])

zu machen. Den Unternehmer interessiert bei den Leistungsproben, Versuchungen und Messungen durchaus nicht, welche Auswirkung sich dabei für den Arbeiter in sozialer Hinsicht zeigt, sondern nur die gesteigerte Arbeitsleistung. Für den Unternehmer hat die Leistungsprobe keinen anderen Zweck als festzustellen, ob bei der geprüften Methode ein größeres Resultat der Arbeit erzielt werden kann. Für ihn ist, mit anderen Worten gesagt, nur maßgebend, um wieviel mehr Arbeit aus dem Arbeitnehmer herausgeholt werden kann. Die soziale Seite bei der Leistungsprobe interessiert den Arbeitgeber nicht. Gerade mit Rücksicht darauf bin ich der Meinung, daß umsomehr das Gewerbeaufsichtsamt die Aufgabe hat, dieser sozialen Seite ihre ganze Beachtung zu schenken, damit dasselbe in der Lage ist, wenn mit dieser Anwendung der Arbeitswissenschaft bei dem Produktionsprozeß irgend ein Mißbrauch gegenüber der Arbeitgeberschaft festgestellt wird, sofort ihr Veto einlegen kann.

Wir haben wiederholt gehört, daß deutsche Industrielle nach Amerika gereist sind, um dort wirtschaftliche Studien zu machen. Wir begrüßen dies und hätten nur gewünscht, daß die Herren Arbeitgeber sich noch dazu aufgeschwungen hätten, wenigstens zum Teil ihre Betriebsräte mitzunehmen, damit auch diese sich in Amerika einen praktischen Anschauungsunterricht verschaffen hätten können. Klar sind wir uns darüber, daß auf Grund der Eigenart der deutschen Wirtschaft, jene amerikanischen Produktionsverhältnisse nicht ohne weiteres nach Deutschland verpflanzt werden können. Die deutschen Industriellen haben in Amerika wohl den amerikanischen Produktionsprozeß studiert. — Die Voraussetzung aber, die diesen gewaltigen Prozeß ermöglicht, haben sie ganz übersehen! Es fällt mir gewiß nicht ein, ein Loblied auf die amerikanischen Industriellen zu singen: Denn genau so gut wie für die deutschen Unternehmer, ist auch für sie die Produktion nichts weiter als ein Mittel zum Zweck, um ihren Reichtum zu vergrößern. Denn davon, daß die Wirtschaft in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wird, kann weder bei den deutschen noch bei den anderen Industriellen die Rede sein. Eines aber — und das muß doch anerkannt werden — haben die Amerikaner eingesehen: daß wenn man „rationalisieren", wenn man „wirtschaften" will, man das nicht mit niedrigen Löhnen, mit langer Arbeitszeit und mit Millionen Arbeitsloser tun kann. Sie haben erkannt, daß man auch die Grundlage für die Hebung der Wirtschaft schaffen muß.

Sehr interessante Aufschlüsse und sehr wertvolles Material für diese Frage liefert der bekannte amerikanische Finanzschriftsteller Edward Peter Garett in seinem Buch „Das ist wirtschaftlicher Wohlstand!". Ich möchte nur wünschen, daß jeder einzelne bei uns einmal dieses Buch nachlesen würde.

Interessant ist zunächst einmal die Feststellung, warum überhaupt dieses Buch erschienen ist. Der Anlaß hierzu war ein Brief, den ein deutscher Industrieller nach Amerika an einen dortigen guten Freund geschrieben hat. Er klagt ihm darin seine Not und beschwert sich darüber, daß die jungen Leute in Deutschland gar nicht mehr zur alten, deutschen Einfachheit zurückkehren wollen, daß sie gar nicht bereit sind, zehn und zwölf Stunden zu arbeiten, und daß sie gar nicht dafür zu haben seien, mit niederen Löhnen zufrieden zu sein. Dazu schreibt nun der Verfasser folgendes:

„Ich las den Brief mehrmals. Es war mir, der ich mich seit mehreren Jahren in Amerika aufhalte und der ich mit den amerikanischen Produktions- und Verkaufsmethoden vertraut geworden bin, zunächst nicht verständlich, wie man sich noch immer dem Irrtum hingeben kann, daß man eine Industrie durch Wiedereinführung von niedrigeren Löhnen und mehr Arbeitsstunden wieder in die Höhe bringen könne, nachdem Amerika der ganzen Welt gezeigt hat, daß man die Preise für Waren heruntersetzt, indem man gleichzeitig die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt und dadurch den Umsatz von Waren vergrößert.

Glaubt man in Europa noch immer, daß man durch eine Verlängerung der Arbeitszeit um 20 bis 40 Proz. und durch eine Verkürzung der Löhne, die ja im besten Falle nur wenige Prozent betragen kann, gegen die amerikanischen Industrien, die durch die Einführung von besseren Maschinen und Produktionsmethoden häufig die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters um Hunderte von Prozenten verbessern, aufkommen wird?"

Und an einer anderen Stelle heißt es dann weiter:

„Hat man noch immer nicht entdeckt, daß ihre unterbezahlte Arbeiterschaft ihre technische und industrielle Entwicklung zurückhält, weil sie nicht als Käuferin von industriellen Produkten in Massen, die groß genug sind, um die Einführung von modernen Fabrikationsmethoden zu rechtfertigen, auftreten kann? — Fragt man sich denn nicht, wie es kommt, daß man in Amerika trotz hoher Löhne die meisten Gegenstände des täglichen Bedarfs und auch die meisten Luxusgegenstände billiger als in den nur niedrige Löhne zahlenden Ländern Europas kaufen kann?"

Das schreibt ein Mann, der nicht auf dem Boden unserer Weltanschauung steht, sondern der mit auf dem Boden der Weltanschauung steht, die heute von den deutschen Kapitalisten vertreten wird! Und wenn man weiter nachliest, wie man die Wirtschaft aufbauen muß, welche Voraussetzungen notwendig sind, dann sieht man doch, daß das richtig ist, was der Herr Kollege Heurich bei seiner letzten Rede gesagt hat, daß das deutsche Unternehmertum die letzten Jahre versäumt hat, das zu tun, was es als Wirtschaftsführer hätte tun müssen.

Sehr interessant ist auch das Zahlenmaterial über die Verdienste in Amerika, in Deutschland und der anderen Nationen. Da stellt er z. B. fest, daß in Amerika ein Arbeiter einen Durchschnittstagelohn von 23.52 M. und bei uns in Deutschland einen solchen von 6.51 M. hat. Dabei stehen die Dinge doch so, daß in Wirklichkeit der deutsche Arbeiter noch nicht einmal einen Durchschnittstagesverdienst von 6.51 M. hat. Die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit usw. bewirken es, daß im Durchschnitt ein viel geringerer Satz herauskommt.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß in Deutschland die Wirtschaftsfragen heute von anderen Gesichtspunkten aus betrachtet werden müssen, als es vielfach geschieht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Weltmarkt allein nicht der Retter der deutschen Wirtschaft sein kann. Wir müssen uns darüber klar sein, daß durch die wirtschaftliche Umwälzung sich heute auch der Weltmarkt grundsätzlich geändert hat. Die Absatzgebiete sind einfach nicht mehr in der Form vorhanden wie in der Vorkriegszeit, denn durch den Krieg, durch die Abschnürung der einzelnen Länder haben sich die verschiedenen Staaten selbst industrialisiert, so daß sie heute nicht bloß ihren eigenen Bedarf produzieren, sondern darüber hinaus auch auf dem Weltmarkt uns gegenüber als Konkurrenten auftreten. Das sind die besonderen Schwierigkeiten, mit denen wir auf dem Weltmarkt rechnen müssen. Wir sind der Meinung, daß das Hauptgewicht nicht allein auf den Weltmarkt, sondern mehr auf den Inlandsmarkt gelegt werden muß. Wir haben

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Brümmer** [Sozdem.])

in der Vorkriegszeit ungefähr 80 Proz. der deutschen Erzeugnisse im Inland selbst verzehrt und müssen uns darüber klar sein, daß wir vor allen Dingen den Inlandskonsum heben müssen, um an den Weltmarkt heranzukommen. Denn der Weltmarkt ist nichts anderes als ein internationales Austauschgeschäft, wo eine Nation mit der anderen ihre überschüssigen Waren austauscht. Glauben denn etwa die deutschen Industriellen, daß wir in Deutschland unsere Waren vom Ausland abgenommen bekommen um der schönen Augen willen, wenn man nicht selbst im Inland durch höhere Gehälter und Löhne dafür sorgt, daß die Kaufkraft gestärkt wird, damit auch die ausländischen Produkte in Deutschland abgesetzt werden können! Deshalb meine ich immer, daß die Lohnpolitik, die in Deutschland von den Unternehmern getrieben wird, falsch ist, weil wir so zu einer Gesundung nicht kommen können. Denn wenn nicht die Kaufkraft im Inland vorhanden ist, wird kein Anschluß an den Weltmarkt gefunden werden können.

Der Herr Kollege Heurich hat das letzte Mal in seiner Rede auch darauf hingewiesen, neben der Weltmarktfrage spiele auch die Koloniefrage eine gewisse Rolle. Dazu will ich nur einen Satz sagen. Ich wundere mich darüber, daß es Leute gibt, die heute noch nach Kolonien rufen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), in einer Zeit nach Kolonien rufen können, wo wir uns in Deutschland jeden Tag über die Kolonisierung anderer Länder beschweren. Wenn wir selbst keine Kolonie werden wollen, dann dürfen wir auch andere Länder nicht mehr kolonisieren (Zurufe von der Bürgerlichen Vereinigung und vom Zentrum. Abg. D. Maier-Karlsruhe: Der Schuß geht aber hinten hinaus! — Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. **Baumgartner** (unterbrechend):

Ich bitte um Ruhe. — Ich glaube, daß der Herr Redner etwas weit vom Titel „Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht" abschweift.

Abg. **Brümmer**:

Herr Präsident, ich bin der Meinung, wir haben hier die wirtschaftspolitischen Fragen zu behandeln, und wenn das Gewerbeaufsichtsamt seine Entscheidung treffen muß über Fragen, die mit dem Betrieb zusammenhängen, dann muß auch darüber geredet werden, warum die wirtschaftlichen Zustände vorhanden sind, und welche Auffassung wir haben, welche Maßnahmen notwendig sind, um zu einer Gesundung der deutschen Wirtschaft zu kommen.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Aber das Thema der Kolonien wollen wir jetzt wirklich ausscheiden, das haben wir bei der allgemeinen Debatte erledigt (Zuruf von den Sozialdemokraten: Es war nur ein Abstecher!).

Abg. **Brümmer** (fortfahrend):

Drüben in Amerika ist die Tatsache festzustellen, daß das relative Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichgeblieben ist: In dem Maße, wie drüben in Amerika der Reichtum der Industriellen gewachsen ist, wurden auch die Arbeitslöhne erhöht und damit eine Kaufkraft geschaffen, wie sie nötig ist, um die erzeugten Waren absetzen zu können. In Deutschland dagegen müssen wir wohl feststellen, daß sich das relative Verhältnis zum Nachteil der Arbeitnehmer verschlechtert hat. Während der Reichtum der deutschen Industrie gewachsen ist, sind die Löhne und Gehälter stark zurückgeblieben, so daß heute neben dem Mangel des Absatzes auf dem Weltmarkt auch noch das Fehlen der Kaufkraft im Inland zu verzeichnen ist. Drüben in Amerika hat die Nationalisierung zu einer Belebung der Wirtschaft geführt, bei uns in Deutschland dagegen zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise. Ich sage Ihnen ganz offen: Je mehr man in Deutschland nach den bisherigen deutschen Methoden weiter rationalisiert, um so schärfer wird die Arbeitslosigkeit, um so schärfer wird die Wirtschaftskrisis werden. Man will ja mit weniger Arbeitern eine größere Menge von Gütern erzeugen, ohne den im Arbeitsprozeß stehenden Arbeitnehmern auch einen entsprechenden Anteil an der Mehrerzeugung der Produktion zu geben. Deshalb sage ich, man muß dazu übergehen, daß der Mehrertrag der Arbeit, der durch diese veränderten Arbeitsverhältnisse erzeugt wird, auch den Arbeitnehmern zuteil wird, damit die Kaufkraft gestärkt und der Inlandsmarkt belebt wird.

Aus allen diesen Gründen heraus sind wir der Meinung, daß das Gewerbeaufsichtsamt die Pflicht und die Aufgabe hat, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, daß überall da, wo arbeitersparende Maschinen, oder zeitersparende Arbeitsmethoden eingeführt werden, den im Betrieb verbleibenden Arbeitnehmern entsprechend höhere Löhne bezahlt werden, damit die Kaufkraft gestärkt wird und die Arbeiter, die vorübergehend arbeitslos werden, wieder in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden können.

Ich habe bereits auf die große gesundheitliche Schädigung der Arbeitsleistung der Arbeitnehmer hingewiesen. Doppelt notwendig ist es aber unter diesem System, den Unfallverhütungsvorschriften besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wer einmal die Arbeiterschaft unter diesem modernen Arbeitssystem der Band- und Fließarbeiten arbeiten gesehen hat, wer selbst daran gearbeitet hat, der kann erst ermessen, welche rücksichtslose Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft heute im Produktionsprozeß erfolgt. Die Arbeitsmethoden von heute entseelen die Arbeit immer mehr, töten die Arbeitsfreude und befriedigen die Arbeitnehmer durchaus nicht. Die Menschen werden zu einer lebendigen Maschine, werden körperlich und seelisch derart zermürbt, daß dieses Produktionssystem zu einer Gefahr für die Menschheit wird. Und dies alles ist nur die Auswirkung dessen, weil die Arbeitsstätten, die Maschinen usw. nur im Dienst der Besitzenden, aber nicht in dem Dienst der Gesamtheit gestellt sind. Die Arbeitsleistungen sind bereits so stark gestiegen, daß man Arbeiter mit einem gewissen Alter überhaupt nicht mehr im Betrieb leiden will. Arbeiter über 50 Jahre kommen kaum noch der geforderten Arbeitsleistung nach, und die Industrie geht auch dazu über, diese Arbeiter, die vielleicht ein ganzes Jahrzehnt oder noch länger dem einzelnen Unternehmer treu gedient haben, auf die Straße zu setzen, unbekümmert darum, was aus diesen Menschen wird. Ich bin der Auffassung, daß der Staat die Pflicht übernehmen muß, die Arbeiter, die im Dienste des Kapitals ergraut sind, besonders zu schützen. Dieser Schutz darf sich aber nicht nur darauf erstrecken, daß er eine Arbeitslosenunterstützung bekommt, sondern es muß vielmehr darauf hingewirkt werden, daß Gesetze herauskommen, wonach alte Arbeiter nicht entlassen werden dürfen. Der Staat kann die soziale Pflicht nicht allein übernehmen, sondern der Industrie, dem Betrieb, muß die Pflicht auferlegt werden, daß der ältere Arbeiter in dem Produktionsprozeß verwendet werden muß.

Nun hat der Herr Kollege Heurich in seiner letzten Rede, in der er die sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen behan-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Brümmer** [Sozdem.])

delt hat, auch davon gesprochen, daß das soziale Problem, die sozialen Gegensätze, nicht durch Bolschewismus, aber auch nicht durch Klassenkampf beseitigt werden können. Ich gehe mit dem Herrn Kollegen Heurich darin einig, daß mit bolschewistischen Methoden diese Frage in Deutschland und in Westeuropa nicht zu lösen ist. Es mag dies möglich sein für russische Verhältnisse und bei der Eigenart dieses Volkes; aber wenn der Herr Kollege Heurich sagt, daß die heutigen Gegensätze, die in der Wirtschaft vorhanden sind zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nicht durch Klassenkampf beseitigt werden können, so sind wir darüber etwas anderer Meinung. Klassenkämpfe sind nicht neu, sie bestehen schon, solange die Welt überhaupt besteht. Nur waren die Methoden je nach der Zeit und der wirtschaftlichen Verhältnisse verschieden. Und Klassenkämpfe wird es solange geben, wie die Menschheit besteht und die Menschheit in Klassen gespaltet ist. Das ist ja das Ziel, das sich die sozialistische Arbeiterbewegung gesteckt hat, die Spaltung der Menschheit in verschiedene Klassen zu beseitigen und damit den Klassenkampf endgültig abzuschaffen. Wir wollen den Zustand beseitigen, daß es auf der einen Seite Arbeiter gibt, die arbeiten müssen, und auf der anderen Seite die Nutznießer der gesellschaftlichen Arbeit. Wer also, Herr Kollege Heurich — und Ihre Freunde geht es ebenfalls an —, den Klassenkampf nicht will, der muß mit uns daran arbeiten, daß die sozialen Gegensätze, die im Staate vorhanden sind, beseitigt werden. Der Herr Kollege Dr. Retzbach hat vorhin sehr vortreffliche Ausführungen gemacht, als er die Gesamtverhältnisse der Arbeiterschaft schilderte. Ich freue mich darüber. Nur hätte ich gewünscht, daß er auch die Konsequenz aus diesen sozialen Zuständen gezogen hätte, um mit uns die Zustände zu verbessern. Ich weiß nicht, welchen Weg der Herr Kollege Heurich gehen will; ich nehme an, daß er die christliche Weltanschauung (Abg. Heurich: Sie gehen ja den Weg des Klassenkampfes auch nicht mehr!). Ja, es kommt darauf an, Herr Kollege Heurich, was man unter Klassenkampf versteht (Glocke des Präsidenten. — Präsident Dr. Baumgartner: Ich möchte bitten, jetzt wirklich nicht mehr in die allgemeine Debatte zurückzuverfallen, sie ist erledigt. Wir sind jetzt in der Einzelberatung. — Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Er hat es aber vorbereitet!).

Ich möchte nur sagen, daß diese Zustände erst dann beseitigt werden können, wenn wir dazu übergehen, die Produktion in den Dienst der Menschheit, der Allgemeinheit zu stellen, und wir erreicht haben, daß die Produktion durch die Menschheit für die Menschheit erfolgt.

Ich darf wohl das eine noch sagen: Wo wäre die Arbeiterklasse hingekommen, ohne die sozialistische Bewegung, ohne die freien Gewerkschaften usw.? Wenn der Herr Kollege Heurich davon gesprochen hat, auch heute morgen der Herr Kollege Bauer, daß man versuchen müsse, die sozialen Gegensätze zu beseitigen durch Arbeitsgemeinschaft, durch Volksgemeinschaft usw., dann müssen wir sagen, daß wir ihnen in dieser Auffassung nicht folgen können. Es kommt nicht auf die Worte, sondern auf die Taten an. Es kommt nicht darauf an, daß wir sagen, die Arbeitgeber sollen vernünftig sein, der Arbeiterschaft andere Rechte geben, wo uns doch täglich die rauhe Wirklichkeit etwas anderes zeigt.

Wir sehen ja heute wiederum, wie die Arbeiterschaft Tag für Tag genötigt wird, um jeden Pfennig Lohnerhöhung einen ganz erbitterten Kampf zu führen, um wenigstens einigermaßen als Mensch existieren zu können. Und wenn der Herr Kollege Bauer auf den Zeitungsartikel hinweist, der in der „Karlsruher Zeitung" erschienen ist, so darf ich darauf vielleicht folgendes sagen: Es gibt ja heute so viele Leute, die über Probleme schreiben, die sie einfach nicht kennen und nicht kennen können, da sie sich in die tatsächlichen Verhältnisse nicht hineingearbeitet haben. Sie kennen die Schwierigkeiten des Tageskampfes nicht und kommen dieserhalb auch zu der falschen Schlußfolgerung. Es hat sich ja gezeigt, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht möglich ist. Ich habe von der ersten Stunde an keinen Glauben daran gehabt, daß eine Arbeitsgemeinschaft möglich wäre, weil die Wirtschaftsprobleme eben doch von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Der Unternehmer betrachtet die Wirtschaft und damit die gesamte Auswirkung nur von seinem eigenen Standpunkt aus, während wir der Auffassung sind, daß die Wirtschaft ganz in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden soll. Deshalb sage ich den Arbeitgebern, wer Vertrauen haben will, der soll sie erst durch die Tat beweisen, daß auch die Arbeiterschaft Vertrauen zu ihnen haben kann. Solange dies nicht der Fall ist, wird eben die Arbeiterschaft den Weg gehen müssen, den sie bisher gehen mußte.

Ich habe vorhin einzelne Arbeitsverhältnisse geschildert und auf die Tatsache hingewiesen, daß heute mit der Arbeiterschaft Raubbau getrieben wird. Das wird auch in dem Geschäftsbericht für das Jahr 1925, den das Gewerbeaufsichtsamt herausgegeben hat, zugegeben. Dort heißt es Seite 9 u. a.: Zunächst ist festzustellen, daß für die Lage der Arbeiterschaft nicht etwa die Gestaltung der Arbeitsstätte in gesundheitlicher, unfallsicherer, sowie technischer Hinsicht entscheidend ist, sondern daß die wirtschaftliche Erhaltung des Betriebes alles andere zurücktreten läßt. Hier wird also glatt zugestanden, daß das Wohl und Wehe der arbeitenden Menschheit dem Unternehmer nichts mehr gilt, wenn es um seine Profite geht. Gerade dies ist eine Bestätigung für unsere Forderung, die wir erheben, daß eine öftere und schärfere Betriebskontrolle innerhalb der Betriebe durchgeführt wird.

Nun wird aber auf Seite 9 weiter gesagt, Revisionen, die sich auf den Unfallschutz erstrecken, begegnen oft nicht mehr dem nötigen Verständnis sowohl von Arbeitgebern wie auch von seiten der Arbeitnehmer.

Dazu darf ich vielleicht folgendes sagen: Alle diejenigen, die im praktischen Wirtschaftsleben stehen und mit der Arbeiterschaft Schulter an Schulter ringen müssen um ihre Menschenrechte, werden zugeben müssen, daß von Tag zu Tag bei den Unternehmern das Verständnis für den Arbeiterschutz mehr und mehr zurückgeht. Sie empfinden alle Unfallverhütungsvorschriften für eine Last und betrachten die Maßnahmen als einen Eingriff in ihre Hoheitsrechte. Wenn aber nun gesagt wird, daß auch bei den Arbeitnehmern das Verständnis hierfür fehle, so trifft das nur in bedingter Form zu. Man darf dabei folgendes nicht übersehen: Zunächst einmal die allgemeine Wirtschaftslage, der Arbeitsmarkt und der tägliche Kampf um die Arbeitsstelle. Weiter ist zu berücksichtigen das Vorgehen der Unternehmer gegen die Betriebsräte, die sich das Recht nehmen, auf dem Gebiete des Unfallschutzes gemäß dem Betriebsrätegesetz vorzugehen. Ich könnte Ihnen da ein Dutzend Fälle erzählen aus meiner eigenen Praxis, wo die Betriebsräte, die es mit ihrer Aufgabe des Unfallschutzes ernst nahmen, auf das allerschwerste schikaniert wurden. Um sie zu schädigen, wird jede Viertelstunde Arbeitszeitversäumnis, die sie auf Grund ihrer Tätigkeit des Betriebsrätegesetzes versäumen, streitig gemacht. Jede Viertelstunde Arbeitszeitversäumnis muß vor dem Gewerbegericht eingeklagt werden, damit der Betriebsrat zu seinem Rechte kommt. Leider lassen die Urteile der Gewerbegerichte in Betriebsrats-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Brümmer [Soz.dem.])

streitfragen zu wünschen übrig. Diese Herren Vorsitzende der Gewerbegerichte haben tatsächlich keinen Einblick in die Betriebsverhältnisse. Sie wissen nicht, welche Schwierigkeiten die Betriebsräte gegenüber den Arbeitgebern überwinden müssen, wenn sie ihre Pflicht erfüllen wollen. Deshalb wäre es notwendig, daß nach dieser Richtung eine Belehrung der Gewerbegerichtsvorsitzenden erfolgt.

Ich will ein anderes Beispiel nehmen. Ein Arbeiter, der monatelang arbeitslos war, findet nach langer Zeit eine Arbeitsstelle. Diese unfreiwillige Erholungszeit, welche eine Zeit der Not war, ist vorübergehend aufgehoben. Diese Leute werden die erste Zeit, wenn sie in die Betriebe hineinkommen, aus Kurzsichtigkeit lieber auf die Unfallgefahren nicht achten und auf die Einhaltung der Vorschriften Verzicht leisten, nur um die Arbeit nicht zu verlieren. Dies wäre besser, wenn die Arbeiterschaft einen besseren Schutz hätte und nicht willkürlich entlassen werden könnte. Aber in der Frage, warum die Unfälle sich anhäufen, warum die Kontrolle auf dem Gebiete des Unfallschutzes verschärft werden muß, spielt die Frage des Arbeitsverhältnisses eine große Rolle. Wer die heutige Akkordkalkulation in den Betrieben kennt, wo mit einer hundertstel Minute gerechnet wird, der kann erst ermessen, daß der Arbeiter, wenn er sein Geld verdienen will, keine Zeit hat, auf die Unfallgefahren zu achten. Wer die Unfallgefahren beseitigen will, hat auch die Pflicht, damit einzusetzen, daß solche Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die es dem Arbeiter ermöglichen, mit Sicherheit und Ruhe seiner Arbeit sich hingeben zu können. Gerade deshalb, weil das Arbeitnehmertum die wirtschaftlichen Notwendigkeiten rücksichtslos ausnützt, ist der Staat verpflichtet, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen. Mit dem Apparat aber, der dem Gewerbeaufsichtsamt zur Verfügung steht, ist es nicht in der Lage, diesen Aufgabenkreis bewältigen zu können.

Ein Wort darf ich sagen zur Betriebsrätebewegung in Baden. Wir freuen uns über die Anerkennung, die im Geschäftsbericht der Betriebsratstätigkeit gewidmet ist, wenn wir auch andererseits nicht verkennen, daß sehr viel noch zu tun ist, bis die Betriebsräte ihren gesamten Aufgabenkreis richtig erfüllen können. Diese Betriebsrätebewegung ist jung, sie wird aber durch die Maßnahmen der Arbeitgeber behindert, die die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit nicht zur Ruhe kommen lassen, sondern überall Schwierigkeiten machen. Diese Anerkennung der Betriebsratstätigkeit weicht sehr wohlwollend von der Unternehmerkritik ab. Wer die Arbeitgeberzeitung liest und die Arbeitgeber kennt, weiß, daß die Arbeitgeber immer und immer wieder über die Betriebsräte Klage führen, weil sie angeblich zu viel in den Betrieb eingreifen, weil sie die Arbeit erschweren würden und dergleichen mehr. Dies trifft nicht zu. Bin aber andererseits der Meinung, daß, wenn die Betriebsräte segensreich arbeiten sollen, dafür gesorgt werden muß, daß die Betriebsräte einen besseren Schutz erhalten, als das jetzt der Fall ist.

Nur ein paar Worte möchte ich sagen zu den Gutachten, die das Gewerbeaufsichtsamt abgibt bei beantragten Betriebsschließungen oder Betriebseinschränkungen. Hier haben wir Klage zu führen. Es entsteht immer wieder der Eindruck, als wenn den Belangen der antragstellenden Firmen bedeutend mehr Rechnung getragen würde als den Wünschen der Arbeitnehmer. Die Raschheit und Promptheit, mit der die Anträge der Arbeitgeber behandelt werden, ist auffällig gegenüber der Behandlung von Anträgen, die seitens der Arbeitnehmer gestellt werden. Ich bin der Meinung, man sollte mit der Abgabe von Gutachten doppelt vorsichtig sein. Besonders wünschen wir das deshalb, weil es sich meistens dabei um die Existenzen von Menschen handelt. Wenn die Gutachten nicht zu vermeiden sind, wünschen wir aber auch, daß bei der Abgabe von Gutachten die Äußerungen der Betriebsräte besser berücksichtigt werden als bisher. Das ist leider bisher kaum zu bemerken gewesen. Es hat schließlich keinen Zweck, die Betriebsräte zu hören, ihre Anschauung kennenzulernen, wenn man ihren Mitteilungen bei Abgabe von Gutachten nicht die nötige Beachtung schenkt. Mit der Abgabe von Gutachten ist es immer eine eigene Sache. Der Beamte soll nach Treu und Glauben sein Urteil abgeben. Ob es aber richtig ist, ist eine andere Frage. Es ist einfach nicht möglich, daß ein Beamter des Gewerbeaufsichtsamtes, mag er noch so tüchtig sein, in wenigen Stunden die finanzielle und wirtschaftliche Lage eines Betriebes kennen kann, um ein einwandfreies Gutachten abgeben zu können. Es sei denn, daß man das Material der Firma für bare Münze nimmt. Es wäre sehr gut, wenn man bei der Abgabe von Gutachten auch die Frage untersuchen würde, warum diese Zustände in diesem oder jenem Betriebe so gelagert sind. Leider ist es heute so, daß sich um diese Dinge kein Mensch kümmert, aber man andererseits der Arbeiterschaft zumutet, allein die Fehler, die seitens der Betriebsleitung und der Direktion gemacht wurden, auf sich zu nehmen. Unseres Ermessens nach sollte man dort keine Gutachten abgeben, wo man infolge der Kürze der Zeit die Betriebsverhältnisse nicht durch und durch kennen lernen konnte.

Ein Teil der Firmen macht sich heute die Arbeit sehr leicht bei beantragten Betriebsschließungen. Sie stellen den Antrag beim Landeskommissär. Der Landeskommissär läßt sich, bevor er seine Entscheidung fällt, immer vom Gewerbeaufsichtsamt ein Gutachten geben. Wird die Genehmigung erteilt, dann heißt es im Betriebe seitens der Direktoren und leitenden Beamten, die staatlichen Behörden haben uns die Genehmigung erteilt. Unsere Maßnahmen sind berechtigt usw. Dadurch richtet sich der ganze Groll und Mißmut, der durch Verlust der Arbeitsstelle infolge der Mißwirtschaft der Unternehmer entsteht, gegen die staatlichen Instanzen und enthebt andererseits die Wirtschaftsführer ihrer Verantwortung. Das Vertrauen zu den Beamten des Gewerbeaufsichtsamtes geht dadurch bei der Arbeitnehmerschaft immer mehr verloren. Das möchte ich unter allen Umständen vermeiden, da es notwendig ist, daß zwischen der Arbeiterschaft und den Beamten des Gewerbeaufsichtsamtes ein Vertrauensverhältnis besteht, wenn die Arbeit des Gewerbeaufsichtsamtes segensreich und im Interesse der Gesamtwirtschaft sein soll. Die Praxis hat wiederholt bestätigt, daß die Gründe, die die Firmen angeben, in Wirklichkeit nicht zutreffen. Heute schmeißt man die Leute auf die Straße, morgen holt man sie wieder herein. Die Folge davon ist, daß diese Arbeitnehmer ihrer arbeitsrechtlichen Ansprüche vollständig verloren gehen. Mir sind verschiedene Fälle bekannt, aber ich will nur ein Beispiel heranziehen, um zu beweisen, daß solche Fälle vorkommen. Ein Großbetrieb in Mannheim hatte über 1000 Leute abgebaut. Er stellte den Antrag, weitere 500 Leute entlassen zu dürfen. Der Betriebsrat wehrte sich dagegen. Er erklärte, es sei nicht möglich, die Produktion durchzuführen, wenn 500 Leute entlassen würden. Der Landeskommissär hat auf Grund des Gutachtens des Gewerbeaufsichtsamtes die 500 Leute zur Entlassung gegeben. Die Leute wurden entlassen und der letzte Mann war noch nicht aus der Werkstätte draußen, da hat man von den im Betrieb verbliebenen Arbeitern verlangt, daß sie nicht nur 9 Stunden, sondern noch Überstunden arbeiten sollen. Das sind Dinge, die nicht richtig sind, und nicht vorgekommen wären, wenn man den Rat-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Brümmer** [Sozdem.])

schlägen des Betriebsrates gehört hätte. Unserer Auffassung nach müßte die staatliche Behörde dafür sorgen, daß, wenn sie die Genehmigung von Entlassungen ausspricht, in keinem Betrieb, wo ein Abbau von Leuten stattfindet, eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden nicht verlangt werden darf, bevor nicht die entlassenen Arbeiter in den Betrieb zurückgeführt sind. Damit wäre ein gewisser Schutz gegeben, und die Firmen gezwungen, etwas mehr Vorsicht als bisher zu üben. Derselbe Großbetrieb, den ich im Auge habe, hat folgendes gemacht: Er hat seine gesamten Hilfsarbeiter so stark abgebaut, daß ein Mangel von Hilfsarbeitern vorhanden war. Was tut die Firma? Sie nimmt einfach die Lehrlinge und benutzt sie zu Hilfsarbeiterdiensten, anstatt sie auf dem Beruf zu beschäftigen, zu dem sie auf Grund des Lehrvertrags verpflichtet wäre. Der Betriebsrat wurde vorstellig und verlangte, daß die Lehrlinge an ihre alten Arbeitsplätze zurückgeführt würden, damit sie ihr Handwerk gründlich lernen können. Die Firma lächelt darüber und sagte, das geht uns nichts an, die wirtschaftliche Notwendigkeit verlangt von uns, daß wir diese Sache so durchführen.

Der Lehrlingsfrage ist von seiten des Gewerbeaufsichtsamts erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Wir können uns auf dem Weltmarkt nur behaupten, wenn wir imstande sind, Qualitätsarbeit liefern zu können. Und gerade aus dem Grunde ist es notwendig, daß der Berufsausbildung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Leider stehen aber die Dinge so, daß in einem Teil von Betrieben die Lehrlinge zu Zwecken verwendet werden, die mit der Berufsausbildung nicht das geringste zu tun haben. Haben diese armen Teufel dann ihre Lehrzeit beendigt, dann sollen sie hinausgehen in die Wirtschaftsbetriebe, um ihr Brot zu verdienen. Dann ist es aber meist so, daß diese Leute in der Arbeit nicht mitkommen können, weil sie die Grundbegriffe ihres Handwerks nicht erfaßt haben. Die Lehrlingszüchterei ist ebenfalls noch in großer Blüte, und das Gewerbeaufsichtsamt hat die Pflicht, diese Dinge nach Möglichkeit zu unterbinden. Aber nicht nur auf die Berufsausbildung muß Gewicht gelegt werden, sondern auch auf die Beschäftigungszeit der Lehrlinge. Eine Arbeitszeit von mehr als 8 Stunden ist keine Seltenheit. Diese lange Arbeitszeit ist bei der Intensivität der Arbeit, wie sie geleistet werden muß, schädlich für die geistige und körperliche Entwicklung des jungen Menschen. Vielfach besteht auch die Gewohnheit — das wird auch im Geschäftsbericht zugegeben —, daß man den Lehrlingen zumutet, ihre Schulzeit nach Feierabend nachzuholen, so daß sie an dem Tage, wo sie Schulzeit haben, nicht nur 10 Stunden, sondern unter Umständen 12 Stunden im Betrieb sind. Niemand wird bestreiten können, daß auch die Schulzeit eine gewisse geistige Anstrengung der jungen Menschen darstellt und eine gewisse Arbeitszeit bedeutet. Nach der Richtung ist ein Schutz dringend notwendig, um die jungen Leute vor solchen Übergriffen zu bewahren.

Auf etwas anderes möchte ich in dem Zusammenhang das Gewerbeaufsichtsamt aufmerksam machen. Zurzeit besteht ein Überangebot von Lehrstellensuchenden. Die Frage muß aufgeworfen werden, was wir unternehmen müssen, um diesem Übelstand abzuhelfen. Da halte ich es für dringend notwendig, daß wir in Baden dazu übergehen, sogenannte öffentliche Lehrlingswerkstätten zu errichten, damit die jungen Leute Arbeit und Brot finden und die Grundbegriffe eines Handwerks erlernen, den sie dann später im Leben verwenden können. Diese Lehrlingswerkstätten könnten überall, wo Gewerbeschulen bestehen, den Gewerbeschulen ohne weiteres angegliedert werden.

Für notwendig erachte ich auch, daß eine gesetzliche Bestimmung geschaffen wird, wonach die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit nicht sofort entlassen werden können, sondern mindestens noch ¼ oder ½ Jahr zu den tariflichen Bestimmungen weiterbeschäftigt werden müssen. Das ist deshalb notwendig, weil heute bei der großen Arbeitslosigkeit die jungen Leute nach Beendigung ihrer Lehrzeit entlassen werden, die Gefahr besteht, daß sie all das, was sie in den drei Jahren gelernt haben, wieder verloren geht, so daß die Lehrzeit gewissermaßen umsonst war. Durch diese gesetzlichen Bestimmungen wird auch die Lehrlingszüchterei unterbunden. Denn wenn der Arbeitgeber weiß, er muß den jungen Mann nach Beendigung der Lehrzeit noch weiterbeschäftigen, wird er vorsichtig sein bei der Hereinnahme von Lehrlingen.

In bezug der Genehmigung von Überstunden und von Sonntagsarbeit sollte man bei der Arbeitslosigkeit doppelt vorsichtig sein. In der Frage wünschen wir, daß den Ratschlägen der Betriebsräte etwas mehr Folge geleistet wird als bisher. Es kann nicht angehen, daß man wochenlang Kurzarbeit einführt oder die Leute aussetzen läßt und plötzlich Überstunden und Sonntagsarbeit verlangt. Die Firmen sollen eine solche Arbeitsdisposition treffen, damit nach Möglichkeit diese Überzeitarbeit vermieden wird. Und wenn der Herr Kollege Hermann wünscht, daß die gesetzlichen Bestimmungen gegen die Arbeitgeber, die derartige Vorschriften übergehen, nicht so streng angewandt werden sollen, so bin ich der Meinung, daß sie strenger gehandhabt werden müssen, als bisher. Wir haben bisher in Baden die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe usw. halten können, trotz aller Bestrebungen, am Sonntag den Verkauf von Waren zuzulassen. Wir wollen hoffen, daß diese Bestrebungen, die Sonntagsruhe zu durchbrechen, wie bisher von der Regierung keine Unterstützung finden. Es liegt gar keine Notwendigkeit vor, an dem Zustand etwas zu ändern. Wenn der Herr Abg. Hermann den Wunsch äußerte, daß an den Werktagen morgens eine halbe Stunde früher die Läden geöffnet werden sollen, um den Arbeitern Gelegenheit vor Geschäftsgang zu bieten, ihre notwendigen Lebensmittel kaufen zu können, so können wir diesen Wunsch nicht unterstützen. Soweit ich unterrichtet bin, ist die Bäckerinnung von Pforzheim die einzige, die es beantragt hat. Die Bäckermeister von Baden haben sich ebenfalls mit der Frage befaßt. Sie haben es abgelehnt, diese Frage zu unterstützen, weil sie der Meinung sind, daß der bisherige Zustand erträglich ist.

Ein Wort noch zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Hermann, die er in bezug der Arbeitsdienstpflicht machte. Wenn ich derartige Forderungen höre, so muß ich mich tatsächlich fragen, ob man denn tatsächlich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse kennt und entsprechend berücksichtigt. Ausgesprochen in der Zeit, wo Millionen arbeiten möchten, aber keine Arbeit finden können, kommt man daher und verlangt die Arbeitsdienstpflicht. Wir werden solchen Bestrebungen den schärfsten Widerstand entgegensetzen, weil keine Arbeitsdienstpflicht notwendig ist, sondern dafür gesorgt werden muß, daß die Arbeitslosen Arbeit bekommen. Jeder Erwerbslose wird bereit sein, eine Arbeit aufzunehmen, um aus diesem jammervollen Leben, in dem er sich befindet, herauszukommen.

Der Herr Abg. Hermann stützt sich darauf, daß er sagt, in Deutschland seien soviele ausländische Arbeiter beschäftigt. Es sei nicht möglich, in der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu bekommen. Der Herr Abg. Hermann hätte einmal die Pflicht gehabt, auch die Ursachen zu untersuchen, warum es deutsche Arbeiter ablehnen, in diese Arbeitsstätten hinzugehen und zu arbeiten, wo diese polnischen und andere Arbeiter

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Brümmer** [Sozdem.])

beschäftigt werden. Man muß zunächst die Voraussetzungen schaffen für ein menschenwürdiges Dasein. Man muß erst dafür sorgen, daß der Arbeiter, wenn er in einer Produktionsstätte tätig sein soll, soviel hat, was er auch als Mensch beanspruchen kann. Gewiß, ich würde für eine gewisse Arbeitsdienstpflicht eintreten. Aber für diejenigen, die bis jetzt von der Arbeit anderer gelebt haben. Nach der Richtung hin wäre das ein gutes Erziehungsmittel.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß mit den von mir behandelten Fragen der Aufgabenkreis des Gewerbeaufsichtsamtes noch lange nicht erschöpft ist. Neue Aufgaben entstehen täglich. Die Dinge liegen so, daß dem Gewerbeaufsichtsamt von Tag zu Tag erhöhte Bedeutung zukommt. Auch zur Mitarbeit an den sozialen und wirtschaftspolitischen Gesetzen sollte man die Beamten des Gewerbeaufsichtsamts mehr als bisher zuziehen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte erhält durch seine praktische Arbeit, durch die Betriebskontrolle usw. einen solchen Einblick in das gesamte Wirtschaftsgetriebe, daß man diese Erfahrungen bei der Sozialgesetzgebung entsprechend berücksichtigen sollte. Der Zustand müßte endlich einmal aufhören, daß man in Deutschland soziale und wirtschaftspolitische Gesetze vom grünen Tisch aus macht, ohne auf die praktischen Erfahrungen Rücksicht zu nehmen. Um aber all dies im Interesse der arbeitenden Menschen durchführen zu können, ist der Ausbau des Gewerbeaufsichtsamtes dringend notwendig. Hierbei stehen wir auf dem Standpunkt, daß eine stärkere Heranziehung von Leuten auch aus dem Kreise der Arbeitnehmerschaft erfolgen soll, Leute, die die praktischen Erfahrungen in den Wirtschaftsbetrieben besitzen und auch die einzelnen Dinge aus eigener Erfahrung kennen. Die Arbeitnehmerschaft ist bereit, alle Maßnahmen des Gewerbeaufsichtsamts mit zu unterstützen, die die arbeitenden Menschen wieder zu einem gleichberechtigten Gliede der Menschheit werden lassen. Um aber diese segensreiche Arbeit im Interesse des Volksganzen durchführen zu können, ist eine bessere Schulung und Bildung der Arbeiterschaft notwendig. Das Gewerbeaufsichtsamt hat ja im vorigen Jahre in dankenswerter Weise Kurse über Unfallverhütungen und Gesundheitsschutz abgehalten. Wir bitten um deren weiteren Ausbau. Es würde aber auch gar nichts schaden, wenn zu solchen Veranstaltungen auch die Unternehmer und ihre Vertreter mitgeholt würden, denn die Dinge stehen so, daß wohl die Arbeiterschaft weiß, was sie auf dem Gebiet des Unfallschutzes zu tun hätte, daß sie aber auf der anderen Seite beim Unternehmer vielfach auf Widerstände stößt. Der Beitrag für die Bildungszwecke der Betriebsräte usw. ist ja im Staatsbudget erhöht worden. Wir werden der Sache zustimmen, möchten aber gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß wir wünschen, wenn es die finanzielle Lage zuläßt, daß diese Beiträge entsprechend erhöht werden.

Die Gewerkschaften haben bisher auf dem Gebiete der Bildung außerordentlich vieles geleistet und sehr viel von dem abgenommen, was der Staat in Wirklichkeit zu erfüllen gehabt hätte. Denn darüber sollte man sich klar sein, daß mit der Entwicklung der Technik, der Produktionsstätten, der Werkzeuge usw. immer mehr eine geistig und körperlich tüchtige Arbeiterschaft notwendig ist. Es ist Pflicht des Staates, diese Bildungsarbeit der Gewerkschaften zu fördern und mit Geldmitteln entsprechend zu unterstützen. Wir begrüßen daher diese Erhöhung des Staatsbudgets um die vorgesehene Summe. Zum Schlusse möchte ich noch den Wunsch aussprechen bei einer besseren Finanzlage den Ausbau des Gewerbeaufsichtsamtes durchzuführen, damit das Gewerbeaufsichtsamt auch seine Pflicht im Interesse der gesamten Menschheit erfüllen kann! (**Beifall links**).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat I. Vizepräsident **Maier** den Vorsitz übernommen.

Abg. Frau **Siebert** (Zentr.):

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. **Bauer** über das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer möchte ich auf die Kundgebungen der diesjährigen Fuldaer Bischofskonferenz hinweisen. Da stehen sehr beherzigenswerte Worte. Der Herr Abg. Dr. **Retzbach** hat ausgeführt, daß die Zahl der Arbeiter zugenommen habe, die Zahl der Betriebe zurückgegangen sei. Das trifft ganz besonders auf die Betriebe der Textilarbeiter zu, sie sind von 2515 auf 1138 zurückgegangen, dagegen hat die Arbeiterzahl von 37 495 auf 42 958 zugenommen. Frauen sind in der Textilbranche in Baden 23 213 beschäftigt. Ich möchte diese Zahl besonders anführen, weil im letzten Jahr der deutsche Textilarbeiterverband Erhebungen über Frauen gemacht hat, die in der Textilarbeit während der Zeit ihres hoffenden Zustandes beschäftigt sind. Er hat mitgeteilt, daß wir 90 000 solcher Frauen in hoffendem Zustande in Deutschland in der Textilbranche beschäftigten. Der Textilarbeiterverband hat photographische Aufnahmen herausgegeben, die in den Arbeitsstätten der Frauen aufgenommen wurden. Da sehen wir diese Frauen an den Spulenbänken der Jutenfabriken das Garn spulen, die Webstühle hochhalten, in den Seidenwebereien die Kettenfäden einziehen, in der Jutenweberei die Stückputzerinnen, in den Wollfabriken die Tuchweberinnen an den Webstühlen, ebenso die Weberinnen in den Baumwollfabriken, wie sie sich beugen, heben und strecken müssen, die Hasplerinnen der Gebinde, die 15 Kilogramm etwa im Tag zwanzigmal heben müssen. Das ärztliche Gutachten sagt, daß Mutterschaft und Industriearbeit besonders in den letzten drei Monaten unüberbrückbare Gegensätze seien.

Der Haushaltsausschuß hat sich auch mit dieser Frage beschäftigt und am 24. Juli 1925 einen Antrag gestellt:

> „Der Landtag wolle beschließen, die Denkschrift der Regierung empfehlend zu überweisen, in dem Sinne, daß die badische Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den schwangeren Frauen und Mädchen in den Betrieben ein ausreichender Schutz, namentlich für die letzten drei Monate der Schwangerschaft gewährt werde."

Ich möchte nun an das Gewerbeaufsichtsamt die Bitte richten, mit Bezug auf die große Anzahl der Textilarbeiterinnen in Baden: im Sinne der vom deutschen Textilarbeiterverband herausgegebenen 10 Richtlinien auch den Gewerbeschutz für badische Textilarbeiterinnen in hoffendem Zustande auszubauen.

Aus dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes vom Jahre 1924 ist noch zu entnehmen, daß auch wohl in Einzelfällen noch Frauen in der Art beschäftigt sind, wie es die Kriegszeit mit sich brachte. Es steht da: „Vereinzelt konnten noch Arbeiterinnen bei Arbeiten betroffen werden, die wir aus der Kriegszeit übernommen hatten, die aber ihrer Natur nach für Frauen nicht geeignet sind. So werden in einem Betrieb Arbeiterinnen damit beschäftigt, schwere Holzblöcke herbeizuschaffen und die schweren Rollwagen zu schieben. Auch hier handelt es sich um Frauen, die noch von der Kriegszeit her beschäftigt sind. Die große wirtschaftliche Not der Nachkriegsjahre brachte es mit sich, daß manchmal Frauen Arbeiten verrichteten, die in einem Gewerbebetrieb unzulässig gewesen wären. So waren bei einem Klosterneubau 25 Ordensschwestern damit beschäftigt, die Baumaterialien zu den höchsten Stockwerken hinauf zu verbringen. Bei der Arbeit sprachen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Frau Siebert [Zentr.])

sie kein Wort mit den beim Bau beschäftigten Arbeitern. Es fiel auf, mit welcher Geduld und Zufriedenheit diese Frauen die ungeheuer schwere Arbeit verrichteten." — Ich hatte ja während des Krieges in meiner Eigenschaft als Fürsorgereferentin bei der Kriegsamtsstelle Gelegenheit, in diesen Betrieben die Frauenarbeit zu sehen, die Frauen in den Eisenwerken, wie sie die glühenden Schienen auf die Richtbank zogen; die Frauen in den Aluminiumwerken, wie sie diese blauleuchtenden, flüssigen Feuermassen in Formen gossen; die Frauen in den Gießereien, wie sie die heißen Gußprodukte aus den Sand- und anderen Formen lösten. Aus diesen Erinnerungen heraus möchte ich dringend bitten, daß Schluß gemacht werde mit jeglicher Beschäftigung von Arbeiterinnen, die noch aus der Kriegszeit herstammt.

Nun habe ich im Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes für die Jahre 1923 und 1924 etwas gelesen, das sich auf die Besetzung der Betriebsräte bezieht, was mir als Frau aber durchaus nicht in den Sinn will. Es heißt nämlich hier auf Seite 17:

> „Arbeiterinnen werden im allgemeinen nicht gern zu Betriebsräten gewählt, auch in solchen Betrieben nicht, wo sie die überwiegende Mehrzahl bilden (wie in der Zigarrenindustrie, Blumenindustrie und Textilindustrie). Wenn auch nur wenige männliche Arbeiter in dem Betriebe sind, so stellen doch diese in der Hauptsache den Betriebsrat — höchstens mit 2 oder 3 weiblichen Beisitzern. Auch zeigt die weibliche Arbeiterschaft bis jetzt wenig Interesse für die Betriebsvertretung. Wo wir aber Arbeiterinnen als Betriebsratsvorsitzende gefunden haben, da waren sie zum Teil ganz besonders unterrichtet, ruhig und sachlich im Urteil und wußten auch über persönliche und familiäre Verhältnisse, wie Krankheit, häusliches Leben der Arbeiter und dergleichen besonders gute Auskunft zu geben."

Ich hebe besonders den letzten Satz nochmals hervor, in dem die Rede ist von der sachlichen, ruhigen Auskunft über die Familienverhältnisse, die nun eben die eigentlichen Menschenschicksale sind. Ich möchte darauf aufmerksam machen: Gerade dort, wo die Mehrzahl der Arbeitskräfte dem weiblichen Geschlechte angehört, ist es eben doch dringend wünschenswert, daß wir in den Betriebsrat auch eine genügende Anzahl weiblicher Vertreterinnen bekommen. Gerade, um nur eines herauszugreifen, mit Bezug auf die Verwendung derjenigen Frauen, die hoffenden Zustandes sind, könnte ein weiblicher Betriebsrat doch wohl viel einsichtiger handeln, als das hier dem Manne gegeben ist. Darum sollen innerhalb der Arbeiterkreise eben auch die Arbeiterinnen aufgeklärt werden über alle die Fragen, die hier in Betracht kommen; sie sollten dahin aufgeklärt werden, daß in einer Reihe von Fällen weibliche Betriebsräte die Interessen der Frauen genau so gut, oder ich möchte sagen, aus ihrem fraulichen Sinn heraus sogar noch sachgemäßer vertreten können, als der Mann dazu in der Lage ist. Diese Aufklärungsarbeit unter den weiblichen Arbeitskräften zu leisten, wird Sache der Organisationen sein.

Der Herr Abg. Dr. Netzbach hat nun auf die Veröffentlichungen des Gewerbeaufsichtsamtes hingewiesen, die sich auf die Verhältnisse der Tabakarbeiter im Bezirk Schwetzingen und auf die Verhältnisse innerhalb der Bijouterieindustrie im Bezirk Pforzheim beziehen; er hat außerdem noch die Erhebungen über die Textilindustriearbeiterschaft im Bezirk Lörrach genannt.

Was zunächst den Zusammenhang von Tuberkulose und Tabakarbeit anbelangt, so ist ja die Frage umstritten, ob eigentlich ein solcher Zusammenhang besteht und sicher nachgewiesen werden kann. Immerhin weist die Tatsache, daß gerade im Gebiet der Tabakindustrie die Erkrankungen häufig sind, eben doch darauf hin, daß entweder Vorbedingungen in der Arbeit oder aber Vorbedingungen in der Lebenshaltung vorliegen, die sich in bezug auf die Gesundheit durchaus ungünstig auswirken.

In seiner Rede zum Ministerium des Innern hat der Herr Prälat Dr. Schofer davon gesprochen, wenn der Landtag Besichtigungen unternehme, möge er doch auch einmal auf den Hotzenwald hinaufgehen, um die Lage der dort heimischen Seidenbandweberei kennen und verstehen zu lernen; der Herr Abg. Dr. Netzbach hat ja auf diese Ausführungen hingewiesen. Nun werde ich aber doch wohl annehmen müssen, daß der Landtag nicht so rasch nach dem Hotzenwald geht; da ich beinahe auch annehmen muß, daß nicht ein jeder Abgeordneter den Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamts gelesen hat, möchte ich von den verschiedenen Fällen, welche in diesem Bericht über die Lage der Hausweber auf dem Hotzenwald zusammengestellt sind, nur einen einzigen herausgreifen und hier zur Kenntnis bringen; er ist (auf Seite 59 des Jahresberichts für 1925) mit „Th. Z." bezeichnet; die Angaben lauten folgendermaßen:

> „Die Frau ist 38, der Mann 50 Jahre alt. Zehn Kinder im Alter von 12 bis ½ Jahren; zwei weitere, ein Bub und ein Mädchen, sind gestorben; bewohnt werden eine Stube mit zwei Betten, eine Kammer mit 2 großen und 2 kleinen Betten, und die Küche. Für je zwei Personen ist nur ein Bett vorhanden. Der Webstuhl steht in einem besonderen Raum, der gerade so groß ist, daß der Webstuhl und die Spulmaschine noch Platz haben. Das eigene kleine Haus hat einen Steuerwert von 800 RM., die gesamten Liegenschaften einen solchen von 400 RM. Der ganze Viehbestand besteht aus einer Kuh, zwei Ziegen und vier Hühnern; ein Schwein kann nicht aufgezogen werden. Die durchschnittliche Ernte der letzten Jahre betrug außer dem Futter für das Vieh 50 bis 60 Zentner Kartoffeln, 1½ Zentner Roggen sowie das nötige Gemüse. Alles andere muß gekauft werden. Fleisch ist in der Familie ein nahezu unbekanntes Gericht. Die Hauptnahrung besteht aus Kartoffeln, Milch, Brot, hin und wieder Gemüse. Jeden Tag stehen 5 Liter Milch für den eigenen Gebrauch zur Verfügung. Das ganze Haus, die Einrichtung, die Kleidung lassen eine außerordentliche Dürftigkeit erkennen. Dennoch sind alle Kinder gesund und kräftig. Die Frau webt. Die 12 Jahre alte älteste Tochter muß neben der Schule kochen und im Hauswesen mithelfen. Die Mutter hat nur wenig Zeit zur Erledigung ihrer häuslichen Arbeiten. Immer wieder wurde den revidierenden Beamten gegenüber wiederholt, wie nötig die Arbeitszuteilung falle, da wegen des Ausfalles des Weberverdienstes das ganze Hauswesen herunterkomme. Die Einnahmen aus der Hausweberei betrugen im Jahre 1924 etwa 300 RM., 1925 noch keine 150 RM.",

— obwohl an einer andern Stelle dieses Berichtes gesagt wird —,

> „daß Arbeit bis 12 Uhr nachts für die Mutter die Regel bildet,"

Also der Herr Prälat Dr. Schofer hat ganz recht, wenn er das Elend des Hotzenwaldes dem Landtag direkt nahebringen und diese Verhältnisse und den Wunsch nach einer Besserung der Verhältnisse Ihnen ans Herz legen will.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Frau Siebert [Zentr.])

In dem Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes ist auch niedergelegt, daß im großen und ganzen die Kinderarbeit im Rückgang begriffen ist. Wir sind sehr dankbar, daß in dieser Beziehung dem Jugendamt das Recht des Eingriffes zugestanden worden ist. Wenn wir an die Kinderarbeit der Vorkriegszeit zurückdenken — an jene Jahre, in denen beispielsweise in Baden noch jedes 22., in Sachsen jedes 9. Kind sein Brot verdienen mußte —, dann fühle ich mich verpflichtet, den Landtag auf einen Mann hinzuweisen, der als Vorkämpfer tätig war, daß die Kinderarbeit immer weiter zurückgedrängt wurde: Das ist der Herr Abg. Dr. Retzbach. Schon vor mehr als 20 Jahren hat er mit allem Nachdruck gegen die Kinderarbeit gekämpft und seine Auffassungen in einer Schrift niedergelegt, die durch die Angaben von Material und ihren sonstigen Inhalt auch heute noch sehr lesenswert ist.

Weil nun doch einmal von den Landtagsbesichtigungen die Rede war, welche vorgenommen werden sollen, damit die Abgeordneten in die Not des Volkes Einblick erlangen, möchte ich auch an die für uns so lehrreiche Besichtigung erinnern, die wir Frauen des Landtags im Kindersolbad in Dürrheim vorgenommen haben. Der leitende Arzt hat uns die Verheerungen der Knochentuberkulose an den kindlichen Körpern gezeigt, wir haben erfahren, daß recht oft die Eltern und die Gemeinden diese Kinder zu spät in die Anstalt geben. Mit Rücksicht darauf möchte ich das Gewerbeaufsichtsamt bitten, es möge doch vielleicht bei Hauskontrollen, bei Erhebungen über die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiterfamilien, auch nachgefragt oder nachgeforscht werden, ob nicht solch eine Knochentuberkulose im Entstehen ist. Denn es wurde uns ärztlicherseits mitgeteilt, daß diese Art der Erkrankung in ihrer Entstehung bei einer einvierteljährigen oder viermonatigen Behandlung noch gut geheilt werden könnte; wenn aber die Krankheit weiter fortgeschritten ist, dann ist eine drei- oder vierjährige Behandlung nötig, und dann bleiben lebenslang gesundheitliche Schädigungen zurück.

Nun hätte ich noch ein Wort zur Erwerbslosenfürsorge zu sagen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß es bei manchen Arbeitsämtern vorkommen soll, daß, wenn die Frau Reichswochenhilfe erhält, diese dann zum Teil wieder dem Mann auf die Erwerbslosenhilfe angerechnet wird (Hört! hört! beim Zentrum). Das ist doch eigentlich unverständlich (Sehr richtig beim Zentrum), daß in einer Zeit, wo die Familie mit Unkosten belastet ist, und zwar mit Unkosten, die dadurch entstehen, daß dem Staat ein neues Leben geschenkt wird, dieser für das neue Leben und für die Gesundheit von Mutter und Kind ausgeworfene an sich so geringe Betrag noch auf die Erwerbslosenfürsorge angerechnet werden kann, das ist ganz unverständlich (Unerhört! beim Zentrum), und hier muß eine Änderung eintreten.

Ferner ist mir mitgeteilt worden, daß einigen Frauen, die neben der Erwerbslosenfürsorge noch da und dort Putzarbeit tun, dieser Lohn, wenn sie so ehrlich sind das mitzuteilen, auch auf die Erwerbslosenfürsorge angerechnet wird. Man sollte doch mindestens bis zu 10 Stunden Verdienst nichts auf die Erwerbslosenfürsorge anrechnen; denn man darf doch den Menschen, wenn er nebenbei noch irgend etwas arbeiten will, dafür nicht strafen.

Ferner sagen die Kriegsbeschädigten, es sei ihnen gesagt worden, daß so hinter verschlossenen Türen oft darüber beraten würde, wie man die staatlichen Vorschriften über die Einstellung von Schwerbeschädigten boykottieren könne. Da muß ich doch dringend bitten, daß den Kriegsbeschädigten nahegelegt wird, alle diese Einzelfälle der Behörde und auch dem Gewerbeaufsichtsamt zur Kenntnis zu bringen. Denn mit der zeitlichen Entfernung des Krieges darf keine Mindereinschätzung und Minderbewertung der großen Opfer eintreten, die damals für Volk und Heimat gebracht wurden. Es wirkt auch ungeheuer verbitternd auf die Kriegsbeschädigten, wenn sie sehen, wie ihrer durch ihre Opfer geschaffenen wirtschaftlichen Notlage keine Rechnung getragen wird, oder wenn sie sogar noch ausgenützt oder sie von einem Betrieb als Last empfunden werden (Sehr richtig! beim Zentrum).

Der Herr Abg. Brümmer hat längere Ausführungen darüber gemacht, daß der Mensch das Opfer der Technik geworden sei, und daß das Leben und die Gesundheit des Arbeitenden das Hauptgut des Volkes ist. Das ist sicher, und ich möchte da zum Schluß noch einige Worte eines großen Sozialpolitikers vorlesen, der da sagt:

> „Unehrenvoll und unwürdig ist es, Menschen nur zu eigenem Gewinne auszubeuten und sie nur so hoch anzuschlagen, als ihre Arbeitskräfte reichen. — Im allgemeinen ist in bezug auf den Lohn wohl zu beachten, daß es wider göttliches und menschliches Gesetz geht, Notleidende zu drücken und auszubeuten um des eigenen Vorteils willen. Dem Arbeiter den ihm gebührenden Verdienst vorenthalten ist eine Sünde, die zum Himmel schreit."

Der große Sozialpolitiker, der das schrieb, ist Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika Rerum novarum vom 15. Mai 1891. Eine große Anzahl von christlichen Arbeitgebern hat sich in ihrem Wirtschaftsgebaren diesen Richtlinien angepaßt und in der Inflation den Betrieb hochgehalten mit Einsatz des eigenen Vermögens (Beifall im Zentrum).

Abg. **Freidhof** (Sozdem.):

Mein Parteifreund Brümmer hat die Frage des Gewerbeaufsichtsamts eingehend besprochen. Ich will nur noch zur Frage der Erwerbslosigkeit und der produktiven Erwerbslosenfürsorge einige Bemerkungen machen. Bevor ich das tue, möchte ich mich mit einigen Bemerkungen dem Herrn Abg. Hermann zuwenden.

Der Herr Abg. Hermann hat die Pflichtarbeit verlangt — die Pflichtarbeit in einem Zeitpunkt, wo über zwei Millionen Arbeitslose in Deutschland vorhanden sind! Wenn man in einem Zeitpunkt, wo — neben der Kurzarbeit — zwei Millionen Arbeitslose vorhanden sind, die Einführung der Pflichtarbeit verlangt, dann hat das den Anschein, als ob man der Meinung sei, daß diese zwei Millionen Arbeitslose nicht arbeiten wollen, und es bedeutet eine Beleidigung der Arbeitslosen (Oh! bei der Bürgerlichen Vereinigung) — es bedeutet in einem solchen Zeitpunkt — (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung) eine Beleidigung, wenn man verlangt, daß die Arbeitspflicht eingeführt wird — wenn zwei Millionen Menschen keine Arbeit haben, die gerne arbeiten würden. (Auf Zuruf des Abg. Hermann): Darauf komme ich jetzt zu sprechen!

Sie haben darauf hingewiesen, daß in der Landwirtschaft keine Arbeitskräfte vorhanden sind, daß die Leute nicht in der Landwirtschaft arbeiten wollen. Wir haben gerade jetzt in Preußen für unsere Fraktion einen lebhaften Kampf gegen die polnischen Wanderarbeiter, gegen die sogenannten Sachsengänger. Ich mache darauf aufmerksam, daß die norddeutschen Junker sich weigern, deutsche Arbeitskräfte einzustellen, daß sie sogar das Kontingent für polnische Arbeiter erhöht wissen wollen. Ich erinnere Sie daran, daß gerade von Ihrer Seite im vorigen Jahre bei der Ausweisung der Optanten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Freidhof** [Sozdem.])

durch Polen der Antrag gestellt worden ist, man solle als Repressalie gegenüber Polen auch die polnischen Wanderarbeiter aus Deutschland ausweisen. Heute ist das Umgekehrte festzustellen: Heute holt man polnische Arbeiter in großem Maße herein, und die deutschen Landarbeiter sind arbeitslos. Es ist festgestellt, daß in einer ganzen Reihe von Bezirken (Brandenburg, Pommern, Oberschlesien) deutsche Landarbeiter entlassen sind, keine Arbeit erhalten, gekündigt bekommen haben, während man polnische Arbeiter eingestellt hat, weil eben die polnischen Arbeiter billigere Arbeitskräfte sind, weil sie geringere kulturelle Anforderungen stellen, vor allen Dingen in der Wohnungsfrage. So kommt es, daß man deutsche Arbeitskräfte brachliegen, arbeitslos läßt, dagegen polnische Wanderarbeiter in großem Maße eingestellt hat. Dazu kommt aber noch etwas anderes: Wenn jemand, der einen Beruf gelernt hat, aus der Stadt hinaus aufs Land geht, dann kann er nur über Sommer dort bleiben, während er im Winter wieder arbeitslos ist; er kann aber im Winter nicht wieder in die Stadt zurückgehen, weil er dort keine Unterstützungsberechtigung mehr hat und daher keine Arbeitslosenunterstützung erhält. In der Landwirtschaft kann er sich auch nicht ansässig machen, weil dort gar keine Möglichkeit besteht, sich eine Existenz zu gründen. Die Landwirtschaft draußen will keine verheirateten Arbeitskräfte, sie will ledige Arbeitskräfte, und wer in die Landwirtschaft hinausgeht, ist dazu verurteilt, dauernd ledig zu bleiben; in dem Augenblick, wo er heiratet, ist er für die Landwirtschaft nicht mehr zu gebrauchen. Deshalb ist der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern außerordentlich groß. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Die Löhne, die draußen in der Landwirtschaft bezahlt werden, wo es sich um solche Arbeitskräfte handelt (in Brandenburg, Pommern, Mecklenburg usw.), sind so hundsmiserabel, daß ein deutscher Arbeiter, der einigermaßen an die Kultur Anforderungen stellt, überhaupt gar nicht damit auskommen kann.

Ich berufe mich auf Leute, die Ihnen nahestehen und nicht uns. Mit Unterstützung der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer ist ein Werk von Dr. Asmis erschienen „Zur Entwicklung der Landarbeiterlöhne in Preußen". Dort ist darauf hingewiesen, daß im Jahre 1912, also vor dem Krieg, der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Deputatarbeiters in der Provinz Brandenburg 652 M. Barlohn und 572 M. Naturallohn, also insgesamt 1224 M. betragen hat. Beziffert man die Arbeitszeit auf 2900 Stunden, so ergibt sich ein Stundenlohn von 42,2 Pf. Im Februar dieses Jahres, als die Löhne für dieses Jahr neu festgesetzt wurden, ist der Arbeitslohn auf 32 Pf. pro Stunde festgesetzt worden, also weniger, als die Leute im Jahre 1912, vor dem Krieg, bekommen haben (Abg. **Klaiber**: Der Roggen ist billiger geworden!). Für die Provinz Pommern gibt Dr. Asmis die Löhne folgendermaßen an: Das Gesamtjahreseinkommen für Mann und Frau zusammen betrug 1468 M. Das bedeutet für diese Leistungen zusammen einen Stundenlohn von 50,6 Pf. Der Stundenlohn im Februar 1926 betrug für den Mann 24,2 und für die Frau 15 Pf., zusammen 49,2 Pf., und da frage ich einen Menschen, wie man verlangen will, daß Leute, daß deutsche Arbeiter zu einem solchen Lohn draußen arbeiten. Wenn sie anständigen Lohn erhalten, anständige Wohnungen haben, dann werden auch deutsche Arbeiter sich bereit finden, draußen auf dem Lande zu arbeiten. Und sie wollen draußen arbeiten. Das ergibt sich daraus, wie jetzt im preußischen Landtag festgestellt worden ist, daß eine große Zahl von deutschen Landarbeitern arbeitslos ist, weil man immer die polnischen billigen Arbeitskräfte den deutschen Arbeitskräften vorzieht.

Dann aber noch eines, das ist die Frage der Arbeitslosenunterstützung. Der Herr Abg. **Hermann** hat auf die Ziffern hingewiesen, die wir bewilligen müssen für die Erwerbslosenunterstützung und hat in dem Zusammenhang die Pflichtarbeit verlangt. Gewiß, der Staat muß jetzt große Mittel aufwenden für die Erwerbslosen; aber man muß einmal die Frage aufwerfen, wie überhaupt der Zustand heute in Deutschland ist. Bei der Industrie werden, wenn es gut geht, die Arbeiter eingestellt und wenn es schlecht geht, dann wirft man die Arbeiter auf die Straße und sagt: So, Staat, sieh du, daß du mit den Arbeitern fertig wirst. Was diese Arbeitslosen heute als Unterstützung erhalten, ist nichts anderes, als was jeder deutsche Bürger erhält. Die einen erhalten Arbeitslosenunterstützung, die anderen erhalten Armenunterstützung, und die, die nichts von beiden erhalten, hinterziehen dem Staat die Steuern und haben in der Beziehung den Anteil, den die anderen als Arbeitslosenunterstützung bekommen.

Herr Abg. **Hermann**, wenn ich Sie so sprechen höre, dann fällt mir immer ein Beispiel ein von einem Handwerksmeister in Mannheim, das man dort erzählt: Ein Handwerksmeister geht morgens mit seinem Gesellen zur Arbeit, d. h. der Geselle geht zur Arbeit und der Handwerksmeister geht zum Frühstück. Auf einmal schaut er auf die Uhr und dann sagt er: Jetzt schon wieder fünf Viertel Wein getrunken, und der Arbeiter ist noch nicht fertig mit der Arbeit (Abg. **Hermann**: Das ist keine Beleidigung!). Nein, ich sage, das fällt mir so ein, wenn ich Sie so reden höre. (Glocke des Präsidenten — Vizepräsident **Maier**: Ich nehme an, daß der Herr Abg. **Freidhof** nur den Mannheimer Handwerksmeister gemeint hat). Selbstverständlich!

Nun zur Arbeitslosigkeit selber. Wir haben im Januar d. J. vom Innenministerium hier im Landtag eine Denkschrift vorgelegt bekommen, in der auf die Arbeitslosigkeit und auf die Arbeitsbeschaffung hingewiesen wurde. Ich habe damals im Auftrage meiner Fraktion zu dieser Denkschrift Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß es sich nicht um ein deutsches, nicht um ein europäisches, sondern um ein Weltproblem bei der Arbeitslosigkeit handelt. Diese Voraussetzung und diese Zustände bestehen auch heute noch. Deutschland muß versuchen, wenn es die Arbeitslosenzahl verringern will, Handelsverträge mit dem Ausland abzuschließen und Waren ins Ausland abzuführen, wenn Deutschland keine Waren ausführen kann, dann muß es eben Menschen ausführen. Wer jetzt Gelegenheit hat, auf der Eisenbahn abends mit dem Schnellzug einmal ins Unterland zu fahren, wird regelmäßig sehen, daß auf allen größeren Stationen Abschied genommen wird von deutschen Volksgenossen, die nach Amerika gehen, weil Deutschland keine Arbeit mehr hat. Und es sind nicht die schlechtesten Arbeiter, die nach Amerika gehen, sondern die besten Arbeitskräfte, die der amerikanischen Wirtschaft, dem amerikanischen Kapitalismus von außerordentlichem Nutzen sind.

Wir haben in Deutschland gegenwärtig 1 749 000 vollunterstützte Erwerbslose. Das sind aber nur die Erwerbslosen, die von der Erwerbslosenunterstützung erfaßt werden. Der Reichstag hat in einem Bericht des Achter-Ausschusses über die Grundzüge der produktiven Erwerbslosenfürsorge vor einigen Wochen sehr deutlich darauf hingewiesen, daß die von der produktiven Erwerbslosenunterstützung Erfaßten noch lange nicht die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland darstellen. Es heißt in diesem Bericht: Die Schätzungen darüber, inwieweit die Zahl der Gesamtarbeitslosen die der Hauptunterstützungsempfänger staatlicher Erwerbslosenfürsorge übersteigt, schwankt zwischen einem Mehr von 20—50 v. H. Wenn wir also nur

(Abg. Freibhof [Sozdem.])

20 v. H. annehmen, so kommen immerhin noch 400 000 dazu, die nicht von der Erwerbslosenfürsorge erfaßt sind, so daß über 2¼ Millionen deutscher Arbeiter gegenwärtig arbeitslos sind.

Nun hat die Reichsregierung vor wenigen Wochen eine Änderung der Unterstützungen vorgenommen. Ursprünglich war je die Unterstützungsdauer nur 13 Wochen, ist dann verlängert worden auf 26 Wochen und sie kann jetzt in besonders gelagerten Fällen auf 39 und sogar auf 52 erhöht werden. Wir begrüßen das; aber die Unterstützung allein reicht nicht aus und zwar deshalb nicht, weil nach 52 Wochen, wenn der Betreffende ausgesteuert ist, er der allgemeinen Wohlfahrtspflege, der allgemeinen Fürsorge überwiesen wird. Ich habe die feste Überzeugung, daß jetzt angesichts der gewaltigen Arbeitslosigkeit und da keine Aussicht besteht, diese Arbeitslosen wieder einer Arbeit zuzuführen, es für die öffentliche Wohlfahrtspflege untragbar ist, diese ungeheure Zahl von Arbeitslosen in den Gemeinden zu unterstützen. Die Gemeinden würden einfach finanziell zusammenbrechen. Deshalb muß versucht werden, die Ausgesteuerten, oder die nahe an der Aussteuerung sind, in erster Linie bei der produktiven Erwerbslosenunterstützung zu berücksichtigen, Notstandsarbeiten für jene Kreise bereitzustellen, damit sie nach der Ableistung von Notstandsarbeiten wieder der Erwerbslosenfürsorge zugeführt werden können.

Ich möchte bei der Gelegenheit noch ein anderes mit einflechten. Die Erwerbslosenfürsorge, wie sie jetzt aufgebaut ist, aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und mit den Zuschüssen des Staates, ist auch für uns auf die Dauer untragbar. Wir kämpfen seit Jahren dafür, daß an Stelle der Erwerbslosenfürsorge die Erwerbslosenversicherung gesetzt wird, die Arbeitslosenversicherung, die sich aufbaut auf die Versicherung derjenigen Kreise, die auch dann, wenn sie arbeitslos werden, in der Lage sind, einen Rechtsanspruch auf Unterstützung zu erhalten. Diese Forderung auf Einführung der Erwerbslosenversicherung ist meines Wissens der Wunsch aller Gewerkschaften, nicht nur der freien, sondern auch der christlichen Gewerkschaften und auch anderer gewerkschaftlichen Organisationen. Wir fordern die Einführung der Arbeitslosenversicherung deshalb, weil bei dem jetzigen Zustand die Bedürftigkeit zunächst einmal geprüft wird, ob er überhaupt in dem Grade bedürftig ist, daß er Erwerbslosenunterstützung erhalten kann, trotzdem er Beiträge für die Erwerbslosenversicherung geleistet hat.

Aber noch ein anderes kommt hinzu. Die Frau Abg. Siebert hat bereits darauf hingewiesen, wenn eine Frau Wochenhilfe erhält und der Mann arbeitslos ist, diese Wochenhilfe auf die Arbeitslosenunterstützung zum Teil angerechnet wird. Das gleiche geschieht bei den Kriegsbeschädigten, deren Rente zum Teil auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet wird. Noch schlimmer aber ist es bei den Leuten, die über 65 Jahre alt sind und Invalidenrente beziehen, denn auch da wird ein Teil der Invalidenrente auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Vor wenigen Tagen war bei mir ein alter Mann von Mannheim, 67 Jahre alt und arbeitslos, und der in der letzten Woche auf die Altersrente und die Erwerbslosenunterstützung angewiesen ist, und er soll jetzt wöchentlich 8 M. Unterstützung bekommen. Das ist ein untragbarer Zustand, um so mehr, als man auch bei anderen, bei den Pensionen und dergleichen, wenn ein Pensionär noch nebenbei etwas verdient, ihm das nicht angerechnet wird. Deshalb fordern wir an Stelle der Erwerbslosenfürsorge die Erwerbslosenversicherung. Da habe ich nun folgendes festgestellt: Die „Rote Fahne" vom Sonntag, den 10. Juli 1926, fordert jetzt, nachdem sie auch mit uns jahrelang für die Erwerbslosenversicherung eingetreten ist und nachdem die Reichsregierung erklärt hat, daß im Spätjahr als erstes Gesetz das Erwerbslosenversicherungsgesetz vorgelegt werden soll — damit ist noch nicht gesagt, daß es vorgelegt wird —, verlangt jetzt die „Rote Fahne" die Aufnahme des Kampfes gegen die Erwerbslosenversicherung und für die Erwerbslosenfürsorge.

Wenn wir für die Erwerbslosenfürsorge eintreten würden, so habe ich die feste Überzeugung, daß die „Rote Fahne" für die Erwerbslosenversicherung eintreten würde. Das bedeutet nichts anderes, als ein Schindludertreiben mit den Interessen der deutschen Arbeiterschaft (Abg. Heurich: Sie haben keinen Einfluß mehr!).

Noch ein Wort zu der Erwerbslosenfrage nach der Richtung hin, daß ein großer Teil der älteren Leute, die arbeitslos sind, vielleicht überhaupt keine Arbeit mehr finden wird. Hier möchte ich ein Wort der Kritik zu der Personalpolitik des Staates sagen und der Gemeinden. Es ist bekannt, daß, sowohl beim Staat, als auch bei den Gemeinden Leute, die in einem vorgeschrittenen Alter sind, nicht mehr angestellt werden, daß man darauf bedacht ist, Leute, die über 35 Jahre, im günstigsten Fall über 40 Jahre sind, nicht mehr in staats- und kommunale Betriebe einzustellen. Das ist ein unhaltbarer Zustand und man kann bei den Unternehmern nicht Kritik üben, wenn der Staat selbst mit einem so schlechten Beispiel vorangeht. In diesem Zusammenhange möchte ich in bezug auf diese alten Leute, die durch die Rationalisierung der Wirtschaft aus den Betrieben herausgeworfen werden, weil sie nicht mehr in der Lage sind, bei der fortgeschrittenen Technik so zu arbeiten, wie die jüngeren und flinkeren Arbeitskräfte, folgendes sagen. Die Versorgung dieser alten Leute wäre eine Aufgabe des Staates, er müßte ebenso, wie bei den Beamten, Sorge tragen, daß eine Altersversicherung für die Arbeiter geschaffen wird, damit der Lebensabend eines Arbeiters, der jahrelang gearbeitet hat und sich ein paar Pfennige gespart hat, nach Aufzehrung dieser paar Pfennige nicht in ein elendes Dasein verwandelt wird. Es ist Aufgabe des Staates und wir werden immer wieder diese Forderung erheben, daß ein Arbeiterpensionsgesetz im allgemeinen für die Arbeiterschaft geschaffen wird. So sehr wir den technischen Fortschritt begrüßen, und anerkannt werden muß, daß die Maschine der größte Wohltäter der Menschheit ist, wenn sie im Dienste der Allgemeinheit arbeitet, so muß auch gesagt werden, wenn sie im Dienst des einzelnen arbeitet und nur für seinen Profit, wie der gegenwärtige Zustand beweist, die Maschine zu einer Qual für die Arbeiterschaft geworden. Wir bekommen den Zustand, den wir vor 100 Jahren gehabt haben, wo die schlesischen Leinenweber die Maschinen zusammengeschlagen haben, weil sie glaubten, daß die Maschine die Arbeitskraft ausschaltet und sie damit der Arbeitslosigkeit zuführe. Wenn wir jetzt sehen, daß durch die Einführung neuer Maschinen, die wir begrüßen, aber immer mehr Arbeitskräfte arbeitslos werden, wenn insbesondere in der Metallindustrie, wo diese ungeheueren technischen Neuerungen in Baden eingeführt werden, 28 Proz. der gesamten Arbeitslosen Metallarbeiter sind, dann muß ich doch die Frage aufwerfen, ob die Möglichkeit besteht, diese Metallarbeiter in den nächsten Jahren unterzubringen. Es wird auf Jahre hinaus nicht möglich sein, Wandel zu schaffen und für die arbeitslosen Metallarbeiter Arbeit zu schaffen.

Schlimm ist es mit den Lohnarbeitern, die den zweitgrößten Prozentsatz, nämlich 24 Proz. der Arbeitslosen in Baden ausmachen. Hier ist es die Aufgabe des Staates, dafür zu sor-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Freidhof [Sozdem.])

gen, daß, nachdem die Reichsregierung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt hat, die badische Regierung dazu übergeht, soweit wie möglich diese Arbeiten möglichst bald in Angriff zu nehmen, um dieser ungeheueren Erwerbslosigketi Einhalt zu gebieten.

Wir begrüßen es insbesondere, daß die Reichsregierung 30 Millionen zur Verfügung gestellt hat zur Schaffung von Landarbeiterwohnungen. Das ist ein Problem, auf das ich schon hingewiesen habe, um die Möglichkeit zu geben, die Arbeitskräfte, die in die Städte abwandern, draußen zu halten, damit die Arbeitslosenzahl in den Städten nicht vermehrt wird.

Bei der Gelegenheit möchte ich eines anschneiden, es wird mit den Erwerbslosen, die zu Notstandsarbeiten beschäftigt werden, von einzelnen Unternehmern rücksichtslose Ausbeutung getrieben. Vor mir liegen Lohnzettel, die Arbeiter in einem Städtchen im Hinterland erhalten haben, die geradezu ein Skandal sind. Die Gemeinde dort hat Notstandsarbeiten im Straßenbau vergeben. Das Arbeitsamt Mosbach hat die Löhne mit 40 bis 60 Pf. pro Stunde festgesetzt und mir sind Lohnzettel später übergeben worden, wo ein Arbeiter von 18 Jahren in 50 Stunden sage und schreibe 6 M. ausbezahlt erhalten hat. Das ist ein Lohn von 12 Pf. für die Stunde (Hört! hört! beim Zentrum). Erst auf die Vorstellung des Gemeinderates bei dem betreffenden Unternehmer ist in loyaler Weise, das loyale in Gänsefüßchen, von dem Unternehmer 4 M. nachbezahlt worden. Das ist ein Zustand, der geradezu himmelschreiend ist (Zuruf rechts: Da ist die Gemeinde schuld!). Die Gemeinde muß bei Vergebung von Arbeiten festumrissene Löhne festsetzen, damit für den Unternehmer nicht die Möglichkeit besteht, bei einer Spanne, die festgesetzt ist, die Löhne so herabzudrücken. Aber es ist doch ein Skandal, das darf gesagt werden, wenn das Arbeitsamt festsetzt, daß 40 bis 60 Pf. bezahlt werden sollen, dann bin ich der Meinung, daß 40 Pf. für die jüngeren und für die weniger leistungsfähigen Kräfte und 60 Pf. für die älteren Kräfte in Frage kommen. Hier sind die Lohnzettel von einem 27jährigen verheirateten Arbeiter, von einem 55jährigen verheirateten Arbeiter und von einem 48jährigen verheirateten Arbeiter. Die haben erhalten in 54 Stunden 19,64 M., 21,26 M. und 21,05 M. Der betreffende Unternehmer hat die Spanne zwischen 40 und 60 Pf. so ausgelegt, daß er alle mit 42 und 43 Pf. bezahlt. Das ist ein Zustand, den ich besonders anführe, um die Gemeinden bei Vergebung von Notstandsarbeiten zu veranlassen, festumrissene Löhne festzusetzen, damit für den Unternehmer nicht die Möglichkeit besteht, die Löhne willkürlich festzusetzen.

Die Frage der Arbeitslosigkeit ist auch eine Arbeitszeitfrage. Wenn Millionen von Arbeitslosen vorhanden sind, die keine Arbeit haben, muß Rücksicht darauf genommen werden, daß nicht maßlos Überstunden gemacht werden. In einer Konservenfabrik in Unterbaden — gegenwärtig ist Saison in der Konservenfabrik, Hochkonjunktur — arbeiten die Mädchen von morgens 7 Uhr bis abends 10 Uhr und es ist mir auch mitgeteilt worden, daß von Samstag morgens 7 Uhr bis Sonntag morgen 7 Uhr ununterbrochen gearbeitet worden ist. Man sollte veranlassen, das bitte ich das Gewerbeaufsichtsamt zu beachten, daß dort, wo Saisonarbeit in Frage kommt, und die Möglichkeit der Einstellung von Arbeitskräften besteht, die Arbeitszeit nicht übermäßig verlängert wird, damit auch die anderen Arbeitskräfte Arbeit finden können.

Nun ein Wort zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Ich freue mich, daß der Herr Abg. Dr. Retzbach ein so eifriger Befürworter für die Sonntagsruhe ist. Wir wissen, daß Kräfte am Werke sind, die Sonntagsruhe zu durchbrechen, aber von unserem Standpunkt aus wird alles aufgeboten, um diese Durchbrechung der Sonntagsruhe unter allen Umständen zu verhindern.

Noch ein Wort zu den Arbeitsnachweisen. Die Arbeitsnachweise sind gegenwärtig durch die große Anzahl der Arbeitslosen außerordentlich in Anspruch genommen, die Räume sind überfüllt, die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung beansprucht übermäßig lange Zeit für den einzelnen Erwerbslosen, so daß er oft stundenlang in Schlangen stehen muß, um seine Erwerbslosenunterstützung zu erhalten. Ich glaube, es ist Aufgabe der Gemeinden sowohl wie der Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß ein anstandsloser Arbeitsnachweis geschaffen wird, um den Erwerbslosen einigermaßen entgegenzukommen.

Ein Wort zu den jugendlichen Arbeitslosen. Wir wissen, daß insbesondere diejenigen jugendlichen Arbeiter, die ausgelernt haben, in erster Linie daran sind, wenn Entlassungen vorgenommen werden. Wir haben arbeitslose Jugendliche, die vor 4—5 Jahren schon ausgelernt haben und bis heute noch nicht in der Lage gewesen sind, in einem Betrieb unterzukommen. Diese werden nicht nur der Arbeit entfremdet, sondern auch ihrem Beruf. Die Leute möchten gerne arbeiten. Aber — das darf mit aller Offenheit gesagt werden — wir wissen, daß Müßiggang aller Laster Anfang ist, insbesondere bei jungen Leuten, daß eine ganze Reihe auf die schiefe Bahn gerät, wenn sie keine Arbeit haben und daß deswegen Vorsorge getroffen werden muß, um diese Leute vor einem Abgleiten auf die Verbrecherbahn zu behüten. Da möchte ich die Frage aufwerfen, ob es nicht möglich ist, für diese jungen Leute Unterrichtskurse einzuführen, volkswirtschaftlicher Art, politischer Art, damit ihr Gesichtskreis erweitert wird, aber auch fachwissenschaftlicher Art, damit diese Leute von der Straße wegkommen. Ich habe die feste Überzeugung — Mannheim hat damit angefangen und sehr gute Erfolge damit zu verzeichnen gehabt —, daß diesen jungen Leuten etwas gegeben wird, was für ihr zukünftiges Fortkommen von außerordentlichem Nutzen sein wird.

Die Arbeitslosen, die heute noch vorhanden sind, setzen sich nicht zusammen aus Faulenzern, sondern sind zum großen Teil alte ehrliche Leute, die Jahrzehntelang gearbeitet haben. Deshalb ist es unsere Aufgabe, für sie einzutreten, für sie zu sorgen, insbesondere muß jeden mit Sorge erfüllen die Tatsache, daß die Erwerbslosenzahl in keinem Bundesstaate Deutschlands während der Sommermonate abgenommen hat, sondern daß auf der einen Seite wohl eine Abnahme zu verzeichnen ist, auf der anderen Seite aber immer wieder ein Zugang, so daß die Zahl stabil bleibt. Wenn dieser Zustand schon im Sommer ist, wird der Zustand für die Arbeitslosen im Winter noch viel schwieriger und kritischer werden, deshalb muß es unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß Notstandsarbeiten in großem Maße für den Winter bereitgestellt werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einiges ausführen. Unsere Fraktion hat mit großem Bedauern vernommen, daß die Reichsregierung nicht zu bewegen gewesen ist, die Elektrifizierung der badischen Bahnen von Mannheim bis Basel durchzuführen. Damit wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, für Tausende von Arbeitern Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Wir müssen gegen eine derartige Behandlung der badischen Belange mit allem Nachdruck Protest erheben.

Zum Schluß möchte ich noch auf einiges hinweisen. Die Frau Abg. Siebert hat auf die Textilindustrie und auf die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Freidhof [Sozdem.])

schlechten Löhne, die dort bezahlt werden, hingewiesen. Der Reichswirtschaftsminister hat vor wenigen Wochen darauf hingewiesen, daß nach seiner Auffassung die Wirtschaftskrise überwunden sei und daß wir uns in einem Zustand der Depression befänden. Der Rückgang der Konkurse, der Geschäftsaufsichten zeige, daß die Krisis zum größten Teil überwunden sei. Aber die Krisis wird nicht überwunden werden, wenn die Betriebe mit solchen Mitteln arbeiten müssen oder wenn Betriebe so belastet sind, wie das in einem Betrieb, der mir vorliegt und der Textilindustrie angehört, der Fall ist. Daß so schlechte Löhne in der Textilindustrie bezahlt werden, rührt zum großen Teil daher, daß ungeheure Direktorengehälter bezahlt werden.

Die „Frankfurter Zeitung" hat vor wenigen Wochen einen Geschäftsbericht der Firma Carl Metz Söhne in Freiburg gebracht. Dort wird darauf hingewiesen, daß 5 Direktoren vorhanden sind, von denen jeder ein Jahreseinkommen von 100 000 M. hat, also 5 Direktoren ein Jahreseinkommen von zusammen ½ Million beziehen. Der Stadtrat von Mannheim hat einen vernünftigen Beschluß gefaßt, daß alle diejenigen, die auf dem Friedhof in Mannheim an den Gräbern Blumen stehlen, öffentlich in der Zeitung mit Straße, Name und Hausnummer veröffentlicht werden. Genau so sollte auch der Staat alle diese Firmen der Öffentlichkeit bekanntgeben. Es ist mir bekannt, daß die Firma Löhne bezahlt von 8 M., 10 M. und 12 M. in der Woche, während die Direktoren 100 000 M. im Jahr einstecken.

Ich möchte zum Schluß an die Regierung das Ersuchen richten, darauf hinzuwirken, daß das vom Reichstag beschlossene Arbeitsbeschaffungsprogramm auch in Baden möglichst rasch durchgeführt werden kann. Wir müssen dazu kommen, den Arbeitslosen noch vor dem Spätjahr Arbeit zu verschaffen. Die Zeit der theoretischen, der wissenschaftlichen Erörterungen ist vorüber. Wir müssen den Leuten etwas praktisches geben. In dem Sinne möchte ich die Regierung ersuchen, das ihrige dazu beizutragen, daß die Arbeitslosigkeit in Bälde vermindert wird (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat Präsident Dr. Baumgartner den Vorsitz wieder übernommen.

Abg. Schreck (Komm. P.):

Die im Etat eingesetzte Summe für Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht ist uns zu niedrig.. Wir sind der Auffassung, daß durch die Industrialisierung Deutschlands der Teil der Bevölkerung, der in der Industrie beschäftigt ist, sehr stark in den Vordergrund gestellt werden muß. Er ist einer der wichtigsten Bestandteile der gesamten Bevölkerung. Durch diese Industrialisierung ist auch die Proletarisierung der Bevölkerung sehr fortgeschritten.

Ich verstehe darunter nicht, was der Herr Dr. Retzbach darunter verstanden hat, er sprach von einer „Proletarisierung im guten Sinne". Ich verstehe unter dieser Proletarisierung die Proletarisierung der Bevölkerung im Sinne der Verarmung, der vollkommenen Verarmung, nicht nur der Lostrennung von dem Besitz der Produktionsmittel, also nicht im guten Sinne. Die vollkommene Verelendung der Bevölkerung ist heute in Deutschland und in Baden gang und gäbe. Die Arbeiter, die heute in der deutschen Industrie beschäftigt sind, erhalten in der Nachkriegszeit Löhne, die sich mit dem Auslande nicht messen können — die, das ist die Hauptsache, — keine Möglichkeit geben, die Lebenshaltung der Arbeiter und ihrer Familien zu gewährleisten. Es ist ein langsames und sicheres Absterben, auch derjenigen Familien, deren Ernährer noch im Produktionsprozeß steht. Ich weiß das aus vielen Proletarierhaushaltungen, daß von Neuanschaffungen von Kleidern, Möbeln und Bettwäsche seit Jahren keine Rede ist, daß eben alle diese Dinge langsam verbraucht werden, und daß die Proletarier, auch wenn sie in Arbeit sind, dauernd bei den Abzahlungsgeschäften hängen und keine Möglichkeit haben, aus ihren Schulden herauszukommen. Diese Nachkriegslöhne, die heute in Deutschland bezahlt werden, sind das große Krebsübel, die uns die heutige Gesellschaft beschert hat.

Im Vergleich zu dem, was der Herr Kollege Freidhof gesagt hat in bezug auf die Direktorengehälter, bedeutet das von mir geschilderte eine Aufreizung zum Klassenhaß, ohne daß man etwas zu sagen braucht. Diese Nachkriegslöhne, die den Familien keine Existenz bieten, müssen erarbeitet werden in schwerer Akkordarbeit. In früheren Zeiten war die Industrie noch nicht so ausgebaut, da gab es noch nicht die Möglichkeit, in der Industrie derartig niedrige Teillöhne zu bezahlen. Es war die Akkordarbeit und die Arbeitsanstrengung des einzelnen nicht so durchgeführt, wie es heute der Fall ist. Heute wird überall in den deutschen Betrieben der Arbeiter mit der Stoppuhr zur Arbeit getrieben. Jede einzelne Arbeit wird auf die Minute und Sekunde mit der Stoppuhr abgestoppt. Der Mensch, der eine Arbeit, diesen Arbeitsprozeß in einer bestimmten mit der Uhr abgestoppten Zeit vornimmt, muß diesen Prozeß dann jedesmal während des ganzen Tages in derselben Geschwindigkeit durchführen. Das ist eine entnervende Arbeit, die in den Fabriken heute verlangt wird. Sie verursacht ein vollkommen entnervtes Arbeitergeschlecht, das nicht mehr auf der Höhe sein kann, weder geistig, noch körperlich, weil diese Arbeit Geist und Körper vollkommen abstumpft und ruiniert. Das wurde schon seit 1918 in der deutschen Industrie durchgeführt und ist in den allerletzten Jahren, gerade in dem letztvergangenen Jahr durch die sogenannte Rationalisierung, die jetzt in Deutschland vor sich geht, in verschärftem Tempo weitergeführt worden. Wir haben jetzt das Bandsystem nicht nur in Amerika, sondern auch in Baden, wir haben jetzt badische Betriebe, in denen das Bandsystem durchgeführt worden ist und weiter durchgeführt wird. Nun stellen Sie sich vor, daß dieser Arbeiter nun den ganzen lieben langen Tag immer dieselbe Arbeit auf das Band zu legen hat, damit ist seine Arbeit erledigt. Dieser Mann wird in seinen ganzen geistigen Eigenschaften vollkommen zurückgeworfen, er wird zum Automaten gemacht und in seiner Aufmerksamkeit abgestumpft, er kann diese einzelnen Handlungen — das geht gegen die menschliche Natur — eben nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit verrichten.

Die Folge davon ist, daß sich die Unfälle vermehren, daß alle diese Leute mehr den Unfallgefahren ausgesetzt sind, erstens durch das Antreibersystem, zweitens durch ihre geistige und körperliche Abstumpfung, die der Arbeitsprozeß mit sich bringt. Und da scheint es mir am Platze zu sein, daß hier nun die Aufsichtsbehörden ihre ganze Kraft einsetzen und versuchen, erstens einmal überall da, wo die Möglichkeit besteht, diesen Arbeitsprozeß in diesem entnervenden Ausmaß einzuschränken. Das wird aber in der Praxis nicht möglich sein, weil eben diese kapitalistische Maschinerie unerbittlich ihre Wege geht, aber dann sollen die Behörden wenigstens dafür sorgen, daß alle die nötigen Schutzmaßnahmen getroffen werden, um die Gesundheit der Arbeiter zu sichern. Und da scheint mir, daß das in vielen Fällen nicht der Fall ist.

Ich war lange Jahre in Fabriken in Arbeit und habe mich vielfach als Betriebsrat mit den Betriebsleitern und mit anderen herumbalgen müssen, damit die einfachsten, primitivsten Dinge an Schutzvorrichtungen angebracht wurden, immer mit

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

dem größten Aufwand an Kraft gegenüber der Betriebsleitung. Die Betriebsleitung wehrt sich dagegen, Geldausgaben zu machen, sie ist nicht freiwillig bei der Hand, Schutzvorrichtungen anzubringen, der Betriebsrat in dem Betrieb muß das alles gegenüber den Betriebsleitungen erkämpfen. Und da fehlt es an der nötigen Aufsicht. Die Aufsicht sollte sehr oft stattfinden, es sollte in den Großbetrieben hauptsächlich, in denen das Antreibersystem besteht, jede Woche einmal ein Beamter kommen und die Betriebe durchgehen; mit dem Betriebsrat Fühlung nehmen, sich beim Betriebsrat erkundigen, was ist los, und dann gemeinsam mit dem Betriebsrat durch die Bude gehen und nach dem Rechten sehen. Da würden viele Mißstände aufgedeckt, die heute leider nicht zur Sprache gebracht werden, wenn solche Beamte der Gewerbeaufsichtsbehörden kommen. Der Ausbau dieser Betriebsaufsicht durch die Behörden ist eine dringende Notwendigkeit, die heute immer dringender wird, weil eben durch die Rationalisierungsmethoden das Ausbeutungssystem zunimmt. Ich brauche nicht davon zu sprechen, daß alte Arbeiter natürlich nicht mehr mitkommen in diesem Arbeitsprozeß. Man braucht da nicht an 50 Jahre alte Arbeiter zu denken, wenn heute ein Arbeiter 40 Jahre alt ist, wird er in keinem Betrieb mehr eingestellt; das muß schon ein Glückspilz sein, der mit 40 Jahren von einem Unternehmer noch eingestellt wird; die Zeiten sind endgültig vorbei. Älteren Leuten wird glatt das Lebensrecht abgesprochen, sie sind zu alt, kommen nicht mehr mit, man sagt, wir bedauern sehr, bitte, damit ist die Sache erledigt. Diese alten Arbeiter, eigentlich Arbeiter in den besten Jahren noch, sind also schon heute der Fürsorge preisgegeben, und ich schließe mich den Ausführungen an, die hier gemacht worden sind, daß es Aufgabe der Regierung wäre, gerade jetzt in dieser Zeit sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß im Reichsmaßstabe ein Arbeiterschutzgesetz in diesem Sinn geschaffen wird, das den Unternehmern derartige Maßnahmen verbietet, einfach die Leute auf die Straße zu werfen, wie es ihnen paßt. Ich bin aber nicht der Auffassung, daß das von seiten der Regierung geschieht, ich bin nicht der Auffassung, daß das überhaupt im kapitalistischen System möglich ist, denn das wäre ja eine Einschränkung des Herrenstandpunktes, eine Einschränkung der Profitrate und die wird sich kein Kapitalist gefallen lassen, dagegen werden die Kapitalisten revoltieren, und deswegen wird der Staat nicht versuchen, den Kapitalisten diese Einschränkung aufzuerlegen.

Dasselbe trifft auf die Frauenarbeit zu. Alle Fraktionen haben ja vor einiger Zeit vom deutschen Textilarbeiterverband diese schönen Photographien über die Frauenarbeit in den Fabriken erhalten, wobei auch schwangere Frauen in Frage kommen. Es wurde auf diesen Photographien mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie die Frauen an schweren Maschinen schuften müssen, wie die Frau und das Kind im Mutterleib Schaden leidet unter diesem mörderischen System, das heute die Mutter in die Betriebe hineinzwingt, um die Familie durchhalten zu können. Ich weiß, man wird kräftige Worte finden, aber nichts dagegen tun, um diese Dinge abzuschaffen.

Weil wir gerade die Frauenarbeit besprechen, möchte ich Sie doch noch auf etwas aufmerksam machen, das gerade im badischen Musterländle wieder in Blüte ist. Es gibt im Breisgau in Emmendingen und bei Kollnau, in Gutach i. Br. große Fabriken, die Nähfaden, Textilwaren herstellen. Dort sind fast durchweg Frauen in großer Zahl beschäftigt, Hunderte in jeder dieser Fabriken. Die Frauen wohnen dort in Kasernen; es sind große Kasernenbauten aufgeführt, worin sie wohnen. Diese Frauen sind aber keine deutschen Frauen, sondern meistens Frauen, die aus Böhmen kommen, drei Viertel davon sind aus Böhmen nach Deutschland eingeführt. Die Unternehmer lassen in Böhmen in den Zeitungen Inserate los, führen diese ausländischen Mädchen nach Deutschland, kasernieren sie hier und haben ein ganz williges, billiges Arbeitsvolk, das sich ausbeuten läßt, ohne die Möglichkeit zu haben, Widerstand zu leisten. Das ist gerade dort im badischen Schwarzwald ein Punkt, der einmal ganz gehörig unter die Lupe genommn werden muß. Dort könnten viele Arbeiter ihre Familien ernähren, wenn sie in die Fabriken hineinkommen könnten, aber es kommen eben keine hinein, weil man diese ausländischen Mädchen dort beschäftigt, sie dort kasernierte, von der Umwelt absperrt, ihnen einen einzigen freien Nachmittag gibt und weiter nichts, so daß sie überhaupt in keine Berührung mit der Außenwelt kommen und nicht mit Land und Leuten zusammenleben und zusammenkommen können, um ihre soziale Lage zu verbessern.

Das ist das Problem der ausländischen Arbeiter, das hängt auch vom Profit ab. Wir sind natürlich dafür, daß möglichst alle diese billigen ausländischen Lohndrücker aus Deutschland hinauskommen, aber wir können diesen Prozeß nicht von unserm Standpunkt aus übers Knie brechen. Wenn sich heute in Deutschland oder Baden eine Regierung finden würde, die sagen würde, die Ausländer müssen heraus aus den Fabriken, solange deutsche Arbeiter da sind, die keine Arbeit haben, so hätte das natürlich zur Folge, daß das Ausland mit Gegenmaßnahmen aufwarten würde und darüber müssen wir uns ganz klar sein, Deutsche sind im Ausland viel mehr in Arbeit, als Ausländer in Deutschland, es kommen da viel größere Ziffern in Frage und wenn vom Ausland Gegenmaßnahmen getroffen würden, wäre die deutsche Arbeitslosigkeit in sehr kurzer Zeit viel größer, als sie heute ist. Daß diese Gegenmaßnahmen eintreffen würden, ist ganz klar.

Was wir also bei dem Punkt Beschäftigung ausländischer Arbeiter verlangen müssen, ist das, daß die ausländischen Lohndrücker draußen bleiben, daß man nicht in ausländischen Zeitungen billige Arbeitskräfte wirbt und ihnen alle möglichen Versprechungen macht. Das gilt für die Industrie und für die Landwirtschaft, beide Gruppen tun das in Deutschland und dagegen muß das gesamte deutsche Arbeitervolk sich wenden, aber dieses Problem mit einem Verbot der Arbeit von Ausländern anpacken zu wollen, würde meines Erachtens eine schwere Schädigung für Deutschland sein, wäre auch heute, wo die internationalen Beziehungen so weit gehen, nicht durchzuführen.

Ich komme zum Punkt Schlichtungswesen und das hat eigentümlicherweise kein einziger Redner bisher berührt. Das Gebiet Schlichtungswesen greift in das Arbeitsgemeinschaftsgebiet hinein. Die Schlichtungsausschüsse sind noch eine alte Errungenschaft der sogenannten Revolution von 1918. Nachdem uns alle Errungenschaften dieser Revolution genommen worden sind, berührt es eigentümlich, daß noch eine derartige Errungenschaft vorhanden ist, aber weil sie vorhanden ist, ist sie damit auch gekennzeichnet. Dieses Schlichtungswesen war seit 1918 oder 1919 bis heute immer für die Kapitalisten im Lande das Mittel, um wiederum die Arbeiter von den Lohnkämpfen und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen abzuhalten und hat diesen Tiefstand der Löhne gebracht, den wir heute haben.

Immer sind die Löhne durch Schlichtungsausschüsse herabgesetzt worden, immer hat der Schlichter dabei geholfen, der über die Löhne entscheiden mußte, und heute, nach fünf oder sechs Jahren, muß festgestellt werden, daß in Deutschland die niedersten Löhne der Welt bezahlt werden. Diese Arbeitsgemeinschaftspolitik ist ein Ergebnis der Schlichtungspolitik; deshalb sagen wir — und wir haben das immer betont —:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

die deutschen Arbeiter hätten heute bessere Löhne, sie wären in der Sicherung ihrer Existenz weiter gekommen, wenn sie sich niemals auf diesen Schlichtunghokuspokus eingelassen, sondern mit eigener Kraft ihre Interessen vertreten und sich dem Unternehmertum gegenüber durchgesetzt hätten, wie jetzt die englischen Bergarbeiter sich durchsetzen. Dann hätten wir in Deutschland nicht diesen Hungerzustand, wie wir ihn heute haben; dann hätten wir auch nicht die hohen Dividenden, dann sprächen wir auch nicht von den hohen Direktorengehältern! dann könnten wir sagen: „Deutsche Kinder können sich satt essen, sie werden nicht dem „weißen Tode", dem Hunger, ausgeliefert." Unsere deutschen Kinder wären nicht in der Lage, später einmal ihren Ernährern wegen der Art und Weise fluchen zu müssen, in der sie mit ihren Kindern umgesprungen sind.

Deswegen haben wir ja auch auf diesem Gebiete einen Antrag gestellt, um ganz entschieden auszusprechen, daß wir das Schlichtungswesen nicht unterstützen werden. Für das Schlichtungswesen werden wir keine Mittel bewilligen; denn die Praxis des Schlichtungswesens hat bewiesen, daß es die Arbeiter in Deutschland dorthin gebracht hat, wo sie heute sind, nämlich daß sie dem nackten und krassen Hunger gegenüberstehen müssen, ohne irgendwelche Möglichkeit, aus diesem ganzen amtlichen Zwangsapparat in Kürze wieder herauszukommen; ohne irgendwelche gesetzliche Möglichkeit, gegen das Unternehmertum, das brutale egoistische Unternehmertum vorzugehen, sind die Arbeiter diesen Schlichtungsausschüssen ausgeliefert, deren „neutraler" Vorsitzender eben auch in der kapitalistischen Denkweise aufgewachsen ist, auf Grund seiner ganzen Erziehung und Herkunft gar nicht anders als kapitalistisch zu denken vermag und infolgedessen auch im Interesse derjenigen Schicht entscheidet, die ich genannt habe. Wir haben zu diesen Schlichtungsausschüssen kein Vertrauen, weil die Erfahrung uns gelehrt hat, daß es mit ihnen sich so verhält, wie ich soeben sagte.

In den Anfangszeiten der Betriebsräte, als diese sich durchgesetzt hatten — in dem Jahre 1920 und 1921 — haben die Betriebsräte immer noch den Versuch gemacht, sich gegen diese Schlichtungsausschüsse, gegen diese Abwürgungsmaßnahmen auf eigene Faust zu wehren und auf eigene Faust die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Aber infolge der reformistischen Politik, wie sie innerhalb der Sozialdemokratie gepflogen worden ist, sind sie immer mehr davon abgekommen; es war nicht mehr möglich, sich gegen die Gewerkschaften durchzusetzen: so sind die Arbeiter in ganz Deutschland restlos diesen Schlichtern ausgeliefert worden. Und deshalb — das sage ich noch einmal — deshalb sind in Deutschland diese Hungerlöhne zu verzeichnen. Der Unternehmer fragt nichts nach diesen Schlichtungsausschüssen: schon deshalb, weil er der wirtschaftlich Starke ist und weil er als der Stärkere sich den wirtschaftlich Schwächeren, den Arbeitern gegenüber ohne weiteres durchzusetzen vermag. Er wird den Arbeiter einfach vor die Frage stellen: Ich kann einen anderen Mann einstellen, der jünger ist als Sie und der mir billiger arbeitet; mit anderen Worten: Wollen Sie die Arbeit weiterleisten oder nicht? Fälle dieser Art haben wir zu Dutzenden; sie ereignen sich jeden Tag, die Arbeiter bekommen die große Konkurrenz der Arbeitslosen vorgehalten, und sobald der Arbeiter diese ungeheuere Konkurrenz vor sich sieht, dann ist er ja einfach gezwungen, wenn er seine Kinder weiter ernähren will, ja und amen zu sagen. Er ist dem Unternehmer restlos ausgeliefert; das kann man nicht etwa durch Redensarten aus der Welt schaffen. Das ist eben das Wesen unserer heutigen „Demokratie". Das ist aber doch keine Demokratie, wo die wirtschaftlichen Kräfte so anders und so sehr verschieden verteilt sind: Auf der einen Seite die ganze wirtschaftliche Macht — auf der anderen Seite ein armer oder verarmter Mann, der keine Produktionsmittel, kein Eigentum an den Produktionsmitteln hat! Wenn man es als Demokratie bezeichnen will, daß die eine Seite der anderen vollständig ausgeliefert ist, so soll man das meinetwegen tun; wir aber werden nicht unterlassen, immer wieder festzustellen, daß das Gerede von Demokratie ein Schwindel, aber keine Demokratie ist (Zurufe und Lachen). Das Wort von der Demokratie ist nichts als eine Phrase! In der Praxis trifft der Begriff der Demokratie nicht zu, denn der eine ist dem andern restlos ausgeliefert, er kann sich gegen ihn gar nicht wehren.

Um die Arbeiter kirre zu machen, ist dieser Unternehmerterror nun in den Betriebsstillegungen zum Ausdruck gekommen. In bezug auf diese schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Kollegen Brümmer an. Denn auch ich weiß, daß die Betriebsstillegungen vielfach vor sich gehen, ohne daß die unbedingte Notwendigkeit dazu besteht. Solche Betriebsstillegungen gehen vor sich, wenn der Unternehmer meinetwegen — wie das zum Beispiel in Mannheim beim Siegerin-Goldmannwerk der Fall ist — in einem kleinen Städtchen nebendran billigere Arbeitskräfte bekommen kann, und wo er infolgedessen billiger zu produzieren vermag. Da ist am einfachsten die Möglichkeit gegeben, den Betrieb oder doch wenigstens gewisse Produktionszweige stillzulegen. So ist das außer in dem genannten auch in vielen vielen anderen Betrieben.

Es gibt in Deutschland eine ländliche Schmutzkonkurrenz. In ländlichen Ortschaften werden Fabriken eingerichtet, die billiger fabrizieren als solche in Großstädten, wo der Arbeiter eine teuere Lebenshaltung hat; die Arbeiter der Großstadtfabriken werden dann durch diese sogenannten Stillegungsaktionen gezwungen, die niederen Löhne solcher ländlichen Gebiete und solcher ländlichen Fabriken einfach ebenso in Kauf zu nehmen wie jene unter viel günstigeren Voraussetzungen lebenden Arbeiter aus ländlichen Verhältnissen. Das ist ein Mittel des Unternehmerterrors, wie es eben nur in einem Staate denkbar ist, in dem die Arbeiter überhaupt nichts zu sagen haben.

Wer nun aufmerksam die Rede des Herrn Abg. Hermann verfolgt hat, hat nun selbst aus den Äußerungen dieses kleinen Unternehmers — aus den Äußerungen eines Mannes, der sich doch eigentlich selbst beinahe zum Proletariat rechnen müßte — einen Scharfmacherstandpunkt heraushören können, nicht weniger scharf als ein Großindustrieller in Deutschland ihn vertreten kann (Äußerungen des Widerspruchs auf mehreren Seiten — Zuruf des Abg. Hermann). Mit der größten Seelenruhe hat er ausgesprochen, daß man in Deutschland zur Arbeitsdienstpflicht kommen müsse; er will also haben, daß man in Deutschland wieder die Sklavenarbeit einführt (Lebhafter Widerspruch rechts — Ruf: Das ist doch keine Sklavenarbeit!). Die Arbeitsdienstpflicht des Herrn Hermann besteht doch in Deutschland schon lange — solange wie es Hunger gibt (Lebhafter Widerspruch rechts). Heute ist doch jeder Mensch froh, wenn er arbeiten kann, wenn er einigermaßen Arbeit kriegt, es ist doch jeder froh, wenn er Arbeit hat. Die Hungerpeitsche ist die beste Arbeitsdienstpflicht, die es überhaupt gibt; sie ist in Deutschland in einem so starken Maße eingeführt, daß eine Verschärfung kaum noch denkbar ist. Ich verstehe wohl, was Sie wollen: Mit Ihrer Arbeitsdienstpflicht versuchen Sie eine Militarisierung der Arbeit durchzuführen; damit kennzeichnen Sie sich als der typische Kontre-Revolutionär (Lachen rechts und Widerspruch

(Abg. Schreck [Komm. P.])

von mehreren Seiten). Das muß doch einmal hier in der Öffentlichkeit festgestellt werden (Erneuter Widerspruch — Abg. Klaiber: Nur kalt Blut! — Auf einen Zuruf des Abg. Rückert:) Er ist aber in dieser Linie drin, und das muß festgehalten werden.

Die Unternehmer denken gar nicht daran, die hier vom Zentrum so sehr gepriesenen Arbeitsmethoden, die der Herr Abg. Heurich in allen Tonarten empfohlen hat, auch wirklich durchzuführen. Auch in Baden haben die Unternehmer jetzt eine feine Methode angefangen, um den Betrieb so zu gestalten, daß mit dem letzten Rest der Arbeiterbewegung und der Arbeiterfreiheit darin aufgeräumt werden kann. Wir können das in Mannheim beobachten; vielleicht wissen es die Behörden noch nicht: deshalb stoße ich sie jetzt mit der Nase darauf (Heiterkeit). Man hat nämlich jetzt in Mannheim gelbe Arbeitsnachweise eingeführt, in denen hakenkreuzlerische Arbeitslose Arbeit vermittelt bekommen (Zurufe). Es sind eigene Büros eingerichtet; gerade jetzt richten sie das zweite ein und vermitteln dort nur deutschnationalen hakenkreuzlerischen Elementen Arbeit (Rufe rechts: Ach was, Unsinn!). Es werden nur solche angefordert und zugelassen (Erneute Zurufe). Die Mannheimer Zellstoffabrik hat sich bereits eine Garde von 50 Mann hereingeholt, die durch diese Einrichtung dort vermittelt worden ist.

Ich mache hier die Öffentlichkeit darauf aufmerksam und sage, daß die Arbeiterschaft noch kräftig genug ist, um sich gegen diese Methode zu wehren. Wenn die Unternehmer fortfahren und immer mehr Leute von dieser gelben Schutzgarde in ihre Betriebe hineinbringen, dann wird es dort in kurzer Zeit nicht mehr mit Worten abgehen, sondern dann wird man gegenseitig die Hämmer sprechen lassen (Abg. Klaiber: Gewerbeaufsichtsamt und Hakenkreuz — das paßt zusammen!). Das paßt sogar ganz schön zusammen: Denn der Arbeitsnachweis, der im Etat drin steht, wird nicht mehr allseitig benutzt, sondern er wird umgangen. Man schafft sich von diesem gelben Pflänzchen Ableger, man schafft solche Sumpfpflanzen, das heißt eigene Arbeitsnachweise, um die offiziellen Arbeitsnachweise zu umgehen. Ich sagte Ihnen ja schon, daß in Mannheim ein solcher gelber Arbeitsnachweis schon durchgeführt ist. Wir sind bereit, Adressen zur Verfügung zu stellen. Von unserem eigenen Parteistandpunkt aus haben wir Interesse daran, die Dinge noch ein Weilchen zu betrachten und sich entwickeln zu lassen, um dann fest zupacken zu können — in den allernächsten Tagen! (Abg. Klaiber: In den allernächsten Tagen! — Weiterer Zuruf rechts: Wir können es erwarten!).

Wenn man diesen Standpunkt der Unternehmer sieht und dieses ganze Ausbeutungssystem gegenüber der arbeitenden Klasse beobachtet, dann begreift man nicht, wie jemand von Zentrumsseite sich hinstellen und von „Arbeitsgemeinschaft" und von der Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung, von der „Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" sprechen kann; man versteht nicht, wie man von dem „Wohlwollen" reden kann, das die Arbeitnehmer an den Tag legen. Das ist eine Melodie, die längst verklungen ist, damals war ein anderes Verhältnis in den Betrieben. Heute ist Akkordsystem, Mordsystem, heute ist Stoppuhr, heute ist Hungerpeitsche, kein soziales Verständnis des Arbeitgebers, heute ist jeden Tag ein Kleinkrieg um jeden halben Pfennig Lohn! Da kann man von „sozialem Verständnis" nicht sprechen. Das ist vollkommen verpufft, das war teilweise vor 30 Jahren noch, das ist mit dem Krieg und nach dem Krieg vollkommen aus der Welt geschafft. Heute kommandiert in dem Betrieb der Unternehmer, und der Arbeiter versucht sich dagegen zu wehren und muß sich dagegen wehren, um einen Bruchteil eines Pfennigs muß er im Betrieb jeden Tag, jede Stunde kämpfen. Da kann man nicht mehr von „Arbeitsgemeinschaft" und „gleichen Interesse" usw. sprechen. Das sind nur leere Worte, das ist leerer Schall, das kommt nicht mehr in Frage.

Der Aufstieg der deutschen Wirtschaft, der durch die Verständigung kommen soll — wir wissen, er wird nicht kommen. Ich habe vor einigen Tage geschildert, warum er nicht kommen wird. Wir richten uns deswegen darauf ein, daß die Arbeitslosigkeit ein Dauerzustand sein wird, und richten uns deswegen mit diesen Arbeitslosen zusammen, die ein dauerndes Millionenheer in Deutschland sein werden, darauf ein, das heute bestehende System zu ändern (Abg. Heurich: Spekulieren Sie nicht falsch?). Wir spekulieren nicht falsch! Sie werden keinen einzigen Weg zeigen können, auf welchem dieses Arbeitslosenproblem, dieses Problem kapitalistischer Unkultur gelöst werden könnte. Ich habe vor einigen Tagen geschildert, wie der Weg geht: Einführung einer sozialistischen Bedarfswirtschaft, so daß unter Ausschaltung des kapitalistischen Profits nur das produziert wird, was die Menschen brauchen. Das wird Arbeit für die Arbeiter geben (Zurufe vom Zentrum und von der Bürgerlichen Vereinigung. — Glocke des Präsidenten).

Nun hat heute von Zentrumsseite die Frau Abg. Siebert gesagt, es sei ein Unrecht, daß von der Arbeitslosenunterstützung die Sozialunterstützungen usw. abgezogen werden. Frau Siebert hat vollkommen recht; das ist ein großes Unrecht. Ich erinnere aber daran, daß die Zentrumspartei im Reichstag dieses Gesetz mitgemacht hat; man kann sich daher im badischen Landtag nicht hinstellen und von Unrecht reden, wenn man mitverantwortlich ist, daß solche Gesetze gemacht werden. Man kann vielleicht damit draußen irgendeinem Arbeiter Sand in die Augen streuen; jedoch der aufmerksame Beobachter, der sich um die Politik im großen kümmert, weiß, daß das wieder nur Worte sind. Im Hintergrund arbeitet das Zentrum an der Unterdrückung der Sozialrenten. Das Zentrum ist mitverantwortlich dafür, daß heute den alten Leuten, den stillenden Müttern und allen denen, die noch eine kleine Zusatzrente bekommen, diese abgezogen wird; es ist das ein Verdienst des Zentrums im Reichstag!

Die Arbeitslosenunterstützung in Baden hat auch den vom Reiche ausgehenden Mangel der Einteilung in Ortsklassen und der Einteilung in sogenannte „Gebiete".

Um beim letzteren zu bleiben, ist folgendes zu sagen: Das Gebiet „Westen" zum Beispiel umfaßt Mannheim noch mit, es geht bei Friedrichsfeld vorbei und läßt Edingen links liegen. Das andere ist dann das Gebiet „Mitte"; es geht bei Maxau an den Rhein. Die Arbeitslosenunterstützung ist in den Gebieten Westen und Mitte sehr verschieden: derjenige, der in Friedrichsfeld wohnt, bekommt eine viel höhere Unterstützung als derjenige, der eine halbe Stunde weiter, in Edingen, wohnt; und beide arbeiten sie doch, wenn sie Arbeit haben, unter denselben Arbeitsverhältnissen in der Mannheimer Industrie. Das sind natürlich ganz unhaltbare Dinge. Diese Einteilung in sogenannte Wirtschaftsgebiete ist ein Unrecht, wie es größer gar nicht bestehen kann. Diese Gebiete, die dicht beieinander liegen, ganz dieselbe Bevölkerung haben, werden grundverschieden behandelt!

Und dann noch das andere, die Einteilung in die Ortsklassen! Das ist ebenfalls etwas, was schleunigst beseitigt werden müßte. Denn heute sind in Baden die Lebensmittelpreise so ziemlich gleich. Wo soviel Fremdenverkehr ist wie in Baden, da sind natürlich alle Preise nivelliert, ausgeglichen, da kann

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

man von großen Preisunterschieden nicht reden. Das Ortsklassensystem ist ein Unrecht an den Leuten, die den unteren Klassen zugerechnet werden.

Aber das Wichtigste, was heute eigentlich noch besprochen werden muß, ist das Problem, das nur der Herr Abg. Freidhof berührt hat, das Problem der Arbeitslosenversicherung oder der Arbeitslosenfürsorge. Herr Freidhof hat gesagt, daß die Kommunisten früher mit den Sozialdemokraten gemeinsam für die Arbeitslosenversicherung gekämpft hätten, heute dagegen, weil die Sozialdemokratie „Arbeitslosenversicherung" sage, schreibe die „Rote Fahne" im Gegensatz „Arbeitslosenfürsorge", und es sei eine Bosheit von den Kommunisten, daß sie so schnell ein anderes Wort finden, um etwas anderes zu sagen als die Sozialdemokraten. Da wird gerade umgekehrt ein Schuh daraus!

Wir haben früher gemeinsam gekämpft für die Erwerbslosenfürsorge, und zwar seit den Zeiten der Revolution. Diese Erwerbslosenfürsorge hatten wir uns natürlich vorgestellt als einen Rechtsanspruch, nicht als etwas, was im Gnadenweg gegeben wird. Es ist doch ganz klar: wenn heute jemand in der Industrie gearbeitet hat, dann hat er dort einen bestimmten Teil seiner Arbeitskraft als Profitrate hinterlassen, er hat nicht das erhalten, was er wirklich erarbeitet hat; deswegen hat er dann, wenn er arbeitslos ist, auch einen Rechtsanspruch auf Unterstützung (Zuruf des Abg. Heurich). Herr Abg. Heurich, Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die deutschen Gewerkschaften in absehbarer Zeit keine Lohnkämpfe führen dürfen — das haben Sie wörtlich ausgeführt —. Man kann den Arbeiter nicht mit neuen Versicherungsbeiträgen belasten, und neue Versicherungsbeiträge würden es natürlich sein; und Sie sagten ja selbst, daß die niedrigen Löhne in Deutschland nur darauf zurückzuführen seien, daß die Arbeiter überall versichert seien; wollte man bei den niedrigen Löhnen heute noch neue Versicherungsbeiträge einführen, so gäbe das natürlich noch einmal eine Belastung der Arbeiter, gegen die man entschieden protestieren müßte, weil ja die Sozialversicherung bei den bestehenden Löhnen bereits verrechnet ist. — Der Herr Abg. Rückert sagte seinerzeit, daß von einer weiteren Beitragsleistung der Arbeiterschaft durch die Einführung der Erwerbslosenversicherung keine Rede sein könne. In dem Organ des A.D.G.B., der Gewerkschaftszeitung, Nr. 47 von 1925, heißt es dagegen, „daß die Arbeiterschaft eine weitere Beitragsbelastung auf sich nehmen muß, um sich das Recht der Unterstützung zu sichern". Also hier wird Herr Rückert belehrt; es wird hier gezeigt, daß die Gewerkschaftszeitung des A.D.G.B. bereits damit rechnet, daß die Arbeiterschaft eine neue Erhöhung der Beiträge aufbringen muß. Es liegt ja bereits ein Reichsentwurf für diese neue Arbeitslosenversicherung vor.

Ich sage von vornherein: Wir werden gegen diesen Reichsentwurf kämpfen bis zur letzten Konsequenz (Zuruf des Abg. Heurich), wir werden die Arbeiter aufstacheln, was es aufzustacheln gilt (Abg. Heurich: Hört, hört!), und wir werden gegen dieses Schanddokument Stellung nehmen! (Zuruf: Du lieber Himmel!). Hören Sie mich erst einmal an, dann gehen Sie vielleicht mit uns denselben Weg! Bis jetzt waren Unterstützungssätze für die Arbeitslosen eingeführt. Also, dieser Gesetzentwurf sieht 5 Lohnklassen vor, und diese Lohnklassen sind reguliert nach einem Wochenlohn von 12 bis 30 M.; die letzte Lohnklasse umfaßt die Löhne über 30 M. Diesen 5 Lohnklassen sollen dann folgende Unterstützungen bezahlt werden: der ersten Lohnklasse 4,80 M., der zweiten 6 M. — und es geht dann weiter bis zu 13,20 M., während heute in allen Lohnklassen die Unterstützungen, die die in Frage kommenden Personen erhalten, bedeutend höher sind. Die in dieser Neuregelung vorgeschlagenen Sätze bedeuten einen vollkommenen Abbau der heute schon gänzlich unzureichenden Erwerbslosenunterstützung; die Hungerpfennige, mit denen sich heute die Erwerbslosen abfinden müssen, mit denen sie seit Jahr und Tag hungern, werden weiter abgebaut. Obwohl man heute überall, auch im Zentrum, auf dem Standpunkt steht, daß das, was die Arbeitslosen erhalten, nicht reicht, kommt man mit diesem Abbau, der bis zu 50 Proz. und bei den ledigen Arbeitern sogar noch weiter geht (Abg. Rückert: Es ist ja noch kein Gesetz!). Es ist aber vorgeschlagen!

Es ist ganz klar, daß die Reichsregierung mit aller Kraft darauf bestehen wird, daß diese Dinge durchgeführt werden, und wenn ich sage, daß wir gegen diese Machenschaften mit aller Kraft uns aufbäumen werden und sie vorhin darüber gelacht haben, so werden Sie jetzt hoffentlich der Meinung mit uns sein, daß Sie mit uns gehen und sich auflehnen gegen diesen Entwurf. Das Zentrum kann, wenn es notwendig ist, sogar Revolution machen, da schlägt es alles kurz und klein, wie das zur Zeit in Mexiko der Fall ist (Heiterkeit). Das Zentrum kann auch mit Bannflüchen arbeiten, wenn es sein muß. Da geht alles. Also ich sage, dort drüben wird jetzt bewiesen, daß das Zentrum schon kann, wenn es seine Interessen in Gefahr sieht, da kämpft es mit aller Kraft. Das hat uns das Zentrum wieder bewiesen.

Nun hat der Herr Abg. Freidhof vorhin gesagt, daß wir im Gegensatz zu unserer früheren Auffassung sind, und daß die Sozialdemokratie ihre alten Grundsätze unter allen Umständen hoch gehalten habe. Ich will dazu folgendes sagen: Die Sozialdemokratie kämpfte vorher mit uns für die Erwerbslosenfürsorge, nicht für eine Versicherung, weil die Versicherung, wie sie jetzt ausgeführt werden soll einen Rückschritt mit sich bringt. Wir müssen verlangen, daß der Unternehmer, für den der Arbeiter arbeitet, auch die Fürsorge übernimmt, wenn der Arbeiter auf die Straße fliegt. In Rußland ist das der Fall, der Staatsarbeiter bekommt nichts abgezogen von dem Lohn. Der gesamte Aufwand in allen Staatsbetrieben wird vom Staat getragen, und der Staatsarbeiter bekommt den Lohn bis zum letzten Pfennig ausbezahlt. Und um nun zu sagen, wie verbost die Kommunisten sind, und in welcher Gesellschaft sie sich befinden, will ich Ihnen noch etwas weiteres bekannt geben. Auf dem 12. Gewerkschaftskongreß in Breslau hat der Sozialdemokrat Lehmann, vom Hauptvorstand deutscher Krankenkassen, über das Gebiet der Arbeitslosenversicherung oder der Arbeitslosenfürsorge sich folgendermaßen geäußert: „Die Fürsorge will nichts anderes, als die Sozialversicherung den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen anpassen. Es ist selbstverständlich, daß ein Sozialist für den Fürsorgegedanken nur dann eintreten kann, wenn er gleichzeitig einen Rechtsanspruch auf Fürsorge anerkennt. So treten wir denn auch für die Fürsorge deswegen ein, weil wir sagen, daß die Sozialversicherung in der heutigen Gestalt, die die Höhe der Leistungen grundsätzlich von der Höhe der Gegenleistungen in Gestalt von Beiträgen abhängig macht, antisozial ist. Das Maß der Leistungen an die Fürsorgebedürftigen hat sich lediglich nach ihren wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen zu richten." Das war also der Sozialdemokrat Lehmann, der noch auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß mit uns zusammen diesen Standpunkt vertreten hat, und heute stellt sich die Sozialdemokratie hin und behauptet, wir hätten einen anderen Standpunkt vertreten; dieser Schwindel muß festgestellt und im Interesse der Wahrheit zurückgewiesen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Schreck** [Komm. P.])

Dieses Problem, wie es heute vor uns liegt, kann mit den Ausgaben, die im Etat stehen, nicht bewältigt werden. Es müßten diese Ausgaben, wenn es richtig gemacht werden würde, bedeutend erhöht werden. Wir wissen, daß Sie aus Staatsrücksichten, wie Sie sagen, alle Erhöhungen ablehnen, und wir ziehen daraus immer die ganz logische Folgerung und sind bereit, die Dinge immer beim richtigen Namen zu nennen. Sie dienen damit nicht den Interessen derer, die in der Sozialversicherung leben und leiden müssen, sondern Sie arbeiten gegen die Interessen dieser Leute, deswegen, weil Sie wohl Mittel übrig haben für andere Dinge, so z. B. für den Polizei-Etat in großem Ausmaß, aber nicht für diejenigen Dinge im Etat, die unbedingt notwendig sind, wo es um Leben und Sterben des arbeitenden Volkes geht. An Ihren Gerechtigkeitssinn zu appellieren hat keinen Zweck; ich weiß, Sie sind gebunden an Ihre Klasseninteressen, Sie können sich davon nicht lösen. Aber wir werden natürlich unseren guten Kampf für die gute Sache der Arbeiterklassen weiterkämpfen und wir werden am Ende die Sieger bleiben.

Abg. **Dees** (D. Dem. P.):

Da ich der Auffassung bin, daß die Vorgänge in Mexiko sich nicht gut unter den Titel: „Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht" im Voranschlag des badischen Innenministeriums rubrizieren lassen, werde ich auf diese Dinge nicht eingehen. Ich möchte dem Herrn Kollegen Schreck nur einiges sagen: Er hat damit geschlossen, daß wir alle, mit Ausnahme der Kommunisten, bei unserer Stellungnahme zu diesen Dingen an unsere „Klasseninteressen" gebunden seien. Wir sind aber gar nicht an Klasseninteressen gebunden, sondern nur gebunden an das Mögliche und wir können auch sozialpolitische Dinge deswegen nur verhandeln und erledigen — im Rahmen des Möglichen. Das wollen wir tun und das werden wir auch in dieser Frage tun.

Wenn der Abg. Schreck dann der Auffassung Ausdruck gegeben hat, daß — wie er sich sehr unliebenswürdigerweise ausgedrückt hat —, die Demokratie ein Schwindel sei, weil es da ja auch Ausgebeutete und Nutznießer gäbe usw., weil es auch Arbeitslose, Arme und Elende gäbe, so gestatten wir uns, zu erwidern, daß wir auch in Ihre Rezepte, Herr Kollege Schreck, wie Sie sie hier entwickelt haben, ganz erhebliche Zweifel setzen (Abg. Schreck: Steht Ihnen frei!).

Sie haben darauf hingewiesen, daß in Ihrem Idealland Rußland diese sozialen Probleme gelöst seien dadurch, daß man den Kapitalistenprofit ausgeschaltet habe; Sie haben aber vergessen zu sagen, daß gerade Rußland vor nicht allzu langer Zeit ein neues System eingeführt hat, das mit der schönen Abkürzung „Nep." bezeichnet wird; es bedeutet gar nichts anderes, als das Wiederzurückkehren zu den kapitalistischen Grundsätzen, die Sie hier so sehr verurteilen.

Aber so verlockend es wäre, auf diese Dinge und die vielen grundsätzlichen Angelegenheiten, die mit dem Titel Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht mehr oder weniger eng zusammenhängen, einzugehen, ich will es mir versagen, um die Debatte nicht über Gebühr zu verlängern.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Erörterung zu diesem Titel sich in der Hauptsache um das Arbeitslosenproblem gedreht hat, daß wir uns nicht nur über die Gewerbeaufsicht und das Arbeitsrecht unterhalten konnten, sondern daß wir hauptsächlich das ganze Problem der Erwerbslosenfürsorge mit in den Kreis und in erster Linie in den Kreis unserer Betrachtungen einbeziehen mußten. Diese Tatsache und die weitere Tatsache, daß ein so verhältnismäßig kleines und wenig industrialisiertes Land, wie es Baden ist, monatlich rund 1 Million Mark für die Erwerbslosenfürsorge aufwenden muß, zeigt ja am besten, daß unser Wirtschaftskörper krank, schwer krank ist.

Wir freuen uns darüber, daß es gelungen ist, bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches für unser Land Baden eine ganze Reihe von Notstandsarbeiten, die der produktiven Erwerbslosenfürsorge dienen, herauszuholen, und wir möchten die Regierung bitten, auch weiterhin alles zu tun, um derartige Notstandsarbeiten nach Baden zu bringen. Der Herr Kollege Freidhof hat vorhin auf etwas hingewiesen, was von unserer Seite schon bei der Generaldebatte zum Staatsvoranschlag angezogen wurde, auf die Frage der Elektrifizierung unserer Hauptbahnstrecken von Mannheim nach Basel und über den Schwarzwald. Wenn es gelänge, diese Frage zu fördern, so würden wir — das glauben auch wir — einen ganz erheblichen Schritt vorwärts in der Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge tun.

Eine ganz besondere Notlage herrscht bei den erwerbslosen Angestellten. Es ist darauf heute noch nicht hingewiesen worden; aber ich glaube, wir müssen das mit einigen Worten tun. Die kaufmännischen und technischen Angestellten sind schon bei den Lohnreduzierungen besonders hart angefaßt worden, und ihre Not, wenn sie stellenlos werden, ist ganz besonders groß. Es ist ja einiges durch das Reichsgesetz, das die Entlassung von älteren Angestellten erschwert, in dieser Hinsicht getan, aber es bleibt noch sehr viel zu tun. Übrigens ist die große Notlage der erwerbslosen kaufmännischen Angestellten eine der Ursachen dafür, daß die Handelsbetriebe zugenommen haben. Der Herr Kollege Dr. Retzbach hat vorhin Zahlen darüber angeführt; es ist Tatsache, daß eine ganze Reihe von stellenlos gewordenen kaufmännischen Angestellten sich irgendwie selbständig zu machen versucht hat und daß sie nun selbst kleine mehr oder minder unbedeutende Handelsbetriebe, Vertretungen, Agenturen usw. aufgemacht haben, und daß sie dadurch die durch die Inflationszeit schon übermäßig aufgeblähte Zahl von Handelsbetrieben vermehrt haben. Das ist eine außerordentlich bedauerliche Nebenerscheinung der Not der stellen- und arbeitslos gewordenen kaufmännischen Angestellten.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß letztlich die Not der Erwerbslosen, das ganze Problem der Erwerbslosenfürsorge nicht mit gesetzlichen Maßnahmen zu regeln sein wird, denn wir können auf die Dauer diese ungeheueren Summen natürlich nicht so aufbringen, wie das jetzt geschieht, und so notwendig eine Arbeitslosenversicherung ist — ich stimme da dem, was von meinem Herrn Vorredner gesagt wurde, vollkommen zu —, so notwendig ist es aber auch selbstverständlich, dem Problem von der anderen Seite her nahezutreten und es von dort anzupacken, also dafür zu sorgen, daß unsere Wirtschaft baldmöglichst wieder in Gang kommt. Das wird nur dadurch geschehen können, daß man die innere Konsumkraft stärkt und daß man bemüht ist, in die weltpolitischen Zusammenhänge wieder mehr Ordnung hineinzubringen, als es heute der Fall ist. Wir können in dieser Frage von der Landesregierung aus und im Landtag unseres verhältnismäßig kleinen Landes aus selbstverständlich nichts tun, wir können nur sorgen, daß diese Frage an den maßgebenden Stellen des Reiches im Auge behalten und gefördert wird.

Mit der Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes sind wir einverstanden. Wir sind der Auffassung, daß der Herr Kollege Hermann, wenn er das Gewerbeaufsichtsamt dahin kritisiert hat, daß es seine Tätigkeit etwas zu einseitig zugunsten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dees [D. Dem. P.])

der Arbeiter auffaßte, daß der Herr Kollege Hermann vielleicht doch nicht so recht Zweck und Aufgabe des Gewerbeaufsichtsamtes erfaßt hat. Es ist der Zweck des Gewerbeaufsichtsamtes in allererster Linie der Schutz des Arbeiters, und wir glauben nicht, daß das Gewerbeaufsichtsamt diese Aufgabe etwa zu rigoros gegenüber den Arbeitgebern durchgeführt habe.

Die Frage, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse sich im Laufe des Winters bessern werden oder nicht, ist heute selbstverständlich schwer zu beantworten. Einerlei, ob das, was man erhofft, eintreten wird, ob also eine kleine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erwarten sein wird oder nicht, auf jeden Fall wird der kommende Winter außerordentlich hart, außerordentlich schwer werden. Es haben die maßgebenden Stellen daher alle Ursache, beizeiten sich darauf einzurichten.

Es ist in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Krise, unter der wir stehen, sehr viel vom Abbau der Sozialpolitik gesprochen worden, und der Herr Abg. Schreck hat davon gesprochen, daß man in Unternehmerkreisen überhaupt kein soziales Verständnis mehr finde, daß das vor 30 oder 40 Jahren noch der Fall gewesen sei, heute aber nicht mehr. Ich bin dieser Auffassung nicht. Gewiß, wir wissen, daß es brutale und egoistische Unternehmer und Arbeitgeber gibt, ich möchte hinzufügen, es sind das nicht die Weitsichtigen, sondern die Kurzsichtigen, die auf diesem Standpunkt stehen, wir wissen aber auf der anderen Seite auch, daß es sehr wohl noch eine große Reihe von Unternehmern gibt (Zuruf: Wo denn), die wissen, daß sie in ihren Arbeitern gleichberechtigte Mitarbeiter zu sehen haben, Unternehmer, die noch ein soziales Gewissen haben (Lachen bei den Kommunisten). Es gibt heute noch solche, ich habe gerade Gelegenheit gehabt, am letzten Samstag, Herr Kollege Schreck, an der Feier des 70. Geburtstags des Leiters eines Karlsruher Unternehmens teilzunehmen, an dem die ganze Arbeiterschaft dieses Betriebes, mehrere hundert Köpfe stark, teilgenommen hat und an dem ein Vertreter der Arbeiter sich für all das bedankt hat, was dieser Unternehmer aus Anlaß seiner Feier an Gratifikationen für das Personal ausgeschüttet hat. Es gibt sehr wohl noch solche Unternehmer, und es muß Aufgabe aller sozial fortschrittlichen Menschen sein, dafür zu sorgen, daß das soziale Gewissen bei der Unternehmerschaft erhalten bleibt und da, wo es nicht ist, wieder hinkommt.

Damit komme ich zu dem Schlagwort von dem „Abbau der Sozialpolitik", das im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, wiederholt geprägt worden ist. Wir halten das für ein außerordentlich gefährliches und falsches Schlagwort, denn der wertvollste Besitz, den wir haben, das sind nicht unsere Wasserkräfte, nicht unsere Bodenschätze, nicht unsere Maschinen, unsere Waren, unsere Materialien, sondern der wertvollste Besitz einer Nation ist der Mensch, und diesen wertvollsten Besitz, den Menschen, zu erhalten, seine Gesundheit zu schützen und zu fördern, ihn körperlich und geistig vorwärts und aufwärts und weiter zu bringen, das ist die schöne Aufgabe der Sozialpolitik, an der wir gerne mithelfen wollen! (Beifall).

Abg. Hermann (Bürgerl. Ver.):

Ich bin mit dem Herrn Kollegen Freidhof vollständig darin einverstanden und einig, daß anstelle der Erwerbslosenfürsorge die Arbeitslosenversicherung eingeführt werden sollte. Ich bin mir auch darüber klar, daß es nicht leicht sein wird, dieses Problem durchzuführen und so durchzuführen, daß es auch die Sache richtig trifft und die Regelung eine solche ist, daß besonders die Arbeitslosen damit zufrieden sein würden. Meiner Auffassung nach dürfte die Sache an der finanziellen Seite scheitern, und es wird fraglich sein, ob die Beträge, die notwendig sind, für die Unterstützung der Arbeitslosen, wenn es in dem Maße ist, wie wir es zur Zeit haben, ob diese Beträge tragbar sind und von den Beteiligten aufgebracht werden können.

Ich bin der Auffassung, daß in der Zukunft diese Arbeitslosenunterstützung wohl ohne Staatshilfe nicht durchgeführt werden kann und nun, meine Herren, bin ich mir auch darüber klar, daß, wenn die Arbeitslosenversicherung eingeführt wird, damit auch ein gewisser Zwang verbunden sein wird, genau so, wie bei den Krankenkassen. Genau so, wie bei jener Versicherung ein gewisser Zwang vorhanden ist, daß Leute, die nicht wirklich krank sind, dort keine Behandlung bekommen und keine Unterstützung bekommen, so wird auch hier ein gewisser Zwang eingeführt werden müssen, daß jene Leute, denen man Arbeit nachweisen kann, und die sie nicht annehmen, daß sie eben bei der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen werden. (Auf Zuruf:) Gewiß, ich möchte darauf zurückkommen, weil der Herr Abg. Freidhof mir gesagt hat, als ob ich die Arbeitslosen in meinen Ausführungen im allgemeinen beleidigt hätte. Das lag mir vollständig fern. Ich habe das nicht gesagt und wollte es nicht sagen, die Absicht war nicht vorhanden, ich bedauere jeden Menschen, der ohne sein Verschulden arbeitslos ist oder arbeitslos geworden ist.

Also wie gesagt, in der Richtung habe ich absolut keine Veranlassung gehabt, hier etwa den Arbeitslosen zu unterstellen, daß sie allgemein die Arbeit verweigern würden. Ich habe von der Arbeitspflicht, richtiger gesagt, von dem Arbeitszwang gesprochen und habe damit auch nicht gemeint, die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, wie man das so oft diskutiert hat, sondern ich habe damit gemeint und habe das im Zusammenhang auch ausgeführt, daß man den Leuten, denen man Arbeit nachweisen kann, wenn es vielleicht auch eine Arbeit ist, die ihnen nicht gerade paßt, daß man da eben einen gewissen Zwang ausüben kann, daß die Leute die Arbeit annehmen müssen, und daß sie diese Arbeit machen.

Ich habe dann im Zusammenhang darauf hingewiesen auf die polnischen Landarbeiter, die hereingebracht werden, weil ich der Auffassung bin, daß es nicht angeht, daß man auf der einen Seite Leute hereinholt und auf der anderen Seite Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Ich bin auch der Auffassung, daß in den Großstädten sehr viele Leute sind, die in der Landwirtschaft früher beschäftigt waren, dort aufgewachsen sind und ihre Jugend dort verbracht haben und von denen man sehr wohl verlangen könnte, daß sie heute zurückkehren zu der Beschäftigung, die sie früher einmal gehabt haben und die sie gelernt haben, und dahingehend waren meine Ausführungen gerichtet. Der Herr Kollege Freidhof hat mir entgegengehalten, daß es eigentlich umgekehrt wäre, daß die Landwirte diese Arbeiter aus der Stadt nicht haben wollten, sondern daß sie eben diese ausländischen Arbeiter haben wollten, weil sie einmal billiger wären und dann auch mit den Verhältnissen, die dort vorhanden sind, eher zufrieden wären als die deutschen Arbeiter. Ich kenne die Verhältnisse nicht so genau, um untersuchen zu können, ob das, was der Herr Kollege Freidhof hier behauptet hat, richtig ist. Aber er hat sich in demselben Atemzug widersprochen, als er sagte, daß die Arbeiter deswegen nicht auf das Land hinausgehen wollten in die Landwirtschaft, weil dort die Löhne zu nieder wären, und die Verhältnisse für die Unterbringung der Leute dort so wären, daß man einem deutschen Arbeiter nicht zumuten könne, daß er dort hingehe. Das ist ein gewisser

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Hermann [Bürgerl. Ver.])

Widerspruch in den Ausführungen des Herrn Kollegen Freidhof. Nun zugegeben, die Verhältnisse liegen so, so ist damit aber noch nicht gesagt, daß die Verhältnisse so bleiben müssen, und daß nicht von Regierungsseite aus eingegriffen werden kann, um hier eine Lösung zu suchen, die nun einmal notwendig ist, und die für beide Teile gerechtfertigt sein dürfte.

Der Herr Kollege Freidhof hat dann noch verschiedene Ausführungen gemacht, auf die ich nicht eingehen will. Er hat ein Beispiel von einem Handwerker in Mannheim angeführt —. Ich bin im allgemeinen der Auffassung, man sollte derartige Einzelbeispiele nicht anführen, und man sollte sie vor allen Dingen nicht in dem Sinne anführen, daß man sie verallgemeinert und sie nach außen so darstellt, als ob im allgemeinen die Verhältnisse so wären. Es wäre genau dasselbe, als wenn ich ungefähr sagen wollte, daß in verschiedenen anderen Ständen und auch bei den Arbeitern Leute vorhanden sind, die sich systematisch von jeder Arbeit drücken. Ich will das nicht sagen und ich will damit vor allen Dingen nicht sagen, daß man aus einem solchen Einzelfall, der nun einmal vorhanden ist, dann auf das Allgemeine schließen könnte, und deshalb bin ich der Auffassung, daß man hier vorsichtig sein sollte in der Ausführung solcher Beispiele.

Präsident des Gewerbeaufsichtsamts Dr. Engler:

Ich werde selbstverständlich auf alle die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen, die heute hier behandelt worden sind, nicht eingehen, sondern ich will nur sagen, daß, soweit hier Anregungen gegeben worden sind in bezug auf die Ausgestaltung der Arbeitslosenunterstützung, sie sich in der Richtung bewegten, die die Regierung schon bisher eingehalten hat. Es ist selbstverständlich, daß die badische Regierung alles tut, um möglichst viel Notstandsarbeiten, auch unter Hinzunahme der Mittel, die vom Reich in Aussicht gestellt sind, in Gang zu bringen.

Dann möchte ich nur noch auf eines erwidern, was der Herr Abg. Hermann in seinen ersten Ausführungen gesagt hat: Er hat dem Gewerbeaufsichtsamt vorgeworfen, daß es einseitig seine Tätigkeit ausübe zugunsten der Arbeiter und dabei die Interessen der Arbeitgeber zu wenig berücksichtige. Dazu ist zu sagen, daß das Gewerbeaufsichtsamt in erster Linie berufen und dafür bestellt ist, die Gesetze, die zum Schutze der Arbeiter und Angestellten erlassen sind, zur Durchführung zu bringen. Das ist seine ureigenste Aufgabe. Selbstverständlich muß dabei — ganz besonders bei dem Erlaß von Auflagen Rücksicht genommen werden — und wird weitgehend Rücksicht genommen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmers. Bei der Begutachtung von Baugesuchen, bei Änderungen an Betriebseinrichtungen betrachten die Gewerbeaufsichtsbeamten ihre Aufgabe nicht nur darin, nachzusehen, ob die Vorschriften erfüllt sind, sondern sie betrachten sich auch als Berater der Unternehmer, vor allem der kleinen Unternehmer, in der Ausgestaltung ihrer Betriebseinrichtungen und ihrer Betriebsräume. Das wird wohl auch im allgemeinen anerkannt. Daß das Gewerbeaufsichtsamt nicht einseitig ist, geht aus den Ausführungen des Herrn Abg. Brümmer hervor. Er war der Meinung, daß bei verschiedenen Tätigkeiten den Äußerungen der Unternehmer zuviel Gewicht beigelegt werde.

Der Herr Abg. Brümmer und auch die anderen Herren dürfen glauben, daß das Gewerbeaufsichtsamt sehr gerne auf die Gutachtertätigkeit bei Stillegungen und andern Fragen verzichten würde. Die Beamten üben diese Tätigkeit als Personen aus. Sie könnte auch von anderen Personen ausgeübt werden. Wir haben uns diese Frage schon oft vorgelegt, ob wir nicht darauf verzichten wollen und die Landeskommissäre vielleicht darauf hinweisen, daß Gutachten von Professoren der Volkswirtschaft oder anderen Personen abgegeben werden könnten. Wir sind aber immer wieder zu dem Resultat gekommen, daß es im Interesse der Arbeiter liegt, wenn wir diese Gutachtertätigkeit ausüben. Daß dabei auch einmal ein Gutachten den Arbeitern eines Betriebs nicht gefällt, ist gar nicht zu umgehen.

Das Gewerbeaufsichtsamt kann seine Tätigkeit für die Arbeiterschaft nicht ausüben, wie ein bezahlter Rechtsanwalt seine Klienten vertritt, sondern muß die Tätigkeit ausüben im Rahmen der gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse und im Interesse der Allgemeinheit. Es kann auch einmal so sein, daß die Arbeiter meinen, man könnte einen Betrieb noch 14 Tage weiterführen, und das Gewerbeaufsichtsamt ist der Ansicht, daß das allgemeine Interesse, das dabei noch mitspielt, eine andere Stellung bedingt. Es darf doch nicht vergessen werden, daß das Gewerbeaufsichtsamt bei Stillegungen vielfach mit Erfolg eingreift und daß die Unternehmer unsern Einladungen Folge leisteten und mit uns verhandelten, während der Unternehmer sich auf den Standpunkt stellen könnte: Wenn ich die Stillegung anmelde, kann ich nach 4 Wochen stillegen und niemand kann mir etwas hineinreden. Nachdem die Anmeldung erfolgt ist, kann der Unternehmer in 4 Wochen stillegen, ohne daß ihm jemand hineinzureden hätte.

Damit möchte ich meine Ausführungen schließen, und nur noch namens der Beamten danken für das, was anerkennend über ihre Tätigkeit gesagt worden ist.

Der Präsident ruft auf:

Titel XIII:

I. Gewerbeaufsichtsamt,

§ 1 bis 6,

II. Landesamt für Arbeitsvermittlung, §§ 7 bis 15, und erklärt sie, da sie Widerspruch nicht erfahren, für angenommen.

Der Präsident ruft weiter auf:

III. Rechtsauskunftsstellen, § 16.

Hierzu liegen zwei Anträge vor:

1. der Abg. Ritter, Lechleiter, Schreck:
   „statt 5000 RM. 50 000 RM. einzusetzen".
2. der Antrag des Haushaltsausschusses:
   „statt 5000 RM. 10 000 RM. zu setzen".

Der weitergehende Antrag ist der Antrag der Abg. Ritter und Gen. Es wird deshalb über ihn zuerst abgestimmt.

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Dagegen wird der Antrag des Haushaltsausschusses, Erhöhung von 5000 auf 10 000 RM., einstimmig angenommen.

Der Präsident ruft auf:

IV. Schlichtungswesen, § 17, Kosten des Landesschlichters.

Hier liegt ein Antrag der Abg. Ritter u. Gen. vor, § 17 zu streichen.

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Damit ist die Position § 17 genehmigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Präsident Dr. **Baumgartner**)

Der Präsident ruft auf § 18, Kosten der Schlichtungsausschüsse.

Auch hier liegt ein Antrag Ritter u. Gen. vor, § 18 zu streichen.

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die Position ist damit angenommen.

Die Zusammenstellung wird nicht beanstandet.

Der Präsident ruft auf:

B. Außerordentlicher Etat, § 1, Beihilfe zum Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge. Hier ist zu bemerken, unter Ziffer 1 lit. b ist zu setzen: statt 2 786 000 RM., 10 944 000 RM., im Hinblick auf die Vorwegbewilligungen, die im Laufe der letzten Monate und Wochen genehmigt worden sind.

Der Antrag des Haushaltsausschusses, in der Drucksache Zu 118 c III, geht dahin, die Anforderungen unter Titel XIII Außerordentlicher Etat § 1 lit. 1b auf 10 954 000 RM. zu erhöhen.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird einstimmig angenommen.

Die Ziffern 2 und 3 des § 1 finden keinen Widerspruch.

Der Präsident ruft auf § 2, Beihilfen für die Ausbildung der Betriebsräte.

Hier liegt der Antrag der Abg. Ritter, Lechleiter, Schreck vor: In § 2 werden statt 10 000 100 000 RM. eingesetzt, und ebenso der Antrag des Haushaltsausschusses, statt 10 000 RM. 15 000 RM.

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Dagegen wird der Antrag des Haushaltsausschusses, die Erhöhung von 10 000 auf 15 000 RM. vorzunehmen, mit 42 gegen 5 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, angenommen.

Der Titel XIII im ganzen wird einstimmig angenommen.

Der Präsident schlägt vor, hier abzubrechen und heute nachmittag um 4 Uhr fortzufahren.

Das Haus ist einverstanden.

Der Präsident schließt die Sitzung um 1¼ Uhr.

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	3153
Beantwortung der Kurzen Anfrage des Abg. Amann, Unwetterkatastrophe auf der Baar	
Regierungsrat Dr. Schühly	3154
Beratung des Staatsvoranschlags 1926/27 Ministerium des Innern, Einzelberatung zu Titel XIII	
Abg. Bauer	3155
„ Dr. Retzbach	3161
„ Hermann	3167, 3211
„ Brümmer	3173
„ Frau Siebert	3188
„ Freidhof	3192
„ Schreck	3199
„ Dees	3209
Präsident Dr. Engler	3213
Abstimmungen	3214/16

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg